KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 182 November / Dezember 2015 3,– €

Aktuelle Bewertung
Die Entwicklungen in Rojava, Südkurdistan und Nordkurdistan
Songül Karabulut und Deniz Irmak 4

Die 15. Generalvollversammlung des Nationalkongresses Kurdistan (KNK)
Steht die Ära der KurdInnen bevor?
Nilüfer Koç, KNK-Kovorsitzende, im Interview mit dem Kurdistan Report 9

Türkischer Nationalismus:
Der letzte Rettungsanker für den politischen Islam?
Murat Çakır 13

Eine demokratische Nation aufzubauen und die demokratische Autonomie voranzutreiben, sind die derzeit wichtigsten Aufgaben:
Visionen mit Leben füllen
Demir Çelik 18

Interview mit der Repräsentantin der Selbstverwaltung der Kantone von Rojava in Europa
Avantgardefunktion, Lösungsmodell und Versöhnungsarbeit
Michael Knapp im Gespräch mit Sinam Mohamad 21

Êzîdische Frauen schlagen zurück
Vom Genozid zum Widerstand
Dilar Dirik, Şengal 28

Massenproteste gegen Korruption und Vetternwirtschaft
Quo vadis, Südkurdistan?
Halit Ermiş, ANF 31

Ein kurzer Blick auf den Iran
Alles andere als Demokratisierung wäre inakzeptabel
Omer Hojebrî 34

Russland, die KurdInnen und der Nahe und Mittlere Osten
Es wird keine neuen Selims, Mustafa Barzanîs oder Qazî Mihemeds geben ...
Selahattin Soro 37

ExpertInnenkonferenz:
»Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden – Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?«
Martin Dolzer 41

Bericht über die jüngsten Waldbrände in Nordkurdistan (Südosttürkei)
Verfasst durch eine internationale Delegation – organisiert durch die Mesopotamische Ökologiebewegung 46

Neue Konzepte für psychotherapeutische Ausbildung in Rojava
Vieles wird sich erst auf dem Weg ergeben
Sabine Zetsche und Meike Nack 51

Ansätze für eine feministische Neuorganisierung in der BRD
Feministische Akademien
Anja Flach 54

Die sich wandelnden Geschlechterrollen im Zuge des kurdischen Befreiungskampfes
Vor allem der Mann muss sich ändern
Mevlüt Küçükyaşar 56

Bekämpfung der Fluchtursachen ist international nicht gewollt
»We are here, because you were there«
Elmar Millich 58

junge verlierer
Buchbesprechung von Susanne Roden 61

Der 2. Band der Autobiografie von Sakine Cansız erscheint im Januar 2016
»Es gab jedoch noch eine Lebensader ...«
Anita Friedetzky, Hamburg, den 13.10.2015 64

nur im Internet:

Erdoğan installiert seine Diktatur
Vor allem Machterhalt
Ferda Çetin, Anfang Oktober 2015

Wer so mit Toten umgeht – wie geht der mit Lebenden um!
Die AKP muss sich vom Terrorismus distanzieren
Oya Baydar, Schriftstellerin und Journalistin

PKK-Verbot, die 22.
Eine neue Kraft entwickeln!
Wolfgang Struwe



Trotz und wegen des brutalen Anschlags gegen die Friedensdemonstration in Ankara protestieren Tausende weiter für ein Ende des Krieges. Foto: DIHA



Der Krieg gegen die Bevölkerung ist zurück in Nordkurdistan. Immer wieder werden ganze Viertel über Tage von türkischen »Sicherheitskräften« belagert. Foto: DIHA



Kein Erdbeben – dies war ein von der Bevölkerung liebevoll gepflegter Friedhof, bis Erdoğans Truppen über ihn hergefallen sind und ihn verwüstet haben. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn ihr diese Ausgabe des Kurdistan Reports in der Hand haltet, liegen die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen in der Türkei vom 1. November bereits vor. Doch auch ohne Berücksichtigung dieser Ergebnisse möchten wir anlässlich der letzten Ausgabe des Jahres 2015 ein erstes Resümee aus Sicht der kurdischen Freiheitsbewegung für das auslaufende Jahr ziehen.

2015 stellt für die Bewegung ohne Frage ein Jahr dar, in dem die Errungenschaften des Freiheitskampfes nicht nur gegen vielseitige Angriffe verteidigt, sondern einen Schritt nach vorn transportiert worden sind. Die Kurdinnen und Kurden sind zu einem entscheidenden Akteur im Mittleren Osten herangewachsen, die Ideologie des demokratischen Konföderalismus hat sich zu einer breit akzeptierten gesellschaftlichen Alternative zum bestehenden nationalstaatlich-kapitalistischen Gesellschaftssystem entwickelt. Im Jahr 2015 hat sich die Vision einer radikaldemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft in Kurdistan bewährt und ist so auch zu einem Keim der Hoffnung für viele Menschen geworden, die jenseits der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen nach einem alternativen Leben suchen.

Die Verteidigung und Ausweitung der Rojava-Revolution und die gesellschaftliche Akzeptanz der Demokratischen Partei der Völker (HDP) als eine fortschrittliche Kraft in der gesamten Türkei können in diesem Sinne im auslaufenden Jahr 2015 als wichtigste Errungenschaften hervorgehoben werden.

Ohne Zweifel mussten für den Freiheitskampf auch in diesem Jahr große Opfer gebracht werden. Die jüngsten Bombenanschläge in Ankara stellen den vorläufigen Höhepunkt der Angriffe gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Region des Mittleren Ostens dar. Doch Fakt ist auch, dass gerade das Voranschreiten der kurdischen Freiheitsbewegung in diesem Jahr die rückständigen und machtfokussierten Kräfte in der Region zu schierer Verzweiflung getrieben hat und weiterhin treibt. So sind die Machtpläne Erdoğans und seiner AKP gestoppt und der Mythos der Unschlagbarkeit des Islamischen Staates in diesem Jahr gebrochen worden. Die Verzweiflung dieser Kräfte drückt sich gegenwärtig in der Aggressivität aus, mit der sie blindwütig um sich schlagen.

Natürlich wünschen wir, dass diese hoffentlich letzten verzweifelten Angriffe der Gegner des Freiheitskampfes in Kurdistan und dem Mittlerem Osten so schnell wie möglich abgewehrt werden, damit friedvollere Zeiten anbrechen und die Keime des Freiheitskampfes, die in den letzten vierzig Jahren gesät wurden, im vor uns liegenden Jahr noch schönere Blüten entfalten können.

Das alte kurdische Sprichwort »Wir Kurden und Kurdinnen haben keine Freundinnen und Freunde außer die Berge« verliert immer mehr seinen traurigen Inhalt, seine traurige Bedeutung. Noch nie zuvor wurden so viele Freundschaften in eben diesen Bergen geschlossen. Sie sind überall dort, wo Menschen zusammenkommen, um die kurdische Revolution zu verteidigen und sie mit ihrer Kraft weiterzutragen, auf den Gipfeln oder in den Schluchten der unwegsamen Berge, den Hügeln oder den endlosen Ebenen, in den Häusern und auf den Straßen der vom Feind belagerten Städte ... Sie sind eine Hoffnung geworden, für mehr und mehr.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Entwicklungen in Rojava, Südkurdistan und Nordkurdistan

Songül Karabulut und Deniz Irmak

Die seit drei Jahren andauernden und sich verstärkenden Kämpfe in Irak und Syrien weiten sich langsam in Richtung Türkei und Nordkurdistan aus. Diese Ausweitung steht unmittelbar mit der Außenpolitik des türkischen Staates in der Region in Zusammenhang.

Die AKP-Regierung und der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan sind, um ihre politische Macht aufrechtzuerhalten, dem Irrtum verfallen, das größte Problem des Mittleren Ostens, die kurdische Frage, erledigen zu können, indem sie mit taktischer Annäherung und Täuschung Zeit gewinnen, um es zu beseitigen.

So wie ihre Vorgänger aus dem Angriff auf die Türme des World Trade Centers 2001 ein internationales Bündnis gegen die PKK und deren Liquidierung herauszuschlagen versuchten, so versucht die AKP, aus den 2010 begonnenen Aufständen der arabischen Völker, dem »arabischen Frühling«, im Mittleren Osten erneut eine antikurdische Atmosphäre und Feindseligkeit zu schaffen mit dem Ziel, alle kurdischen Errungenschaften zu zerstören.

Erdoğan und die AKP-Regierung agieren seit dem ersten Tag ihrer Machtübernahme in der Türkei mit dem Streben nach einer Konsolidierung ihrer Hegemonie und ihrer regionalen Ausbreitung. Ironischerweise ist ihr Motiv zur Durchsetzung ihres Zieles dasselbe, mit dem sie an die Macht gelangten, nämlich die Lösung der kurdischen Frage. Dabei hatten die vorangegangenen Regierungen genau deshalb ihre Macht verloren, weil sie dieses grundlegende Problem der Türkei und das ursächliche Demokratisierungsproblem nicht hatten lösen können und der Türkei große finanzielle und immaterielle Verluste bereitet hatten. Die Gesellschaft in der Türkei brachte Erdoğan und die AKP deshalb an die Macht, weil sie deren Versprechungen zur Lösung dieser Probleme in der Hoffnung auf eine demokratische Lösung geglaubt hatten. Erdoğan und die AKP-Regierung setzten in den ersten Jahren nach ihrer Machtübernahme darauf, durch diese Enttabuisierung der Kernprobleme der Türkei Unterstützung sowohl im Inland als auch aus dem westlichen Ausland (EU und USA) zu erhalten. So waren zwar die Probleme beim Namen benannt und dadurch ihre Verleugnung durchbrochen, aber die lang ersehnte Lösung dieser Probleme, allen voran der kurdischen Frage, der Frage der Aleviten, der Armenier, der Zypernfrage, der Demokratisierungs- und Freiheitsfrage u. v. a., blieb aus. Als die Gesellschaft dann aber verstärkt auf die Lösung ihrer Probleme drängte, trat für die AKP das Dilemma auf, dass das Demokratiespiel und Hegemonialbestrebungen nicht mehr parallel aufrechtzuerhalten waren. Die AKP war am Scheideweg angelangt, entweder musste sie ihr Demokratiespiel ernst werden lassen und entsprechende Schritte einleiten oder voll auf Hegemonialbestrebungen setzen. Sie entschied sich für Letzteres.

Die kurdische Frage ist jedoch das ursächliche Problem, das sowohl die Demokratisierung als auch die Hegemonie Erdoğans und der AKP verhindert. Ohne die Lösung der kurdischen Frage ist in der Türkei weder eine Demokratisierung möglich noch die Entfaltung einer Hegemonie ohne die Auslöschung der kurdischen Gesellschaft und ihrer Befreiungsbewegung. Daher begannen Erdoğan und die AKP-Regierung nach der Machtübernahme als einzige Kraft damit, das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung mit aller Kraft zu unterwerfen, um im Gegenzug ihre Hegemonie auszubauen. Und genau deshalb werden die gesellschaftlichen Umbrüche in Syrien und Irak, der »arabische Frühling«, für das Ziel Erdoğans und der AKP als eine nicht zu verpassende Möglichkeit bewertet. Die AKP nutzt die konjunkturelle Situation, die aus der Feindschaft zwischen den USA und Iran und Syrien entstanden ist, um mithilfe der Sunniten das Regime in Syrien zu stürzen und um in Irak das gestürzte sunnitische Regime in Bagdad erneut an die Macht zu bringen.

Der Mentalität Erdoğans und der AKP entsprechend passen Ziel und Methode herrlich zusammen. Die Leiden der islamischen Welt und die Feindseligkeit des Westens ausnutzend wollten sie ihren Traum von Hegemonie im Mittleren Osten wenigstens in der sunnitisch-islamischen Welt realisieren. Für dieses Ziel bedarf es jedoch in Syrien und Irak eines Regime-

wechsels. In beiden Staaten ist die Existenz der kurdischen Bewegung und der Kurden ein ursächlicher Hinderungsgrund. Dafür setzten sie auf den staatlichen Islam und den arabischen Nationalismus. Daraus folgend versuchten sie, das kurdische Volk in Rojava und in Südkurdistan mit unterschiedlichen Mitteln unter Druck zu setzen. Während in Rojava seit dem Beginn des Aufstandes in Syrien mit allen Mitteln die Kurden gegen die sunnitischen Araber aufgehetzt werden sollen, wurde auch in Irak auf Polarisierung gesetzt und tatkräftig dazu beigetragen.

Zu diesem Zwecke sollten die seit 2013 anhaltenden Bemühungen des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan für eine demokratische Lösung, die sich in Form von Friedensgesprächen ausdrückten, für ihr banales Kalkül instrumentalisiert werden. Aber weder die Welt- noch die Regionalpolitik funktioniert so schlicht, und auch der demokratische Lösungsprozess Öcalans ist nicht so leicht instrumentalisierbar.

Die Befreiungsbewegung und das kurdische Volk in Rojava analysierten die globale und regionale Situation um den »arabischen Frühling« herum sehr objektiv und realisierten dementsprechend ihre Organisierung sowie Institutionalisierung in Rojava. Die Bevölkerung dort hat die Strategie der demokratischen Selbstverwaltung innerhalb eines demokratischen Syrien gewählt. Das brachte ihr wichtige Positionen und Errungenschaften ein.

Dass sich die Revolution in Rojava trotz der simplen Rechnung weiter entwickelt hat, zwang AKP und Erdoğan, die sich ins Zentrum der globalen und regionalen Reaktion stellen, zu einer neuen List: Die Türkei hetzte die Banden des Islamischen Staates (IS) auf die Menschen. Şengal (Sindschar) und Kobanê sind noch sehr frisch in Erinnerung. Aber als sich die Kurden als einzige Kraft in der Region gegen die Brutalität und die Massaker des IS gegen Êzîden, Christen und Aleviten stellten, gewannen sie auch an internationaler Legitimation. Die Hegemonialpolitik der AKP richtet sich nicht allein gegen die PKK und die Kurden, sondern gegen die Gesellschaft allgemein, sodass auch andere Völker in der Region auf die AKP zu reagieren begonnen haben. Die arabischen und andere Volksgruppen in der Region haben erkannt, dass die AKP für das vergossene Blut verantwortlich ist. Und die internationale Öffentlichkeit und unterschiedliche globale Kräfte haben ebenfalls begriffen, dass diese simple, aber eben auch gewagte Hegemoniepolitik, die den IS stärkte, für sie zu einer Gefahr geworden ist.

Trotz massiver Intervention konnten die Türkei und der IS nicht verhindern, dass Girê Spî (Tall Abyad) Mitte Juni von YPG und YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) befreit und die Kantone Cizîre und Kobanê verbunden wurden. Die Wiederaufbauarbeit hat trotz Embargo begonnen (der Grenzübertritt nach Rojava ist weiterhin beträchtlich erschwert). Nun haben wir eine neue Situation in Syrien. Auch Russland ist dort seit Ende September militärisch aktiv. Während es das Regime militärisch zu stärken versucht und dafür alle Kräfte angreift, die das Regime bedrohen, haben die USA in erster Linie ein Problem mit dem IS, operieren zudem gegen das Regime und sind auf einen Regimewechsel aus. *[Mehr über die Politik Russlands in der Region auf S. 37]* Beide Global Player erklären die Kurden zur wichtigsten Kraft im Kampf gegen den IS. Diese hingegen schlagen sich nicht auf die eine oder andere Seite. Sie versuchen vielmehr, einen eigenen Weg zu beschreiten. Zudem haben sich Militäreinheiten unterschiedlicher kurdischer, arabischer und assyrischer Organisationen unter dem Namen »Einheiten Demokratisches Syrien« zusammengeschlossen. (s. Kasten I) Das ist eine äußerst wichtige Entwicklung in Richtung eines demokratischen Syrien. Seit Längerem wird spekuliert, wann die Selbstverteidigungseinheiten in Rojava eine militärische Offensive in Kaniya Dil/Cerablus (Dscharabulus) und Azaz vorbereiten. Das wiederum würde die Befreiung der Gebiete zwischen Kobanê und Afrîn bedeuten und die Verbindung aller drei Rojava-Kantone. Damit hätten die Völker in Rojava die Gefahr durch den IS minimiert, weil die gesamte Grenze zur Türkei von Einheiten der Rojava-Verteidigung kontrolliert werden könnte. Zudem gab es folgende Entwicklung: Die USA vollziehen im Kampf gegen die Terrormiliz IS in Syrien einen Strategiewechsel, das 500 Millionen Dollar teure Programm für Training und Ausbildung gemäßigter syrischer Rebellen, an dem auch die Türkei beteiligt war, wird ausgesetzt. Stattdessen unterstützt Washington nun vor Ort Einheiten, die gegen den IS kämpfen, direkt

Kasten I | Am 15. Oktober gaben 13 Organisationen mit einer Abschlussdeklaration die Gründung von »Einheiten Demokratisches Syrien« bekannt. Demzufolge waren am 12. Oktober Kommandanten von 13 revolutionären militärischen Verbänden zusammengekommen, um über die Entwicklungen in Syrien zu debattieren und gemeinsam notwendige Maßnahmen festzulegen. Aus den Diskussionen ging die Notwendigkeit einer gemeinsamen Militäreinheit hervor, was dann auf dieser Sitzung beschlossen wurde. Diese Einheit begreift sich als Selbstverteidigungskraft, die es sich zur Aufgabe machen wird, die Völker vor Angriffen zu schützen. Sie setzt sich zusammen aus: YPG, YPJ, Al-Sanadid-Einheiten, Mawtbo Fulhoyo Suryoyo, Burkan-Al-Furat-Operationszentrum, Suwar al-Raqqa, Shams al-Shamal, Lîwa Al-Selcuki, Brigadeeinheiten von Al-Dschasira, Dschabhat Al-Akrad, Dschaysch Al-Thuwar, Lîwai Al-Tehrîr und Lîwai 99 Muşat.

mit Waffen, Ausrüstung und auch mit Luftschlägen. Ministerpräsident Davutoğlu ließ verlautbaren, dass sie das als einen Angriff auf sich selbst betrachteten. All diese Entwicklungen zeigen klar, wie die Politik der AKP kläglich gescheitert ist.

Die AKP und Erdoğan erwarteten auch im Inland schwere Zeiten. Die Hegemonialpolitik der AKP führte in der Türkei zu zunehmend autokratischen und diktatorischen Zügen. Die Gesellschaft wurde in all ihrer Vielfalt staatlicher Repression unterworfen. Mit jedem Tag wurde das Ziel der AKP auch im Inland entlarvt, und der Wolf im Schafspelz trat immer mehr ans Tageslicht. Die bevorstehenden Wahlen am 7. Juni boten der Gesellschaft die Möglichkeit, sich dem entgegenzustellen. Nun zeigte sich, dass sich der demokratische Lösungsprozess nicht so leicht von Erdoğan und seiner AKP ausschlachten ließ. Der ging es ausschließlich darum, die PKK ihre bewaffneten Guerillakräfte außerhalb der türkischen Grenzen schaffen zu lassen, um sie in Syrien und Irak (dahin sollten sie verlagert werden) von der Hand fanatischer islamischer arabischer Nationalisten wie dem IS vernichten zu lassen, ohne eigene Verluste hinnehmen zu müssen. Das verstand Erdoğan unter Lösungsprozess. Um ihren Plan erfolgreich beenden zu können, vermied die AKP bewusst offizielle Verhandlungen, um der Befreiungsbewegung keine Legitimation zu verschaffen, und sprach sich gegen die Forderung nach der Beteiligung einer dritten Partei in dem Prozess aus.

Öcalan hatte jedoch die Gesellschaft der Türkei als Dialogpartnerin im Lösungsprozess vorgesehen und, indem das Problem auf die Tagesordnung gesetzt wurde, Möglichkeiten geschaffen, diese Frage und die Demokratisierungsprobleme zu lösen. Auf seine Initiative hin entstand die HDP, die Demokratische Partei der Völker, die alle sozialen Gruppen innerhalb der Türkei repräsentiert und somit Vertreterin für alle Probleme in der Türkei ist, als Produkt der Verhandlungspartnerschaft der Gesellschaft. Bei den Parlamentswahlen am 7. Juni in der Türkei und in Nordkurdistan hat jeder das geerntet, was er gesät hatte. Obwohl die AKP und Erdoğan alle Möglichkeiten genutzt haben, die ihnen ihre Herrschaft bot, hat ihnen die Gesellschaft gezeigt, dass es nichts fruchtet, Hegemonie, Autokratie und Krieg zu säen, und sie in ihrer Macht beschränkt. Und dieselbe Gesellschaft hat die HDP, die mit sehr eingeschränkten Möglichkeiten die fruchtbaren Samen der Demokratie, des Friedens und der Geschwisterlichkeit im Land aussät, sicher ins Parlament gebracht. Aus diesem Blickwinkel markiert die Wahl vom 7. Juni den Beginn einer neuen Phase in der Türkei.

Das Volk hat durch die Entmachtung der AKP »Nein zu Hegemonie und Autokratie« gewählt und mit der Stärkung der HDP seine große Unterstützung für die Demokratisierung und die demokratische Lösung der kurdischen Frage gezeigt. Diese Wahl bedeutet zudem den Bankrott der Staatsdoktrin »ein Volk, eine Flagge, eine Sprache«. Die ganzen in der Geschichte der Republik bisher verleugneten konfessionellen, kulturellen sowie sozial benachteiligten Gruppen sind unter dem Dach der HDP ins Parlament eingezogen.

Der Kampf, den das kurdische Volk und seine Freiheitsbewegung außerhalb der türkischen Grenzen führen, hat nicht nur die AKP und Erdoğan mit ihren Fantasien von der Führerschaft in der sunnitisch-islamischen Welt auflaufen lassen. Der Krieg, den diese in Rojava und Südkurdistan führen, hat, wie die Wahl vom 7. Juni verdeutlicht, auch dem Verlust ihrer politischen Herrschaft den Weg geebnet. Der Krieg, den Erdoğan derzeit in der Türkei und in Nordkurdistan gegen das kurdische Volk, die Befreiungsbewegung und die demokratischen Kräfte vom Zaun gebrochen hat, ist der Krieg um die erneute Etablierung der politischen Herrschaft.

Die Bombenanschläge in Amed, Pirsûs und Ankara: Sind die IS-Banden die neuen Todesschwadronen der Türkei?

Zwei Tage vor den Parlamentswahlen explodierte in Amed (Diyarbakır) auf einer Wahlkundgebung der HDP eine Bombe. Der Täter wurde als türkischer Staatsbürger und IS-Mitglied identifiziert. Nach den Wahlen ereignete sich am 20. Juli ein weiterer Bombenanschlag. Ein Selbstmordattentäter riss auf einem Jugendcamp in Pirsûs (Suruç) 32 junge Sozialisten mit in den Tod. Auch er wurde als IS-Mitglied öffentlich gemacht. Dieser Anschlag wurde von der Türkei zum Anlass genommen für den lange geforderten Beitritt zur internationalen Anti-IS-Koalition. Die Welt jubelte regelrecht, sie sei endlich zur Besinnung gekommen. Aber statt ernsthafte Militärschläge gegen den IS zu fliegen, bombardierte das Militär PKK-Stellungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der türkischen Staatsgrenzen; seit dem 24. Juli halten die schweren Angriffe ununterbrochen an. Mit diesem abgekarteten Spiel gleichzeitiger, aber sehr umfangreicher Angriffe gegen die PKK war geplant, der internationalen Öffentlichkeit das banale und niederträchtige Trugbild der Gleichwertigkeit von IS und kurdischer Freiheitsbewegung vorzugaukeln. Und durch dasselbe Spiel sollten die Angriffe und das politische Massaker gegen unser Volk und seine Befreiungsbewegung, die auf eine demokratische Lösung drängen, kaschiert und legitimiert werden. Der türkische Staat versucht mit diesen Scheinangriffen zudem, seine seit langer Zeit bestehenden und auf internationale Kritik stoßenden schmutzigen Beziehungen mit dem IS zu vertuschen. Die AKP und Erdoğan spielen dieses abgekartete Spiel mit ihm, obwohl sie ihn vor den Augen der Weltöffentlichkeit unterstützen.

Die USA haben wie erwartet pragmatisch darauf reagiert und als Gegenleistung für die Zustimmung zu den türkischen Angriffen auf die PKK die Öffnung der NATO-Air-Base Incirlik und anderer Militärstützpunkte für die internationale Anti-IS-Koalition erreicht. Und in der Syrienpolitik haben AKP und Erdoğan im Gegenzug zu ihrer Verpflichtung der Gesellschaft ein »Bild der Allianz« geliefert, das sie lange hatten entbehren müssen und dringend nötig hatten. Denn die im Kampf gegen den IS entstandenen Beziehungen der USA zu Rojava wurden in staatlichen Kreisen mit Argwohn betrachtet. Hinzu kommt, dass die USA grünes Licht gegeben hatten für die Angriffe auf die Befreiungsbewegung, um deren Aufschwung im Mittleren Osten zu bremsen. Einerseits sollte der türkische Staat also schrittweise in die Anti-IS-Koalition geholt und andererseits ein durch ihre aktive Rolle in der Region bestimmter zu großer Auftrieb für die Befreiungsbewegung verhindert werden.

Nach Pirsûs wurden dann schließlich am 10. Oktober bei einer Friedenskundgebung im Herzen von Ankara vor dem Hauptbahnhof zwei Selbstmordattentate verübt mit mehr als hundert Toten und Hunderten Verletzten. Auch hier waren es zwei IS-Mitglieder, die den Behörden zudem bekannt waren. (siehe Kasten II) Alle drei Bombenanschläge begründen eine sehr brisante These: Setzt die Türkei den IS auch gegen die Opposition im eigenen Land ein? Ist der IS in der Türkei die neue Todesschwadron? Versucht die AKP so die Opposition zu bekämpfen, ohne selbst dafür zur Verantwortung gezogen zu werden?

Kasten II | Aus einem Artikel von Ezgi Başaran, Radikal 12.10.2015:
(...)
1) Ein Artikel vom 29.09.2013 von Idris Emen in Radikal. Darin geht es um vier Jugendliche aus Semsûr (Adıyaman), die sich den Dschihadisten angeschlossen haben.
2) Einer von ihnen, Muhammet Gazi D., kehrte 2014 mit seiner in Syrien geheirateten Ehefrau nach Semsûr zurück. Er läuft dort frei herum.
3) Er sucht häufig die »Teestube Islam« (Islam Çay Ocağı) auf, in die viele islamische junge Menschen gehen, und überzeugt weitere vier, sich dem IS anzuschließen.
4) Einer der Rekrutierten heißt Orhan G. Es handelt sich um den Mann, der am 05.06.2015 in Amed die Bombe legte.
5) Es wird bekannt, dass Orhan G. einen Tag vor dem Anschlag in Amed in einem Hotel von Sicherheitskräften zur Untersuchung festgehalten wird, weil er seinen Wehrdienst nicht geleistet hat, aber dann doch auf freien Fuß gesetzt wird. Die Bombe legt er am darauffolgenden Morgen (…)
6) Es folgen noch blutigere Ereignisse. Am 20. Juli kommen in Pirsûs im Hof eines Kulturzentrums sozialistische Jugendliche aus allen Teilen der Türkei zusammen, um in Kobanê ein neues Leben aufzubauen. Eine grässliche Bombe explodiert, 32 junge Menschen verlieren ihr Leben.
7) In Pirsûs wird der Ausweis eines Selbstmordattentäters gefunden. Er gehörte Şeyh Abdurrahman A., einem 20-Jährigen aus Semsûr.
8) Şeyh Abdurrahman A. war der Freund von Orhan Gazi D., der in Amed die Bombe explodieren ließ. Sie waren aus der »Teestube Islam« in Semsûr.
9) Wer war der Betreiber dieser Teestube, die 2014 geschlossen wurde? Der 25-jährige Yunus Emre A., ein enger Freund von Orhan Gazi D. und zugleich Bruder von Şeyh Abdurrahman A. Er ist aber untergetaucht, er konnte nicht ausfindig gemacht werden.

Wie versuchen Kurden und demokratische Kräfte die AKP zurückzudrängen?

Das kurdische Volk und die demokratischen Kräfte arbeiten auf der einen Seite daran, die HDP, die eine Verhandlungspartnerin für die Probleme und den Willen zur Lösung darstellt, weiter zu stärken, und auf der anderen Seite am Aufbau ihrer Demokratie in den befreiten Gebieten. Dementsprechend sind die an zahlreichen Orten in Nordkurdistan und der Türkei gebildeten Volksräte und die deklarierte demokratische Autonomie bzw. kommunale Demokratie zu betrachten. Die Reaktion der Bevölkerung auf die Errichtung eines autoritären und faschistischen Polizei- und Geheimdienststaates durch die AKP und Erdoğan, die Selbstverwaltung auszurufen, ist daher von größter Bedeutung. Es geht nicht um eine Abspaltung, sondern vielmehr darum, zwischen der Bevölkerung und dem immer autoritäreren, die Gesellschaften strangulierenden Staat eine Distanz herzustellen. Auf diese Weise soll er zu Sensibilität gegenüber der Demokratie und Respekt vor ihr gedrängt werden. Jeder Staat und jede Führung, denen nicht demokratische Grenzen gesetzt werden, neigen zur Diktatur. Denn ein Staat ohne Begrenzung wird in Ausbeutung, Unterdrückung und Repression enden. Demokratische Verfassungen und entsprechende exekutive Administrationen sind deshalb wertvoll, weil sie den Staat in bestimmten Grenzen halten und der Gesellschaft die Möglichkeit zum freien Handeln bieten. In Staaten ohne demokratische oder mit suspendierter Verfassung oder dort, wo den Völkern die demokratischen Wege zu einer neuen und adäquaten Verfassung versperrt werden, sind die Proklamation einer eigenen gesellschaftlichen Demokratie und die Schaffung einer Distanz und Abgrenzung zum Staat legitim. Andernfalls wäre die Gesellschaft der unbegrenzten Ausbeutung und Unterdrückung durch ihn ausgesetzt. Denn genau das bedeutet die Realität in Kurdistan. Erdoğan und der AKP-



Frieden jetzt sofort! Foto: DIHA

Staat drängen sich ungehindert der Gesellschaft auf, zerstören die Öffentlichkeit unter dem Deckmantel der öffentlichen Sicherheit, saugen die Gesellschaft tagtäglich aus und beuten ihre Reichtümer aus. Das Volk demonstriert diesen Angriffen gegenüber seinen Willen zum Schutz seiner Stadtteile, Orte und Dörfer. Durch das Aussperren des Staates aus diesen Orten weist es ihn zurück in die Grenzen der Demokratie. Wenn er diesem Willen des Volkes Respekt bezeugt und zwischen beiden eine neue und demokratische Verfassung beschlossen wird, dann entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft in der Türkei. Von da an wird sich der Staat in seine verfassungsrechtlichen Grenzen zurückziehen und die Gesellschaft wird ihr demokratisches Leben innerhalb der anerkannten Freiräume organisieren. Ansonsten ist die Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung dazu gezwungen, dem Staat Widerstand zu leisten. In dieser Situation wäre er gezwungen, sich mit der nackten Gewalt seines Militär- und Polizeiapparats der Gesellschaft entgegenzustellen, würde dann aber als Besatzungs- und Kolonialmacht seine Legitimation verlieren.

Ein Staat trachtet die Gesellschaft zu beherrschen

Das Faktum der Selbstverwaltung darf nicht nur für die Kurden als Realität verstanden, sondern muss als Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft im Allgemeinen betrachtet werden. Staat und Gesellschaft stehen naturgemäß stets im Kampf miteinander. Denn ein Staat trachtet die Gesellschaft zu beherrschen und zum Objekt seiner Autokratie zu machen, während die Gesellschaft wiederum ihre Freiheit, Gleichberechtigung und Vielfalt zu schützen versucht. Oft versteckt sich der Staat in seiner Auseinandersetzung mit der Gesellschaft hinter dem Deckmantel einer ethnischen, religiösen oder konfessionellen Identität, um seine charakteristische Realität zu vertuschen und Gesellschaften gegeneinander aufzuwiegeln. In Wirklichkeit aber stehen an der einen Front die Macht und Autokratie (der Staat) und auf der anderen Seite die kulturelle Vielfalt, Gleichberechtigung und Freiheit (Demokratie). Aus diesem Blickwinkel bedeutet es, dass dort, wo eine Gesellschaft ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen und Probleme lösen kann, ein entsprechend demokratisches Regime herrscht. Durch eine regionale Demokratie oder Selbstverwaltung wird die Einmischung des Staates in gesellschaftliche Angelegenheiten auf ein Minimum reduziert und folglich die Errichtung seiner Autokratie über das Volk verhindert und das Regime demokratisiert. Eine demokratische Verfassung ist das Zeugnis einer übereinstimmenden Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Daher ist regionale Demokratie oder Selbstverwaltung nicht nur ein Bedürfnis der Kurden, sondern aller Gesellschaften, die mit ihren eigenen Farben, Traditionen, Kulturen, Glaubensrichtungen, Ansichten und Idealen leben wollen.

Aus der Entwicklung der AKP sollten auch manche Parteien in Südkurdistan Lehren ziehen. Die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) fällt seit Längerem mit ihrer Pro-AKP-Haltung auf. Das geht sogar so weit, dass sie bei den Wahlen in der Türkei statt der kurdischen Parteien die AKP unterstützt und für sie wirbt. Bekanntlich versucht die Türkei Südkurdistan über die wirtschaftliche Karte zu kontrollieren. Die Autonome Region Kurdistan (KRG) ist gezwungen, ihr Erdöl über die Türkei zu verkaufen, weil als Alternative nur der Weg über den Iran bliebe. Damit die PDK beim Ölhandel die Kontrolle behält, wird der Weg über die Türkei bevorzugt. Diese versucht leider auch mit gewissem Erfolg, dem Verhältnis zwischen KRG und irakischer Zentralregierung sowie den innerkurdischen Beziehungen zu schaden.

Seit Längerem bestehen in Südkurdistan neben wirtschaftlichen auch ernsthafte Demokratieprobleme. Präsident Barzanî weigert sich, seine Machtposition zugunsten demokratischer Institutionen aufzugeben. Seit Jahren kann er nicht abgelöst werden, obwohl es die Verfassung vorsieht. Die Situation spitzt sich mit jedem Tag zu. Seit Monaten wird kein Lohn gezahlt, die Protestkundgebungen werden von PDK-Kräften angegriffen. Es kam zu Todesfällen und die Nachrichten über Verschwundene sind besorgniserregend. Jetzt hat die PDK einseitig die Regierungskoalition aufgelöst, indem sie die Goran-Partei hinauswarf. Der Parlamentspräsident wurde an seiner Einreise in die Hauptstadt Hewlêr (Arbil) gehindert, Goran aufgefordert, Hewlêr zu verlassen. Die PDK wirft Goran und der PKK vor, hinter den Protesten zu stecken. Diese Entwicklungen schaden nicht nur den kurdischen Interessen, sondern liegen auch nicht im Interesse der US-Verbündeten. *[s. S. 31]*

Den Entwicklungen, die wir hier in Grundzügen für die Türkei, Rojava und Südkurdistan aufzuzeigen versucht haben, ist eines gemeinsam. Während die Völker Demokratie, Freiheit und Frieden mit ihrem Leben verteidigen, wollen Machteliten ihre Macht mit Gewalt halten. Indem der Kampf der Völker voranschreitet und immer stärker wird, bewegen sich die Machthaber auf dem absteigenden Ast. ♦

Die 15. Generalvollversammlung des Nationalkongresses Kurdistan (KNK)

Steht die Ära der KurdInnen bevor?

Nilüfer Koç, KNK-Kovorsitzende, im Interview mit dem Kurdistan Report

Sie haben Ihre Vollversammlung zu einer Zeit der für die KurdInnen im Mittleren Osten günstigen Entwicklungen durchgeführt. Wie hat sich das auf Ihr Treffen ausgewirkt?

Das politische und soziale Bild Kurdistans von einem Jahr ist erneut auf unserer 15. Generalvollversammlung reflektiert worden. Die zahllosen Erfolge gegen den Islamischen Staat (IS) in Rojava *[kurd.: Westen; Westkurdistan/Nordsyrien]* und Başur *[kurd.: Süden; Südkurdistan/Nordirak]*, der dreijährige politische Kampf um Verhandlungen Abdullah Öcalans mit der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), die Festigung der demokratischen Autonomie in Rojava und das steigende internationale politische Interesse an Kurdistan waren die wesentlichen gemeinsamen Nenner in den Debatten. Trotz politischer Differenzen waren sich die 52 RednerInnen der kurdischen Parteien in vielen Punkten einig: dass es jetzt nämlich um die Ära der KurdInnen gehe.

Auch waren sich die politischen Parteien, die êzîdischen, alevitischen, christlichen, islamischen VertreterInnen darüber einig, dass bei der Neugestaltung des Mittleren Ostens KurdInnen heute nicht mehr übersehen werden könnten, wie etwa 1923 bei den Debatten um den Lausanner Vertrag. Damals waren die KurdInnen ausgeschlossen worden. Ihre Zukunft war bestimmt worden durch Fremdmächte. Kurdistan war zu einer regionalen wie internationalen Kolonie verdammt worden. Heute, nach 92 Jahren, sieht sein Bild ganz anders aus: in all seinen vier Teilen organisierte KurdInnen. Die Solidarität zwischen der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, Iran, Irak, Syrien sowie der Diaspora hat sich gefestigt. Politische Differenzen zwischen den kurdischen politischen Parteien bieten nicht mehr dieselben Möglichkeiten zur ausländischen Intervention wie früher. Der hohe Grad politischen Bewusstseins in der kurdischen Bevölkerung setzt die kurdischen politischen Parteien unter starken Druck, was den »Bruderkrieg« verhindert.

Im Gegensatz dazu wurde vermerkt, dass die einst so mächtigen Kolonialmächte Kurdistans in ernsten Schwierigkeiten steckten, und zwar innen- wie auch außenpolitisch. Das heißt, die Staaten, sprich die Ausführenden der Leugnungs- und Vernichtungspolitik gegen die KurdInnen, seien noch nie so schwach gewesen wie heute. Außenpolitisch steht der türkische Staat in Visier und Kritik internationaler Politik. Das Baath-Regime in Syrien wird künstlich am Leben erhalten. Iran ist sowohl innen- als auch außenpolitisch derart marginalisiert, dass kleine Unruhen im Land dem Regime großen Schaden zufügen könnten. Auch der arabische Teil Iraks, ob SunnitInnen oder SchiitInnen, steckt in einem unlösbaren Chaos.

Diese Kolonialstaaten haben in den Jahrzehnten alles Erdenkliche unternommen, um das kurdische Recht auf Selbstbestimmung zu unterdrücken. Diplomatisch haben sie die KurdInnen als Bedrohung ihrer Souveränität verkauft und das Recht auf Selbstbestimmung stets als Separatismus diffamiert. Nicht, dass diese Staaten es aufgegeben hätten, gegen die KurdInnen anzukämpfen. Sie können aber zumindest in keiner antikurdischen Allianz zusammenkommen, da sie untereinander verfeindet sind. Obwohl sie jahrzehntelang kollektive Verbrechen in Kurdistan begangen haben. International verlieren sie an Glaubwürdigkeit, während das Bild von den KurdInnen immer mehr als eines der GarantInnen für Stabilität gezeichnet wird.

In fast allen Redebeiträgen wurde auf die negative und aggressive Politik der gegenwärtigen türkischen Regierung hingewiesen. Die RednerInnen sowohl aus Başur als auch aus Rojava kritisierten die türkische antikurdische Politik. In der Gesamtheit der Debatten ergab sich, dass die Türkei außer in Rojava und Başur jetzt auch einen Krieg gegen KurdInnen in Bakur *[kurd.: Norden; Nordkurdistan/Südosttürkei]* führt. In Rojava realisiere die Türkei ihren antikurdischen Kurs über die Unterstützung des IS; für Başur wurde auf die türkische Beteiligung beim Fall Mûsils (Mossuls) hingewiesen. Ferner wurde betont, dass die AKP-Regierung bemüht sei, einen innerkurdischen Konflikt, namentlich eine Konfrontation zwischen der ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK) und der Demokratischen Par-

tei Kurdistans (PDK), zu entfachen. Aus diesem Grund wurde der Wahlerfolg der KurdInnen bei der türkischen Parlamentswahl im vergangenen Juni als historischer Sieg begriffen und erneut auf die Bedeutung der Neuwahlen am 1. November hingewiesen. Die kürzlich proklamierte demokratische Autonomie in Teilen Bakurs wurde begrüßt und als legitime Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes anerkannt. Zugleich wurde betont, dass die AKP in den letzten drei Jahren des »Friedensprozesses« zwischen dem türkischen Staat, Abdullah Öcalan, der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und der PKK nicht die kurdische Hand zum Frieden ergriffen habe. In diesem Zusammenhang wurde erneut die Freilassung Öcalans als eine Prämisse für den Frieden betont.

Ferner wurde des Öfteren zum gemeinsamen Handeln gegen die AKP-Regierung aufgerufen und der Kampf gegen die AKP als nationale kurdische Notwendigkeit gesehen, da sie gegenwärtig als eine Gefahr für drei Teile Kurdistans verstanden wird.

Im KNK wurde begrüßt, dass ihm jetzt auch arabische Parteien sowie VertreterInnen der MandäerInnen und Kaka'i als Mitglieder angehören; bislang waren es nur zwei assyrische Parteien gewesen.

Ein wichtiges Thema war die politische Krise in Başur. Dabei wurde betont, dass sie auf die Dauer eine Gefahr für die Autonomieregion (KRG) darstelle, da interne Probleme die gegenwärtigen außenpolitischen Chancen aufs Spiel setzten. Für Başur wurde eine Demokratisierung der politischen Strukturen gefordert. Dafür solle der KNK noch weitere kurdische Parteien aufnehmen und die Funktion eines gesamtkurdischen Kongresses ausüben.

Die Revolution von Rojava als nationales Augenmerk der KurdInnen solle als nationale Errungenschaft weiterhin gefördert werden; und für ihre internationale Akzeptanz sei zu kämpfen.

Das Massaker des letzten Jahres an den êzîdischen KurdInnen hatte in nationalem Sinne einen wichtigen, sensiblen Punkt getroffen. Der Völkermord an den Êzîdis wurde als nationales Trauma erneut debattiert, und es wurde zugleich gefordert, dass die Verantwortlichen früher oder später zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

Erstaunlich war auf dem diesjährigen Kongress die rege Kritik der Frauen an kurdischen politischen Parteien. Immer wieder wurde auf die positiven Erfahrungen der Kurdinnen in Bakur und Rojava hingewiesen und politische Parteien in Başur und Rojhilat *[kurd.: Osten; Ostkurdistan/Westiran]* wurden aufgefordert, die internen Strukturen durch die emanzipatorische Beteiligung von Frauen zu öffnen. Sowohl die Erfolge der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ; in Rojava) und der Einheiten der Freien Frauen STAR (YJA Star; in Bakur) als auch die hohe politische Beteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen in den anderen beiden Teilen Kurdistans sollen als nationale Avantgarde der sozialen Revolution gesehen werden.

Die christlichen AssyrerInnen betonten, ihre »Auferstehung« habe gemeinsam im Kampf mit den KurdInnen in Rojava begonnen und sie wollten sie auch in Başur erfahren. Erstmals nach dem Zerfall des Assyrischen Reiches seien sie in der Lage, sich selbst verteidigen zu können gegen die Angriffe des IS. Sie verwiesen auf die Notwendigkeit einer Lösung in Rojava.

Im KNK wurde begrüßt, dass ihm jetzt auch arabische Parteien sowie VertreterInnen der MandäerInnen und Kaka'i als Mitglieder angehören; bislang waren es nur zwei assyrische Parteien gewesen. Auch die diesjährige hohe Anzahl Frauen wurde positiv aufgenommen. Starke Kritik am KNK wurde vor allem daran geäußert, dass er bei akuten politischen Ereignissen nicht offensiv genug sei.

Der KNK formuliert als eines seiner Hauptziele die nationale Einheit. Wie sieht es heute mit ihr aus?

Die Erfolge des letzten Jahres, wie die Siege von Kobanê, Girê Spî (Tall Abyad), Maxmur, Şengal (Sindschar) als auch die erfolgreiche Verteidigung weiterer Orte in der KRG gegen den IS, haben das nationale Selbstbewusstsein der KurdInnen gestärkt. Ähnlich wirkt sich auch der Wahlerfolg in der Türkei am 7. Juni aus. Fazit ist: Wenn KurdInnen zusammen kämpfen, siegen sie. Daher wurde die Diskussion über die Entwicklung einer nationalen Strategie in der Verteidigung, aber auch in der internationalen Politik als unausweichlich betont. Auch die Tatsache, dass immer mehr internationale Kräfte im kurdischen Freiheitskampf ebenfalls eine Förderung der Stabilität sehen, eröffnet den KurdInnen neue diplomatische Chancen.

Daher werden wir als KNK in Zukunft unseren Schwerpunkt darauf setzen, auf verschiedenen Wegen die Konflikte zwischen den Parteien offensiver anzugehen. Nationale Einheit innerhalb der Bevölkerung existiert. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, dass für Kobanê KurdInnen in allen vier Teilen Kurdistans, aber auch der Diaspora recht sensibel reagierten und auf die Barrikaden gingen. Für das Verhältnis zwischen den einzelnen Teilen Kurdistans lässt sich sagen, dass die nationale Solidarität das philosophische Ausmaß »einer für alle, alle für einen« erreicht hat. Als es für Kobanê

kritisch wurde oder als Maxmur in Başur durch den IS extrem gefährdet war, waren KurdInnen in Bakur, Rojhilat, Başur und Rojava auf den Beinen. Diese neue Entwicklung birgt auch neue Chancen für den lang ersehnten kurdischen Nationalkongress[1]. Denn die Solidarität der Bevölkerung zwischen den Landesteilen setzt die politischen Parteien unter einen immensen politischen Druck.

Probleme hinsichtlich der nationalen Einheit stellen die politischen Parteien dar. In Kurdistan ist die Parteienlandschaft durch konservative TraditionalistInnen und progressive DemokratInnen geprägt. Vom KNK aus müssen wir den Dialog zwischen den Richtungen aufrechterhalten und eine Art kurdische Innenpolitik der Kompromisse erreichen können. Gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft, bei internen Konflikten die Kolonialstaaten Türkei und Iran sowie Global Player aus unseren Angelegenheiten herauszuhalten, werden erforderlich sein.

Auch müssen wir nationale Richtlinien und Klarheit in der Bündnispolitik der einzelnen kurdischen Parteien mit der Türkei, Iran, Irak, Syrien durchsetzen. Es kann nicht sein, dass kurdische Bündnispolitik die Kolonialstaaten stärkt und kurdischen Interessen schadet. Das heißt, wir müssen gemeinsame Richtlinien für unsere Diplomatie erarbeiten. Gelingt uns das, dann wird dem kurdischen Nationalkongress nichts im Wege stehen. Denn wie des Öfteren bekundet, die KurdInnen setzen auf die Praktizierung des Selbstbestimmungsrechts innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen. Ferner kämpfen sie für die Dezentralisierung. Diese Forderungen sind relativ bescheiden und stellen daher an sich keine Gefahr für die so oft betonte Souveränität der Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien dar. Damit bestünde mit dem kurdischen Nationalkongress auch keine Gefahr für Interessen ausländischer Mächte.

Wir hatten bereits 2013 auf den Appell Abdullah Öcalans hin, des Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), einen ersten Schritt unternommen, den kurdischen Nationalkongress ins Leben zu rufen. Damals hatte der KRG-Präsident und PDK-Vorsitzende, Herr Mesûd Barzanî, in seinem, Abdullah Öcalans und Dschalal Talabanis *[des damaligen irakischen Staatspräsidenten und Vorsitzenden der zweiten großen KRG-Regierungspartei Patriotische Union Kurdistans (YNK)]* Namen 72 kurdische Parteien zu einer ersten Sitzung am 19. Juli 2013 eingeladen. Unter der Schirmherrschaft von Herrn Barzanî führten wir vier Monate lang Diskussionen, haben den Kongress allerdings nicht zustande bringen können. Die Haltung kurdischer Parteien zu Rojava war gespalten. Außerdem haben wir den Fehler gemacht, die Kongressvorbereitungen während des Parlamentswahlkampfs in der KRG durchzuführen. Weshalb einige der politischen Parteien dort die Vorbereitungsarbeiten für ihren Wahlerfolg ausgenutzt haben.

Wie wurden Aufgaben und Gefahren für die KurdInnen auf Ihrem Kongress bewertet? Welches sind die gegenwärtigen Herausforderungen und Chancen für sie?

Die einzige Gefahr, auf die hingewiesen wurde, war das Problem der inneren Spaltung. Diese Spaltung, die von der AKP und Iran vehement forciert wird, wütet gerade in der Autonomen Region Kurdistan in Form einer ernsthaften politischen Führungskrise. Während in Bakur und Rojava im Hinblick auf innergesellschaftliche Demokratie nach der Maßgabe »Einheit der Vielfalt« erfolgreich historische Schritte unternommen worden sind, ist Başur nach wie vor gespalten zwischen konservativ-traditionalistischer und progressiv-moderner Politik. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl Iran als auch die Türkei als auch einige arabische Staaten mit dem autonomen KRG-Status niemals glücklich waren. Nach wie vor ist ihnen Başur als kurdische Errungenschaft ein Dorn im Auge. Mit verschiedenen Mitteln versuchen sie, Başur zu kolonialisieren und zu destabilisieren. Ähnlich verhält es sich auch mit Rojava. Die erwähnten Staaten kämpfen seit vier Jahren dagegen an, dass die KurdInnen Rojava als autonomes Teilgebiet eines zukünftigen demokratischen Syrien entwickeln können. Unter diesen Staaten ist die Türkei am aggressivsten. Die kurdische Bündnispolitik einzelner Parteien bietet den Staaten, vor allem der AKP, Interventionsmöglichkeiten.

In meiner Abschlussrede auf dem Kongress habe ich mehrmals betont, dass die AKP eine nationale Gefahr für uns alle KurdInnen darstellt. Die Sorge, dass wir von den politischen Gelegenheiten profitieren könnten, hat bei ihr zu einer erneuten KurdInnenphobie auch jenseits der türkischen Grenzen geführt. Die AKP betrachtet die KurdInnen als Barriere, die den türkischen Staat im politischen Vakuum in Syrien, in dem Chaos in Irak und mit der avantgardistischen Politik der Opposition in der Türkei an der Verwirklichung der neoosmanischen Vision gehindert hat. In Rojava führt die AKP mithilfe des IS seit drei Jahren Krieg, in Başur schürt sie einen Konflikt zwischen PKK und PDK. Außerdem verschärft sie mit ihrer Doppelstrategie die Krise in den Beziehungen zwischen Bagdad und Hewlêr (Arbil). Mithilfe des türkischen Nachrichtendienstes MIT mischt sie sich in die inneren Angelegenheiten der KRG. In Kooperation mit Saudi-Arabien und Qatar versucht sie eine gemeinsame Strategie gegen Rojava und Başur zu entwickeln. Sie schürt Konflikte zwischen KurdInnen und AraberInnen, zwischen KurdInnen und TurkmenInnen. Für

1 Damit ist im Gegensatz zum ähnlichen Namen der Institution KNK das seit Jahren immer wieder verschobene Projekt einer gesamtkurdischen Versammlung/Konferenz gemeint.

die AKP bedeutet KRG Erdöl. Das Öl wird von der KRG über die einzige Transportmöglichkeit, die Türkei, verkauft. Dabei hat die AKP illegale Kriterien aufgestellt. Etwa fünfzehn Prozent aus den Öleinnahmen fließen direkt in die Kassen der AKP und der Familie Erdoğan.

Auch auf internationaler Ebene trachtet die AKP danach, das positive Bild der KurdInnen zu schädigen. Denn vor allem die USA haben die Schwelle der Distanz zu einigen kurdischen politischen Parteien wie der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava überwunden und stehen öffentlich zu deren Unterstützung. Das hat zuletzt dazu geführt, dass der türkische Premier Davutoğlu den USA drohte: Im Falle weiterer US-amerikanischer Militärunterstützung für Rojava würde die Türkei die PYD-kontrollierten Gebiete direkt militärisch angreifen.

Nicht zuletzt hat die AKP den Flüchtlingen Tür und Tor nach Europa geöffnet, vor allem nach Deutschland. Diese Drohung und Erpressung folgte, nachdem aus Berlin kritische Stimmen gegen die AKP-Führung laut geworden waren.

Alles in allem stehen Europa, besonders Deutschland, Russland und die USA vor einer neuen Entscheidung in der kurdischen Frage. Vor allem aber über die PKK.

Wie sehen Sie die Rolle des Westens im Hinblick auf die Einheitspolitik der KurdInnen: förderlich oder hinderlich?

Ich denke, dass die Teile-und-herrsche-Politik aus dem Westen in Kurdistan immer schwieriger werden wird. Die Aufteilung der kurdischen politischen Parteien in die Bösen und die Guten hat auf Dauer wenig Chancen. Die PKK war primär ein Problem der westlichen Politik; sie weiterhin als Problem zu behandeln, wird angesichts ihres Einflusses auf die vier Teile Kurdistans nicht einfach sein. Es muss angemerkt werden, dass die politische Kultur der PKK als einer modernen und progressiven Kraft gegenwärtig große Sympathien in allen vier Teilen Kurdistans und der kurdischen Diaspora genießt. Ferner muss festgehalten werden, dass sie als einzige kurdische Kraft in allen vier Teilen Kurdistans militärisch präsent ist. Schließlich verfügt sie zur Bekämpfung des IS auch über Guerillakräfte in der KRG. Im Mittleren Osten sind militärische Präsenz und Stärke ausschlaggebend für politische Arbeit. Nicht zuletzt ist Kurdistan durch den IS gefährdet. Mit ihrer Verteidigungsstrategie hat die PKK Stärke bewiesen und in Kobanê, Girê Spî, Şengal, Maxmur den Unbesiegbarkeitsmythos des IS gebrochen. Weshalb die AKP jetzt bemüht ist, Teile des IS in die Al-Nusra-Front zu integrieren und sie auszurüsten, um mit dieser den Kampf gegen die KurdInnen fortsetzen zu können.

Künftig wird es wichtig sein, etwas Ordnung in das Chaos in Syrien und Irak zu bringen. Dabei setzen die USA für die Befreiung von u. a. Kaniya Dil (Dscharabulus) vom IS auf die kurdischen Kräfte. Der Fall von Kaniya Dil wird den Fall von ar-Raqqa und dann Mûsil nach sich ziehen. In diesem Zusammenhang wird es schwierig werden, eine Anti-PKK-Politik aufrechtzuerhalten. Auch die Überwindung der Krise in der KRG hängt sehr stark von der Haltung der PKK ab. Trotz der gezielten Provokationen der AKP hat die PKK klar und deutlich erklärt, sie werde keine Konfrontation mit der PDK eingehen; diese äußerte sich ähnlich. Viele kritische Stimmen in der KRG hören auf die PKK, weshalb diese jetzt herausgefordert ist, die PDK mit politischen Mitteln von einer demokratisch-parlamentarischen Linie zu überzeugen. Die Autonomieregion ist nicht nur für die Gesamtheit der KurdInnen eine nationale Errungenschaft, sondern als weitgehend stabiles Gebilde auch für internationale Kräfte von Bedeutung. Stabilität in der KRG wird auch vom Kampf der KurdInnen gegen die AKP in der Türkei abhängen.

Ich verfolge seit geraumer Zeit, wie die europäische Politik im Hinblick auf die KurdInnen unter Druck steht. Europa und vor allem Deutschland sehen sich einer neuen Herausforderung gegenüber. Dabei kann die kurdische Diplomatie einen gewichtigen Beitrag leisten, indem sie systematische Überzeugungsarbeit leistet. Denn noch herrscht die Skepsis der vierzigjährigen Vorurteile. Hier besteht noch immer die Besorgnis, inwieweit nichtstaatlichen AkteurInnen vertraut werden kann. Außerdem ist es für Europa gegenwärtig sehr schwierig, sich mit der AKP-Regierung auseinanderzusetzen. Einst verhalfen Europa und die USA der AKP als Modell für den gemäßigten Islam zur Macht. Nun aber ist etwas ganz anderes aus ihr geworden, womit sowohl die USA als auch die EU Probleme haben. Eine AKP, die im Widerspruch zur internationalen Anti-IS-Koalition ihren Stellvertreterkrieg mit allen Mitteln über den IS ausgetragen hat. Die AKP destabilisiert, wo sie interveniert, und vertieft das ohnehin bestehende Chaos.

Für Deutschland stelle ich die Frage, ob wie einst zu Kaisers Zeiten in den »kranken Mann am Bosporus« investiert wird, um seine Lebensdauer zu verlängern, oder ob die demokratischen Kräfte des Landes unterstützt werden. Damals war es Sultan Abdülhamid II., heute ist es der Sultan Recep Tayyip Erdoğan.

Ich denke, dass eine Schwächung der kurdischen Kräfte den gesamten Mittleren Osten negativ beeinflussen wird. Zumal die Schwäche der KurdInnen die Stärkung des IS sowie die Verlängerung der Lebensdauer korrupter und antidemokratischer Regime bedeuten wird. Daher ist das Zusammenkommen der KurdInnen auch im Interesse derjenigen, die an Stabilität im Mittleren Osten interessiert sind. ♦

Türkischer Nationalismus:

Der letzte Rettungsanker für den politischen Islam?

Murat Çakır

Es bewahrheitet sich wieder: »Nationalstaat« und »Nationalismus« sind an sich »leere Hülsen, in die jede historische Epoche und die Klassenverhältnisse in jedem Lande ihren besonderen materiellen Inhalt gießen« (Rosa Luxemburg). Und es zeigt sich, wie jedes Mal: Wenn herrschende Klassen aus reinen Machterhaltungsinteressen ein nationalistisches Fanal entfachen, diesem immer blutige Begleiterscheinungen wie Pogrome, Kriege, Hass und Zerstörung folgen und die Leidtragenden immer beherrschte Klassen jeglicher Herkunft sein werden.

Gerade heute, in der erzwungenen Wieder-Wahlkampfphase, erleben die Menschen in der Türkei und insbesondere in Kurdistan auf eine dramatische Weise die Folgen des gefährlichen Spiels der Herrschenden mit dem Feuer. Seit den den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 folgenden Tagen lässt die abgewählte AKP-Regierung bewusst die Gewalt eskalieren: »terroristische« Bombenanschläge »unbekannten« Ursprungs, zahlreiche tote Soldaten, Guerillas und Zivilist*innen – darunter von Scharfschützen der Polizei gezielt hingerichtete Frauen, Kinder und Greise –, von den Militärs und Polizei-Sonderkommandos umlagerte und zerstörte kurdische Ortschaften, Ausgangssperren, Repressalien gegen oppositionelle Kräfte, Inhaftierungen von Aktivist*innen und Mandatsträger*innen, Ausschaltung der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten und Gleichschaltung der Medien, Willkürjustiz und Aufhebung der Gewaltenteilung, Militäroperationen und Bombardierungen auf ausländischem Territorium, staatlich gelenkte und von den Sicherheitskräften geduldete faschistische Pogrome, Brandanschläge auf Parteibüros der HDP (Demokratische Partei der Völker) und Lynchversuche gegen »kurdisch aussehende« Personen – das alles u. v. a. m. geben das aktuelle Bild der Türkei wieder.

Doch wohin steuert nun die Türkei, das gescheiterte Modell des Westens für die islamische Welt – vielleicht in einen blutigen Bürger*innenkrieg, wie bürgerliche Medien in Europa es befürchten? Oder wird nur der »schmutzige Krieg« der 1990er Jahre wieder fortgeführt, welcher in der scheinbaren Prosperitätsära des »türkischen Wirtschaftswunders« im letzten Jahrzehnt unterbrochen war? Ist das rigorose Vorgehen der türkischen Militärmaschinerie nur eine »notwendige und angemessene Verteidigungsmaßnahme im rechtmäßigen Kampf gegen den PKK-Terror«, wie regierungsamtlich behauptet wird, oder der Ausdruck eines von den westlichen Bündnispartnern der Türkei unterstützten, mindestens geduldeten Staatsterrors, mit dessen Hilfe die AKP (Partei für Aufschwung und Gerechtigkeit) ihre Macht erhalten will? Welches Ergebnis werden die Parlamentswahlen überhaupt unter diesen Bedingungen bringen? Und was ist mit dem faschistischen Mob – sind denn alle Türk*innen vom nationalistischem Wahn befallen?

Erdoğan ist angezählt

Von einem Bürger*innenkrieg in der Türkei kann weder im wortwörtlichen Sinne noch in der Realität gesprochen werden. Es gibt keine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Bevölkerungsgruppen, sondern einen realen schmutzigen Krieg des türkischen Staates, welcher mit enormer militärischer wie polizeilicher Gewalt gegen die eigene – kurdische – Bevölkerung geführt wird. Der bewaffnete Kampf der PKK, der in seiner rund dreißigjährigen Geschichte mehrfach durch einseitige Waffenstillstandserklärungen der PKK unterbrochen wurde, ändert an dieser Tatsache überhaupt nichts. Selbst die »Illegalität« – was keineswegs eine Illegitimität bedeutet – eines bewaffneten Kampfes kann nicht als Rechtfertigung für die Ausübung des Staatsterrors dienen. Auch wenn der bürgerliche Staat relativ ein demokratischer Rechtsstaat ist, kann er nur dann als ein demokratischer Rechtsstaat gesehen werden, wenn sogar jene, die ihn mit Waffengewalt zerstören wollen, nur mit den Mitteln des demokratischen Staates verfolgt, dingfest gemacht und bestraft werden. Die Türkei ist nachweislich kein Rechtsstaat.

Der Behauptung ist aber zuzustimmen, dass der türkische Staat die alten Methoden der »Terrorbekämpfung« heute wieder anwendet. Das ist kein Zufall, denn die AKP steht in der

Kontinuität der Militärjunta – nur mit dem Unterschied, dass inzwischen die gesamte zivile und militärische Staatsbürokratie ihrer Kontrolle untersteht. Doch die politische und gesellschaftliche Situation ist eine völlig andere als in den 1990er Jahren.

Während sich damals das Regime und die herrschenden Klassen unter dem Protektorat der kemalistischen Staatsbürokratie auf eine relativ funktionierende verfassungsrechtliche Grundlage stützen konnten und eine privilegierte Unterstützung der kapitalistischen Kernländer genossen, stehen sie heute unter einem zweifachen Druck – zum einen von außen, durch die globalen Krisen des Kapitalismus, und zum anderen im Innern, durch die fehlende verfassungsrechtliche Absicherung der autoritären Transformation des Regimes. Die Implikationen der Vielfachkrise, in der sich die Türkei befindet, seien hier nicht benannt.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass weder die kurdische Bewegung noch die übrigen gesellschaftlichen Oppositionskräfte so schwach aufgestellt sind wie in den 1990er Jahren. Die kurdische Bewegung hat sich zu einer breiten Volksbewegung der Armen und Frauen entwickelt, die einerseits über eine wirksame militärische Schlagkraft und einen politisch-gesellschaftlichen Einfluss verfügt und andererseits nicht mehr auf eine solch große Ablehnung in den nichtkurdischen Bevölkerungsteilen der Türkei wie in den 1990er Jahren stößt. Zudem hat die kurdische Bewegung durch den erfolgreichen Abwehrkampf gegen das Terrorkalifat des sog. »IS« und die demokratischen Autonomieversuche eine beachtliche internationale Reputation bekommen und ist dabei, diese auszubauen.

So belegen auch die verschiedenen gesellschaftlichen Widerstandsbewegungen gegen neoliberale Maßnahmen, vor allem der »Juni-Aufstand« in 2013 *[»Gezi-Park«]*, die erfolgreichen Arbeitskämpfe der Metallarbeiter*innen und die ernsthaften Bemühungen zur Überwindung der Zersplitterung von linken Kräften, dass die Potentiale der gesellschaftlichen Opposition wachsen. Auch wenn die verschiedenen Widerstandsherde fragmentiert sind, so bilden sie durch ihr Wirken doch eine breite Front gegen die Politik der AKP-Regierung. Und mit der HDP ist auch eine politische Kraft entstanden, die zwar nicht alle linken Kräfte unter ihrem Dach vereinigen konnte und aufgrund ihrer »schwammigen« Programmatik einiges an Kritik verdient, aber dennoch die einzige parlamentarische Stimme breiter Teile der gesellschaftlichen Opposition geworden ist und sich – nun mit steigender Tendenz – in der Wähler*innenschaft verankert.

Die Tatsache, dass zwischen dem »Juni-Aufstand« und dem berechtigten Freiheitsbegehren des kurdischen Volkes eine – wenn auch vorerst provisorische – Brücke gebaut werden konnte, hatte zur Folge, dass die HDP am 7. Juni 2015 mit 80 Abgeordneten in das türkische Parlament eingezogen ist und so die Pläne von Staatspräsident Erdoğan, eine absolute AKP-Mehrheit zu erhalten, vereitelt hat. Am Wahlabend stand für viele Beobachter*innen fest: Das Präsidialsystem ist passé und Erdoğan ist angezählt. Die »Unbesiegbarkeitslegende«



Nach dem Anschlag auf die Friedensdemonstration mit mehr als 100 Toten und hunderten Verletzten, Angriff mit Tränengas durch die türkische Polizei. Foto: DIHA

der AKP hatte einen kräftigen Dämpfer bekommen und die Auswirkungen des Schwächungsprozesses der AKP-Macht, welcher seit 2010 an Tempo gewonnen hatte, waren nun für alle sichtbar. Für diesen Schwächungsprozess sind verschiedene Gründe verantwortlich.

Das außenpolitische Fiasko

Lange Zeit wurde die AKP vom Westen als ein »Modell für die islamische Welt« angepriesen. Die »Kompatibilität des politischen Islams mit der bürgerlichen Demokratie« und somit »die Chancen für stabile politische Verhältnisse in Verbindung mit Wirtschaftswachstum und Wohlstandszunahme« wurden anhand des »türkischen Wirtschaftswunders« gern und ständig kolportiert.

Auch für die AKP war das ein willkommener Anlass, um ihr ambitioniertes Ziel voranzutreiben: die regionale Führungsmacht zu sein, die die neoliberale Integration des Nahen und Mittleren Ostens in die imperialistisch-kapitalistische Weltordnung verwirklicht. Das war auch ganz im Sinne der imperialistischen Neuordnungsphantasien. Ohne Frage, durch die strategische Partnerschaft mit den USA und Israel, durch die damals aufgebauten politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der arabischen Welt, den sog. »EU-Heranführungsprozess« und mit ihrem ungezügelten Drang nach Kapitalexport schien die Türkei eine werdende Regionalmacht zu sein, imstande, mit ihrer militärischen Gewaltmaschinerie und der »strategischen Tiefe« ihrer Außenpolitik die gemeinsamen Träume der imperialistischen Kräfte und des türkischen Kapitals alsbald Realität werden zu lassen.

Doch die Umwälzungen in der arabischen Welt ab 2011 haben diesen Träumen ein jähes Ende bereitet. Innerhalb kurzer Zeit wurde deutlich, dass die »Kompatibilität« des politischen Islams mit der bürgerlichen Demokratie ein Wunschtraum ist. Nun ist auch längst die Bewegung der »Muslimischen Brüder«, deren großer Bruder die AKP sein wollte, zerschlagen. Nichts ist von den »guten Beziehungen« zur arabischen Welt übrig geblieben – von der Führungsrolle ganz zu schweigen. Die »strategische Tiefe« erwies sich als ein Fiasko und sämtliche außenpolitischen Ziele der AKP liegen nun in Trümmern.

Inzwischen ist die Türkei ein Land geworden, das seine Botschafter*innen aus Ägypten, Israel, Jemen, Libyen und Syrien abgezogen hat, mit Syrien und der Zentralregierung Iraks verfeindet ist – die einzige »gute« Beziehung zum Barzanî-Regime im Nordirak ist auch kein Trostpflaster –, dem gesuchten Ex-Vizepräsidenten Iraks, Tariq al-Haschimi und den heillos zerstrittenen FSA-Führern sowie islamistischen Terrorbanden Unterschlupf gewährt und die Destabilisierung seiner Nachbarn vorantreibt. Ein Land, das zur Drehscheibe für Geldwäsche geworden ist und Fördergelder aus den Golfkooperationsstaaten an terroristische Organisationen wie die Al-Nusra-Front, Ahrar al-Sham oder Al-Qaida nahestehende Banden verwaltet. Ein Land, in dem syrische Flüchtlinge, zum größten Teil obdachlos, entweder auf den Straßen betteln müssen oder für knapp 90 Euro im Monat täglich 12 Stunden arbeiten »dürfen«! Nicht zuletzt ist die Türkei ein NATO-Land, das z. B. in illegale Waffengeschäfte mit Libyen verwickelt ist.

Dass die Türkei der US-Luftwaffe erlaubt hat, von Incirlik aus Angriffe auf IS-Stellungen zu fliegen, und offiziell auch militärisch Teil der sog. »Anti-IS-Allianz« geworden ist, ändert nichts an der Tatsache, dass in Bezug auf Syrien zwischen der Türkei und ihren NATO-Partnern, vor allem den USA, große Widersprüche bestehen. Während die Türkei die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Einheit (PYD) sowie die Verteidigungseinheiten (YPG und YPJ) als »terroristische Organisationen« bezeichnet, sind die USA anderer Auffassung und sehen diese als Verbündete bzw. unverzichtbare Landkräfte im Kampf gegen das Terrorkalifat an.

Auch die EU ist mit der Ausrichtung der türkischen Außenpolitik zunehmend unzufriedener. Der Abzug der deutschen Patriot-Systeme und lauter werdende Kritik aus der NATO zeugen davon. Jüngst musste Erdoğan bei seinem Besuch in Moskau eine Abfuhr von Putin in Sachen Syrien schlucken und erklärte sodann zuhause, dass »zur Lösung der Probleme in Syrien eine gewisse Zeit mit Assad zusammengearbeitet werden« könne. Vom Paulus zum Saulus und wiederum vom Saulus zum Paulus – so könnte Erdoğans Zickzackkurs bezeichnet werden.

Weil aber die Türkei für den Westen aus geostrategischen, geoökonomischen und geopolitischen Gründen einen unschätzbaren Wert hat und weder die USA noch die EU in der Lage sind, eine Alternative zu Erdoğan auf die Beine zu stellen, sind sie gezwungen, ihn noch weiter zu ertragen. Das ist übrigens ein weiterer Beweis dafür, dass die imperialistischen Kräfte doch nicht so übermächtig sind, wie öfter dargestellt. Zwar können sie vieles verhindern, was sie nicht wollen, aber nicht alle ihrer Pläne verwirklichen. Dennoch steht es außer Frage, dass sie Erdoğan sofort fallenlassen würden wie eine heiße Kartoffel, wenn er nicht mehr über genügend Rückhalt verfügt.

Eskalation als Wahlkampfstrategie

Erdoğan ist sich dessen bewusst, dass ihm seine strategischen Partner bei der nächsten Gelegenheit die kalte Schulter zeigen würden, und gleichwohl, dass ihm, falls er keine parlamentarische Mehrheit mehr bekommt, eine Untersuchung wegen

Korruptionsvorwürfen droht, die durchaus mit einer Verurteilung enden kann. Deshalb krallt er sich mit aller Kraft an die Macht und will bei den Neuwahlen die absolute Mehrheit für seine AKP erreichen.

Derweil profitieren Erdoğan und die AKP von der Repräsentationskrise des türkischen Kapitals. Das Großkapital hatte nach der Wahl vom 7. Juni eine »AKP-CHP-Koalition« präferiert, konnte dies jedoch nicht durchsetzen. Zwar steht die AKP voll hinter dem neoliberalen Programm und verteidigt Kapitalinteressen »wie ein Löwe«, aber die bevorzugte Behandlung der Interessen jener Kapitalfraktionen, die der AKP nahestehen, regierungsamtliche Interventionen in die kapitalistische Konkurrenz, die Durchsetzung von Niedrigzinskrediten zugunsten von klein- und mittelständischen Unternehmen durch politischen Druck auf die Zentralbank sowie die persönlichen Attacken Erdoğans auf einzelne Großunternehmen wie die Doğan-Holding lassen das Großkapital ohnmächtig erscheinen. Sie sind auf Erdoğan und die AKP angewiesen, da eine regierungsfähige Alternative derzeit fehlt.

Diese kapitalseitige »Alternativlosigkeit«, der auch die westlichen Partner nichts entgegensetzen können, macht die AKP noch angriffslustiger. Erdoğan und seine AKP wissen, dass sie ihre Macht nur dann erhalten können, wenn sie ein autoritäres Sicherheitsregime installieren und dafür die notwendige gesellschaftliche Legitimation erhalten. Daher drängt Erdoğan auf eine endgültige Entscheidung und wirbt für sein Präsidialsystem, das nichts anderes als Protektionismus zugunsten des sunnitisch-konservativen Kapitals und zugleich ein diktatorisches Sicherheitsregime sein wird.

Um dafür die gesellschaftliche Legitimation abpressen zu können, drehen Erdoğan und die AKP-Regierung an der Eskalationsschraube. Während oppositionelle Medien mit Razzien, Verhaftungen und Ausschluss aus staatlichen Netzen unter enormen Druck gesetzt werden, verbreiten staatliche wie regierungsnahe Medien nationalistische Propaganda. Berufsverbände, Kammern, Unternehmensvereinigungen und regierungsnahe Gewerkschaften werden verpflichtet, Massenkundgebungen wie »Millionen gegen den Terror« zu organisieren, die wiederum von Erdoğan und Ministerpräsident Davutoğlu in Wahlkampfkundgebungen umgewandelt werden. Beisetzungen von Soldaten oder Polizeibeamten werden für Hasstiraden und rassistische Hetze instrumentalisiert, selbst kritische bürgerliche Journalist*innen werden bedroht, verprügelt und es wird für ihre Entlassung gesorgt.

Es ist offensichtlich, dass die AKP darauf spekuliert, mit der Entfachung eines nationalistischen Fanals die für ihre absolute Mehrheit notwendigen Stimmen auf sich zu vereinigen. Diese Spekulation beruht auf der Tatsache, dass die sunnitisch-konservative Mehrheitsgesellschaft schon immer für nationalistisches Gebaren empfänglich war. Dabei war die AKP-Propaganda noch vor zwei Jahren darauf ausgerichtet, »jeglichen Nationalismus, sei es der türkische oder kurdische, mit Füßen zu treten« – so Erdoğan im O-Ton. »99 Prozent« seien Muslim*innen und allein das sei das »verbindende Nationalelement«. Damals hoffte die AKP, damit die sunnitisch-konservativen Kurd*innen für sich zu gewinnen. Aber der Erfolg der kurdischen Bewegung hat die Bestrebungen für einen »einenden islamischen Konservatismus« letztlich ins Leere laufen lassen.

Jetzt, im Angesicht der drohenden zweiten Wahlniederlage, will die AKP die neofaschistische Partei für eine Nationalistische Bewegung (MHP) rechts überholen. Dazu sollte auch der Transfer des MHP-Abgeordneten Tuğrul Türkeş dienen – ältester Sohn des verstorbenen Faschistenführers Alparslan Türkeş, inzwischen einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten im Davutoğlu-Kabinett. Türkeş sollte der Keil zwischen den MHP-Abgeordneten sein.

Dennoch, die Strategie des nationalistischen Fanals ist nicht aufgegangen. Wahlumfragen zufolge konnte die AKP nur einen minimalen Zuwachs verzeichnen. Die Hetze auf Beisetzungen von Sicherheitskräften verstummte teilweise unter Protestrufen der Angehörigen. Staatlich gelenkte und von den Sicherheitskräften unterstützte Pogrome gegen HDP-Büros endeten abrupt, weil außer den AKP-Anhänger*innen, bezahlten Kleinkriminellen und übrigen Faschist*innen größere Massen nicht auf die Straße gebracht werden konnten. Im Übrigen: In der Türkei gab es seit der Gründung der Republik kein einziges Pogrom, kein Massaker, das aus der Spontaneität der Massen heraus entstanden ist. Immer wurden sie vom Staat organisiert, gelenkt und durchgeführt. Trotz des in der Mehrheitsgesellschaft weit verbreiteten türkischen Nationalismus waren größere Bevölkerungsteile nie Teil solcher Pogrome.

Sicherlich ist der türkische Nationalismus eine starke Waffe in den Händen der Herrschenden. Und sicherlich lassen sich große Teile der Mehrheitsgesellschaft – ob laizistisch oder konservativ – für die nationalistische Staatsdoktrin und die neoosmanischen Hegemonieambitionen begeistern. Der berühmte Satz »Wie glücklich ist der-/diejenige, der/die sagen kann, ich bin Türk*in« ist nicht nur eine rassistische Propagandaphrase, sondern der Schlüssel, der die Teilhabe an den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ressourcen ermöglicht.

Es war der Erfolg der AKP, den türkischen Nationalismus mit dem islamischen Konservatismus zu verbinden und diese Verbindung zum Schlüssel der Teilhabe zu machen. Sie hat ein Bild geschaffen, das vorgaukelte, dass »einfache Menschen, die das unter dem paternalistischen Joch der kemalistischen Eliten

leidende Volk vertreten, jetzt an der Macht« seien. Sunnitisch-konservative Bevölkerungsgruppen – in der Mehrzahl aus der arbeitenden Klasse – hatten das Gefühl, der Staat wäre endlich »ihr Staat«. Nun waren sie die »privilegierten Personen«, die in den Ämtern, Behörden, aber auch in den Banken bevorzugt behandelt wurden. Bei Personaleinstellungen in der Staatsbürokratie oder den Kommunalverwaltungen standen sie jetzt in der ersten Reihe. Die Teilnahme an Freitagsgebeten, demonstratives Fasten im Ramadan, islamische Bekleidung und selbst der Begrüßungscode »es-salamun-alaykum« anstatt eines schlichten »merhaba« öffneten Türen und gewährleisteten Aufstiegschancen. Auch die baurechtliche Legalisierung von ungenehmigt errichteten Gebäuden war jetzt einfacher, was zusätzlich höhere Renditen versprach. Es war einfach nützlich, sich besonders nationalistisch und islamisch zu geben.

Nun ist die türkische Mehrheitsgesellschaft, wie jede andere, sehr pragmatisch und denkt zuallererst an das Überleben. In der Prosperitätsära profitierte sie vom Wirtschaftswachstum und erhoffte sich zudem mehr Wohlstand von ihrem Staat, der den wiedererweckten (osmanischen) Eroberungsgeist repräsentierte. Und solange sie weiter konsumieren konnte, interessierte sie nicht, wie ihre »Vertreter*innen« sich durch Korruption bereicherten und dass ihr gefühlter Wohlstand fremdfinanziert war. Die »türkisch-islamische Synthese« schien endlich ein »Erfolgsmodell« geworden zu sein.

Doch seit einigen Jahren hat die ökonomische Realität sie eingeholt. Insolvenzen, nicht mehr bediente Kredite, Teuerungsraten, reelle Kaufkraftverluste durch Wertverlust der Lira, wirtschaftliche Stagnation sowie Verarmungsprozesse sind Entwicklungen, die mit nationalistischen Phrasen nicht weggedacht werden können. Insofern kann konstatiert werden, dass der türkische Nationalismus wenig geeignet ist, bei den bevorstehenden Wahlen als Rettungsanker für den politischen Islam zu fungieren.

Andererseits jedoch dient er dazu, die Staatsbürokratie, insbesondere die Sicherheitskräfte, unter Kontrolle zu halten. Polizei und Militär können dank höchststaatsamtlichen Freibriefs willkürlich in den kurdischen Gebieten wüten und ihrem rassistischen Wahn freien Lauf lassen. Für die AKP ist die Eskalation des Staatsterrors das wichtigste Instrument zur Machterhaltung. Denn ihr Regime hat sich in eine fragile Situation hineinmanövriert, in der es den einzigen Ausweg in der offenen Diktatur sieht.

In der Tat, Erdoğan und seine AKP stehen mit dem Rücken zur Wand. Das ist der Grund für ihre Aggressivität. Sicher, die aktuelle Situation in der Türkei birgt große Gefahren, bietet aber zugleich Chancen für einen anderen Weg. Die kurdische Bewegung scheint gut gewappnet zu sein, was aber nicht ausreichend ist. Es liegt an den linken Kräften in der Türkei, vorhandene Widerstandspotentiale zu nutzen und die provisorische Brücke zum kurdischen Volk zu einer festen Brücke der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes umzubauen. In Kürze, am Abend des 1. Novembers, werden wir beobachten können, ob sich für die Opposition neue Möglichkeiten eröffnen oder die Welt um ein weiteres faschistoides Regime reicher geworden ist. ♦



Ankara zwei Tage nach dem Anschlag: Trauer und Wut Foto: DIHA

Eine demokratische Nation aufzubauen und die demokratische Autonomie voranzutreiben, sind die derzeit wichtigsten Aufgaben:

Visionen mit Leben füllen

Demir Çelik

Auf der ganzen Welt finden wir tiefe politische, gesellschaftliche und ökologische Zerstörungsprozesse, die aus der nationalstaatlichen Mentalität zu verantworten sind. Mit ihrem rigiden Zentralismus und Alleinvertretungsanspruch und der faschistischen Diktatur als Einpersonenherrschaft führt der militaristische Nationalstaat zu politischen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemen, denen mit den vorherrschenden Verwaltungsapparaten und politischen Strukturen nicht mehr beizukommen ist. Die türkische Variante des Präsidialsystems beispielsweise bedeutet die weitere Zentralisierung eines ohnehin schon zentralistischen Staatsapparates. Damit können die bestehenden Probleme nicht gelöst werden. Ein demokratischeres System als das jetzige darf man sich vom Präsidialsystem nicht erwarten.

Mit den Wahlen vom Juni 2015 sollte dieses antidemokratische Präsidialregime eingeführt werden. Allen Widrigkeiten zum Trotz erzielte die Demokratische Partei der Völker (HDP) einen qualitativen Erfolg, der jedoch ebenso wie die Wähler*innenentscheidung insgesamt nicht akzeptiert, sondern ignoriert worden ist. Im nächsten Schritt wurde der Gesellschaft der Krieg erklärt. Gegen diesen ungerechtfertigten, schmutzigen und barbarischen Krieg ist die Bevölkerung in die legitime Position der Selbstverteidigung gerückt.

Da das System darauf beharrt, die kurdische Frage nicht lösen zu wollen, kann es auch die akkumulierten Probleme in der Gesellschaft nicht beheben und sieht als einzigen Ausweg den Krieg. Es lehnt die Lösungsperspektive der kurdischen Bewegung ab und hat den Verhandlungstisch bisher jedes Mal umgestoßen, bevor es zu einem qualifizierten Verhandlungsprozess kommen konnte. Staatspräsident Erdoğan hat sich allerdings nicht damit begnügt, ein weiteres Mal den Verhandlungstisch umzustoßen, sondern der kurdischen, politischen Bewegung, die eine Konfliktlösung verteidigt und soweit möglich voranzutreiben bemüht war, gleich komplett den Krieg erklärt. Die kurdische Bevölkerung hat sich dieser nicht zu rechtfertigenden Auseinandersetzung, die auf genozidale Vernichtung abzielt, entgegengestellt. Ihre Antwort lautet: Wenn unser Wille nicht anerkannt wird, wenn die Grundrechte als Luxus angesehen und uns vorenthalten werden, dann werden wir Selbstverwaltungsorgane schaffen, um uns erstens gegen die Angriffe zu schützen und zweitens unsere Rechte zu verwirklichen. Das muss zwangsläufig geschehen. Damit hat die Gesellschaft die Selbstverwaltungen aufgebaut. Denn die Gesellschaft ist nicht statisch. Sie kann ohne Lösungen nicht überleben. Sie leistet Widerstand und entwickelt eigene Lösungsalternativen.

Eine demokratische Nation aufzubauen und die demokratische Autonomie voranzutreiben, ist die derzeit wichtigste Aufgabe. Es geht darum, Visionen jetzt mit Leben zu füllen. Wenn uns das nicht gelingt, wird der Staat uns unsere Freiheit bewusst und gezielt verwehren. Der einzige Weg ist, sie mittels unserer eigenen Stärke als Gesellschaft zu gewinnen, ohne etwas vom Staat zu erwarten.

Für die Selbstverwaltungen, die durch die demokratisch legitimierte Eigenorganisierung der Gesellschaft errichtet werden, braucht es keine Form staatlicher Organisation. Die demokratische Autonomie stützt sich, dem Staate zum Trotz, auf die zivile, demokratische Organisierung der Gesellschaft. Auf der Grundlage des Prinzips Staat plus Demokratie sollen jenseits des Staates und neben dem Staat in den Dörfern, Kommunen, in den Stadtteilen und im urbanen Raum Bürger*innenparlamente eingerichtet werden, in denen die Bewohner*innen sich selbst verwalten. Je stärker und umfangreicher diese Organe der Selbstverwaltung werden, desto eher lässt sich der Staat auf Verhandlungen ein.

Die Selbstverwaltung und Selbstverteidigung der Gesellschaft basiert auf Prinzipien des universellen Rechts und auf den rechtlichen Prinzipien einer ökologischen und demokratischen Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat das Recht, gegen Hierarchie und Staatsmacht ihre Sprachen, ihre Kulturen, ihre Identitäten, ihren Status und ihre politische und soziale Existenz zu schützen so-

wie die Rechte auszuüben, die sich aus dem De-facto-Status als eigenständiges Volk ergeben.

In der Natur gibt es kein einziges Lebewesen, das sich nicht selbst verteidigt. Jedes Lebewesen verfügt über ihm eigene Verteidigungsmechanismen, um sein Leben zu schützen, seine Bedürfnisse zu decken und seinen Fortbestand zu sichern. Unter den Lebewesen ist der Mensch das einzige, das seine Selbstverteidigung bewusst einsetzen und weiterentwickeln kann. Die Geschichte der Menschheit ist in gewisser Hinsicht auch die Geschichte der Weiterentwicklung dieser Selbstverteidigung. Im Laufe ihrer Geschichte hat sich die Menschheit auf dem Weg vom Clan zum Stamm, von der Stammesgemeinschaft zur Nation, vom Dorf zur Stadt stets im Zustand der Selbstverteidigung befunden. Selbstverteidigung ist sowohl als Schutz vor Angriffen von außen als auch zum Erreichen einer ethischen und politischen Gesellschaftsordnung von existentieller und grundlegender Bedeutung.

Selbstverteidigung ist in hierarchischen Gesellschaften die Sicherheitspolitik, die zum Erreichen eines ethischen und politischen Gemeinwesens führt. In diesem Sinne lässt sie sich nicht bloß auf militärische Maßnahmen und eine Sicherheitspolitik beschränken. Vielmehr ist Selbstverteidigung ein fundamentaler Faktor in der Herausbildung einer Gesellschaftsordnung, da sie auf der zivilen und demokratischen Organisierung der Gesellschaft basiert.

Das Volk Kurdistans hat im Laufe der Geschichte von den ersten bis zu den heutigen Besatzungsmächten durchgehend im Zustand der Selbstverteidigung gelebt. Alle historischen Aufstände sind eine Form von Selbstverteidigung. Da die Verleugnungs-, Vernichtungs- und genozidale Politik gegen die Kurdinnen und Kurden weitergeht, muss ihre Selbstverteidigung kräftiger und effizienter sein als zuvor.

Die Kurd*innen haben durch den Kampf der letzten vierzig Jahre im Allgemeinen und die Erfahrung als ein Volk ohne eigenen Staat in den letzten zwanzig Jahren im Besonderen wichtige Möglichkeiten erlangt, um ihr eigenes demokratisches und autonomes System zu organisieren und auszubauen.

Selbstverteidigung ist einerseits ein historisch tradiertes Recht und wird andererseits in internationalen Abkommen und im UN-Übereinkommen über die Rechtsstellung von Staatenlosen anerkannt und rechtlich abgesichert. Bis der Staat die demokratische Autonomie anerkennt und ein freies und demokratisches Leben der Kurd*innen akzeptiert, ist es für die Kurd*innen ein sich aus ihrem Status als staatenloses Volk ableitendes Recht, ihre Selbstverteidigung wirksam auszuüben.

Die Selbstverteidigungspolitik der gegenwärtigen Phase zielt darauf ab, die Existenz der Kurd*innen gegen die Kriegs- und Vernichtungspolitik zu schützen, ihre politischen, sozialen, sprachlichen, kulturellen und religiösen Werte gegen die Assimilation zu schützen, zu pflegen und zur gesamtgesellschaftlichen Weiterentwicklung beizutragen. Diese Politik muss gleichzeitig darauf hinwirken, die Gesellschaft mit ethischen Werten und Moralvorstellungen gegen das Rechtsverständnis der Hierarchie zu wappnen. Denn ohne ethische Werte und Moralvorstellungen kann keine juristische Regel im wirklichen Sinne Gerechtigkeit und Freiheit sicherstellen. Die Gesellschaft muss anstelle des Rechts der Hierarchie, welches Privateigentum und Machthaber schützt, ihr eigenes, natürliches Gesellschaftsrecht als Bezugspunkt nehmen – und dieses speist sich aus ethisch-moralischen Werten.

Selbstverteidigung im Sinne der demokratischen Autonomie darf nicht nur als eine bewaffnete Struktur verstanden werden. Vielmehr drückt sie die Organisierung der Identitäten, Sprachen und Kulturen der Gesellschaft in ihren jeweils eigenen Lebensbereichen aus. Selbstverteidigung kann nicht darauf beschränkt werden, Menschen zu bewaffnen oder bewaffnete Strukturen aufzubauen und auszuweiten. Gegen die militärischen, politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Angriffe und Belagerungsversuche des macht- und staatszentrierten Systems gilt es, die Sicherheit der Gesellschaft als Ganzes zu organisieren. So ist Selbstverteidigung zu verstehen.

Selbstverteidigung muss verstanden werden als eine umfassende Organisierung der demokratischen Gesellschaft in jedem Bereich, mit der Herausbildung von Institutionen und der Entwicklung eines – auf der eigenen Kraft basierenden – eigenen Sicherheitssystems. Selbstverteidigung hat eine wichtige historische Rolle: den Kampf gegen die kolonialistischen Mächte auf der Grundlage der organisierten Kraft der Gesellschaft zu führen und deren geraubte Rechte wiederherzustellen.

Genozid ist die Gesamtheit der von organisierten Kräften bewusst, koordiniert und planvoll durchgeführten physischen, politischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Zerstörungen, die zur Auslöschung eines Volkes oder einer Gesellschaft führen sollen. Genozid besteht nicht nur aus ethnischen Säuberungen.

Ebenso wie auf physischer Ebene wird Völkermord auf sprachlicher, kultureller Ebene verübt. Er gilt im internationalen Recht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Unsere Kommunen, Stadtteil- und Stadtparlamente, unsere Akademien, Solidaritätshäuser, Kongresse und Räte sind jeweils Organe der Selbstverteidigung gegen diese Verbrechen.

Die Organisierung der kurdischen Sprache und Kultur gegen den kulturellen Genozid geschieht im Rahmen der Selbstverteidigung. Die Formen organisierten Kampfes gegen den politischen Genozid wie zivile Freitagsgebete, Schul- und Universitätsboykotte sowie Wahlboykott sind Selbstverteidigung. Die auf kollektiver Arbeit beruhenden, antimonopolistischen Produktions- und Verbrauchsgemeinschaften sind eine Form der Selbstverteidigung gegen die ökonomische Vernichtung.

Dass sich eine Gesellschaft gegen Genozid und eine Politik der Zerstörung schützt, indem sie sich demokratisch organisiert, ist ihr natürlichstes Recht. Das macht- und staatszentrierte System ist gar nicht in der Lage, willentlich und wissentlich friedliche, demokratische Lösungen zu entwickeln. Freiheit und Frieden sind so grundlegend menschliche Werte, dass man sie gar nicht dem Staat überlassen darf. Diese Werte wurden durch die Geschichte hindurch immer wieder von Staaten kolonisiert und die Menschheit in Geiselhaft genommen. Da der Staat selbst keine legitime Institution ist, dürfen wir nicht von ihm erwarten, dass er uns unsere Rechte gibt. Im Gegenteil müssen wir uns auf die Legitimität des organisierten Kampfes auf der Grundlage unserer eigenen Kraft konzentrieren, um uns von ihm zurückzuholen, was er uns genommen und kolonisiert hat.

Die Bemühungen, in Kulturzentren die kurdische Kultur zu pflegen und zu entwickeln, in Bildungszentren muttersprachlichen Unterricht zu erteilen, in Frauenzentren den Frauen zu einem Bewusstsein zu verhelfen, das ihrer Emanzipation zuträglich ist, sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. Wenn in Gesundheitszentren kostenlose Gesundheitsdienste in der Muttersprache angeboten werden oder wenn in Volkshäusern eine zivile, demokratische Organisierung der Wohnviertel entwickelt wird, dann auf der Grundlage besagter Gesetzlichkeit.

Auch wenn in den Provinz-Versammlungen versucht wird, Siedlungen ihre kurdischen Namen zurückzugeben, und Berge, Täler, Seen und Landstriche auf kurdischsprachigen Schildern, in den Medien, Broschüren, Plakaten etc. vorgestellt werden, so zählen diese organisierten Initiativen gegen die verbotsorientierte Mentalität des Staates zur Selbstverteidigung.

Wenn das Volk in den Städten und Dörfern gegen die faschistischen und genozidalen Angriffe bewusst und organisiert kämpft und damit den Widerstand verstärkt, kann der Staat einen Schritt zurückweichen. Was in Silopi, Gever (Yüksekova), Cizîr (Cizre), Farqîn (Silvan), Sûr, Colemêrg (Hakkâri), Pîran (Lice) und Gimgim (Varto) geschehen ist, bietet viele wertvolle Beispiele hierfür. Das Volk hat dem faschistischen Staat Einhalt geboten und in seinen Selbstverwaltungen politische, soziale, kulturelle und rechtliche Angelegenheiten selbst geregelt. Die Menschen beziehen sich dabei auf die Legitimität ihres Handelns.

Sie haben menschliche Schutzschilde gegen Militäroperationen gebildet, ihre Guerillakämpfer*innen und ihre Umwelt geschützt, sie haben dort, wo es nötig war, ihre Straße, ihre Siedlungen und ihre Stadt geschützt. In gleicher Form haben sie Widerstand gegen Operationen des politischen Genozids geleistet und die zivile demokratische Organisierung der Bevölkerung gegen die außergerichtlichen Hinrichtungen und unrechtmäßigen Verhaftungen durch den Staat vorangetrieben. Die Menschen haben gegen die Krisen und das Chaos, welche die Legislative, Exekutive und Judikative des Staates hervorbringen, auf der Grundlage der ethisch-moralischen Regeln der Gesellschaft ihre eigenen, legitimen politisch-sozial-ökonomischen Bedürfnisse mithilfe der Selbstverwaltungsorgane gedeckt.

Auch gegen die Drogenproblematik, Spielsucht und Prostitution, welche mit der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik in die Gesellschaft getragen wurden, hat sich die Bevölkerung mit ihren Selbstverwaltungsstrukturen gestellt. Die Menschen bemühen sich, ihre Gesellschaft zum Besseren, Schöneren und Gerechteren hin zu verändern. Gleichzeitig bringt die Organisierung eine Politisierung und eine gesellschaftliche Erweiterung für diese Bemühungen mit sich.

Ganz vorn in den Reihen stehen die Jugendlichen und Frauen, wenn sich der Widerstand mit Volksaufständen äußert, die den schmutzigen und barbarischen Krieg stoppen sollen, der den Menschen in Kurdistan erklärt wurde. Nicht nur die demokratische Autonomie, sondern auch das Überleben des kurdischen Volkes ist bedroht. Aus diesem Grund ist es die erste patriotische Pflicht, dass alle Mitbürger*innen sich aktiv beteiligen, das Leben zu schützen und das eigene politische System und die eigene Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Ebenso ist die Verteidigung von Landflächen, Wasserressourcen und Energiequellen gegen die kolonialistische Besatzung Selbstverteidigung. Dazu gehört auch eine klare Haltung gegen die türkische Armee, die Besatzungsmacht einzunehmen; den Kriegsdienst zu verweigern oder ihm auszuweichen ist Selbstverteidigung.

Niemand hat das Recht, die Bevölkerungszusammensetzung Kurdistans zu manipulieren. Wir müssen uns gegen Zwangsvertreibungen, Exil und Assimilation stellen. Der Widerstand gegen den Bau von Straßen zu Militärzwecken, gegen Staudämme und Kernkraftwerke ist eine menschliche Pflicht. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Umwelt zerstört und die Landschaft verbaut wird, während gleichzeitig bestehende Siedlungen zwangsevakuiert oder gar zerstört werden. Die Artenvielfalt der Flora und Fauna Kurdistans zu schützen ist ebenfalls ein Teil der Selbstverteidigung und ein Teil der historischen Aufgabe, den Fortbestand des Ökosystems zu gewährleisten. ♦

Interview mit der Repräsentantin der Selbstverwaltung der Kantone von Rojava in Europa

Avantgardefunktion, Lösungsmodell und Versöhnungsarbeit

Michael Knapp im Gespräch mit Sinam Mohamad

Sinam Mohamad nahm als internationale Vertreterin der autonomen demokratischen Administration von Rojava an der ExpertInnenkonferenz am 23. September in Berlin teil.

Könnten Sie sich bitte vorstellen?

Ich bin Sinam Mohamad, ich war 2011 im Vorstand des Volksrats von Westkurdistan, wir haben dann das Hewlêr-Agreement mit dem ENKS (Kurdischer Nationalrat in Syrien) abgeschlossen, und ich war im Hohen Kurdischen Rat, der sich in der Folge gebildet hatte. Danach hatten wir das Abkommen von Duhok, und wir bildeten einen neuen Hohen Rat, dem ich ebenfalls angehöre. Ich nahm an all diesen Verhandlungsprozessen teil. Ich wurde dann Kovorsitzende der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) und bin jetzt Repräsentantin der Selbstverwaltung der Kantone von Rojava in Europa. Ich bin die Vorsitzende der Außenbeziehungen von Rojava. Ich bin einerseits Repräsentantin der Rätebewegung und andererseits der Regierung von Rojava.

Welche Gruppen sind an der Regierung von Rojava beteiligt, welche Parteien, wie fügen sich die Räteselbstverwaltung und die Zivilgesellschaft in dieses System ein?

Wir haben viele verschiedene kurdische Parteien in der Regierung und auch Suryoye und arabische Parteien. Außerdem haben wir den TEV-DEM-Block, der im Moment am stärksten ist, u. a. mit sechs politischen kurdischen Parteien, und in der Verwaltung haben wir weitere kurdische Parteien, die nicht bei TEV-DEM dabei sind. Wir haben zwei Fraktionen der Linkspartei, die Partei der Suryoye-Einheit, die Arabische Nationale Union, des Weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft, Frauenorganisationen wie Yekîtiya Star und die Syrische Fraueninitiative, die nicht nur Kurdinnen einschließt, sondern auch Turkmeninnen, Drusinnen, Suryoye und andere. Wir haben auch Kontakt mit Frauen in Damaskus und anderen Gebieten in Syrien, wegen der Situation ist es jedoch nicht einfach, sich in der Verwaltung der Kantone zu treffen. Wir können sagen, dass die Araber_innen, die Kurd_innen und die Suryoye gemeinsam Rojava verwalten. So sieht die Situation im Kanton Cizîre aus, in Afrîn haben wir ebenfalls Kurd_innen und Araber_innen, in Kobanê sind es vor allem Kurd_innen.

Welche sechs Parteien sind in TEV-DEM repräsentiert?

Ich nenne jetzt einige Namen, etliche heißen nach ihren Generalsekretär_innen, da sie ansonsten die gleichen Namen tragen. In TEV-DEM sind die PYD (Partei der Demokratischen Einheit), die Liberale Partei, die Kommunistische Partei Kurdistans, Yekitî (Muhammed Abbas), die Friedens- und Demokratie-Partei in Syrien, die Demokratische Partei (Abdulkerim Zakho). Dies sind alles kurdische Parteien in TEV-DEM. In der Verwaltung sind PYD, Linkspartei, Kommunistische Partei, Liberale Partei, Yekitî (Muhammed Abbas), Friedens- und Demokratie-Partei in Syrien, die syrische Demokratische Partei Kurdistans (PDK-S), Grüne Partei, Partei des Demokratischen Wandels in Mesopotamien, zweite Linkspartei, Nationale Arabische Kommission, Nationale Freiheits-Union, hinzu kommen Frauenorganisationen der Araber_innen und Syrer_innen.

Manche bezeichnen diese Parteien als Marionettenparteien der PYD? Was sagen Sie dazu?

Die Parteien in Rojava sind sehr klein. Aber auch die kleinen Parteien haben ihre Basis. Keine Partei akzeptiert es, eine Marionette der PYD zu sein. Die Behauptung ist unwahr. Die PYD ist eine der Parteien, die wirklich in Rojava, in der Selbstverwaltung mit den Araber_innen und den Suryoye zusammenarbeitet. Und wenn Kurd_innen nicht akzeptieren, Marionetten zu sein, was ist dann erst mit den Araber_innen und den Suryoye? Diese Menschen treffen alle gemeinsam die Entschei-

dungen in der Verwaltung. So akzeptieren die Kurd_innen manchmal etwas, was die Araber_innen und die Suryoye aber nicht hinnehmen, und die legen Widerspruch dagegen ein. Die PYD verwaltet Rojava gemeinsam mit den anderen Parteien und Organisationen. Natürlich ist die PYD eine sehr große Partei mit tiefen Wurzeln dort. Aufgrund der großen Unterstützung aus der Bevölkerung wird es so dargestellt, als wären sie die einzigen. Das stimmt nicht. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die PYD, es ist nur eine Minderheit, welche die PDK-S unterstützt, und ihnen bricht viel Unterstützung weg, denn die Menschen sehen, wie die PYD sich einsetzt, und sie sehen, wie sie die Region verteidigt. TEV-DEM ist eine Schirmorganisation, zu der die PYD gehört. Auch wenn sie nicht zur PYD gehören, unterstützen sie TEV-DEM und damit die Menschen, die wirklich arbeiten.

Das Rätesystem ist in TEV-DEM organisiert?

Ja, wir haben das Rätesystem, es beginnt mit der kleinsten Einheit, der Kommune, in kleinen Straßen, Dörfern, auf dem Land, dann hin zum Viertel und zur Stadt. Es handelt sich um ein Delegiertensystem, das die Räte verbindet. Es wird von unten nach oben im Rat von Cizîre repräsentiert. Wir haben überall auch Stadtratswahlen gehabt. In Afrîn in sieben Distrikten. Es handelt sich nicht nur um die Räte, alle gehen zu den Wahlen. Hier werden die Kovorsitzenden der Stadtverwaltungen gewählt und dann die Stadträte.

Also gibt es zwei Stadträte, einmal TEV-DEM und einmal in der Stadt?

Das sind zwei unterschiedliche Strukturen. Zuerst werden die Vorsitzenden der Stadtverwaltung gewählt, dann die Stadträte.

Wie sind die ökonomische und die Gesundheitssituation in Rojava, gibt es immer noch ein Embargo?

Wir haben immer noch ein Embargo, in Cizîre ist es etwas leichter, denn die KRG macht manchmal die Grenze auf. Das größte Problem bestand in Afrîn und Kobanê. Das meiste von Kobanê ist zerstört und die Grenze zur Türkei ist geschlossen, im Moment machen sie diese zwei Tage in der Woche auf. Aber das hängt auch ganz von der Laune der Türkei ab. Nach der Befreiung Girê Spîs (Tall Abyads) und der Verbindung der Kantone sind die Dinge etwas einfacher geworden. Der Weg ist relativ sicher. In Girê Spî ist es ein bisschen schwierig. Ein Journalist war im Juli dort, er sagte zu mir, er fühle sich überall sicher, aber wenn er vielen Araber_innen dort in die Augen schaue, dann habe er das Gefühl, dass sie IS seien und nicht an unserer Seite, dass sie sich einfach nur fürchteten, von sich zu sagen, dass sie dem IS naheständen. Er erzählte mir, als er etwas kaufen wollte, habe der Verkäufer gesagt, dass es besser für sie gewesen sei, als der IS da war, denn dann konnte zu hohen Preisen gehandelt werden. Also, es gibt Menschen, die innerlich den IS unterstützen. Insofern bestehen einige Risiken, aber wir müssen dort arbeiten, denn nun ist der Ort befreit. Das Embargo existiert, es ist ein bisschen leichter. Insbesondere für Afrîn wiegt das sehr schwer. Denn die Türkei hält die Grenzen komplett dicht, niemand kann kommen und gehen. Sogar am Kongress der PYD konnte keine Delegation aus Afrîn teilnehmen. Auch illegal ist es sehr schwer. Das türkische Militär erschießt in Afrîn und auch in Cizîre viele Menschen, insbesondere junge Leute, welche die Grenze überqueren wollen. Früher verschlossen sie die Augen und man konnte kommen und gehen, aber jetzt ist es gefährlich, denn die türkischen Soldaten schießen auf alle, die sie an der Grenze sehen. Gerade erst letzte Woche ist es wieder passiert, ein junger Mann wurde erschossen, als er von Cizîre aus, möglicherweise um nach Europa zu gehen oder um etwas aus der Türkei zu bekommen, die Grenze überquerte. Wen immer die türkischen Soldaten an der Grenze sehen, wird erschossen. Sogar eine Frau wurde in Afrîn erschossen, als sie auf ihrem Land in der Nähe der Grenze arbeitete. Das Embargo ist eines von der türkischen Grenze, aber auch innerhalb Syriens. Von innen haben wir den IS und Dschabhat al-Nusra, die ebenfalls ein Embargo behaupten. Die Menschen können nicht nach Heleb (Aleppo) fahren. Afrîn ist vollständig belagert. Niemand kann den Ort verlassen oder dorthin kommen. Alles wird dadurch sehr teuer und das ist wohl einer der Gründe, warum die Menschen nach Europa kommen. Deswegen sagen wir, macht die Grenzen für Importe nach Rojava auf, dann würde niemand fliehen. Die Menschen könnten dann von der Türkei nach Rojava kommen und gehen. Sie könnten holen, was sie brauchen, Medizin, Nahrungsmittel, was auch immer, und dann wieder zurückkommen. Aber die Grenze wird nicht aufgemacht. Das ist die ökonomische Seite, nichts und niemand kann auch aus Idlib oder den anderen Städten nach Afrîn gebracht werden, auch das ist verboten. Es scheint also, dass sie insbesondere gegen Afrîn ein ökonomisches Embargo verhängen wollen. In Kobanê haben sie militärisch angegriffen, Afrîn wird vor allem ökonomisch bedroht. Das zielt darauf ab, die Bevölkerungszusammensetzung der Region zu verändern.

Wir haben aus Afrîn gehört, dass dort entschieden worden sei, niemand dürfe den Kanton verlassen? Stimmt das?

Ja, es geht darum, dass die Menschen ihr Land nicht verlassen sollen. Sie dürfen auch ihre Häuser und ihren Besitz nicht an jemand außerhalb des Kantons verkaufen.

Sie erwähnten die Situation der Araber_innen und Turkmen_innen in Girê Spî. Gibt es nach der Herrschaft des IS Versuche der Versöhnung? Wir hören in den Medien, insbesondere in der Türkei, immer wieder etwas von Vertreibungen. Könnten Sie dazu Stellung beziehen?

Girê Spî stand lange unter IS-Kontrolle. Eine Demokratie dort aufzubauen braucht Zeit. Jetzt werden in Girê Spî zivile Räte gebildet, in denen alle Komponenten vertreten sind, Araber_innen, Kurd_innen und Turkmen_innen. Ebenfalls mit den arabischen Stämmen, die dort präsent sind. Sie verwalten die Region gemeinsam in diesem Rat. Girê Spî wird durch sie verwaltet, nicht durch die PYD oder TEV-DEM, eben durch die Menschen, die dort leben. Etwa jeweils zu einem Drittel. In diesem Rat wurde beschlossen, dass keine Volksverteidigungseinheiten (YPG) sich dort aufhalten sollen. Die YPG sind abgezogen, es gibt nur noch zivile Sicherheitskräfte wie die Asayîş zur Verteidigung, falls etwas passiert. Es wird an einer Versöhnung zwischen allen Komponenten gearbeitet, zwischen denen, die wie früher in Frieden zusammen leben wollen, die nicht den Kampf zwischen Araber_innen, Kurd_innen und Turkmen_innen wollen. Aber die türkische Regierung will Spannungen provozieren, insbesondere über die turkmenische Bevölkerung. Sehr viele Turkmen_innen haben aber begriffen, was die Türkei tut, und sie haben sich entschlossen, mit den anderen Bevölkerungsgruppen zusammen am Rat teilzunehmen. Das ist für uns sehr wichtig. Die türkische Regierung beschuldigt die YPG der »ethnischen Säuberung«. Ich selbst schickte so viele Nachrichten an die Außenministerien zahlreicher Länder und wir riefen die Menschenrechtsorganisationen und alle Journalist_innen auf, nach Girê Spî oder an jeden anderen Ort zu kommen, für den die türkische Regierung einen solchen Vorwurf erhoben hat. Viele sind gekommen und sie haben gute Berichte geschrieben. Natürlich ist es ein Konflikt, ein Krieg, und wenn es Krieg gibt, dann fliehen natürlich viele Menschen. Auch Kurd_innen, Araber_innen oder Turkmen_innen, ja, das passiert. Aber das ist ein Resultat der Kämpfe und der Kriegssituation. Niemand bleibt in einem Kriegsgebiet. Alle würden davonlaufen. Aber danach kehren sie in ihre Dörfer zurück. Sie werden bombardiert, das passiert. Das pas-



Frauenversammlung in Dêrika Foto: DIHA

sierte auch in Til Eren und Til Hasil. Der IS und die anderen Gruppen haben ethnische Säuberungen gegenüber der kurdischen Bevölkerung durchgeführt. Sie brachten die Menschen in Til Eren um, nur weil sie kurdisch waren. Aber alle haben dazu geschwiegen. Wie die türkische Regierung und auch die Nationale Koalition in Istanbul. Und jetzt klagt uns diese Koalition wegen Girê Spî an. Wann immer wir einen Ort vom IS befreien, dann verfasst die Nationale Koalition ein Statement dagegen und unterstellt ethnische Säuberungen. Sie tun das, weil es ihnen nicht passt, wenn wir die Orte vom IS befreien. Die Koalition in Istanbul unterstützte die Krankenhäuser in Til Hemis und Til Brak, als diese von ihm kontrolliert wurden, sie hat ihn unterstützt, wir haben darüber Dokumente.

Die südkurdische PDK und Vertreter_innen des ihr nahestehenden ENKS gaben Erklärungen ab, sie hätten an einer Delegation zur Untersuchung der Massaker von Til Hasil und Til Eren teilgenommen, aber festgestellt, dass es keine Massaker gegeben habe, sondern »nur einzelne Todesfälle«. Was sagen Sie dazu?

Ich war ebenfalls Teil dieser Delegation. Alle kurdischen Parteien, PDK, PDK-I, YNK und KNK, schickten ihre Mitglieder in diese Delegation. Ich empfing sie damals in Rojava. Wir besuchten zahlreiche Orte in Rojava, in Serê Kaniyê (Ras al-Ain) fanden damals Kämpfe statt, wie auch an vielen Orten im Kanton Cizîre. Wir brachten die Delegation überallhin, auch dorthin, wo gekämpft wurde, und sie sahen selber, wie dort gekämpft wurde. Dann haben wir uns mit 35 Menschen getroffen, die wir aus Til Hasil und Til Eren gerettet hatten. Sie interviewten sie allein, ohne dass wir dabei waren. Wir erlaubten ihnen, die Gespräche allein zu führen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir würden uns da einmischen. Wen immer sie sehen wollten, mit denen organisierten wir Gespräche. Kinder, Alte, alle kamen. Sie sind dann zu ihnen in einen Raum gegangen und haben mit ihnen gesprochen. Nach den Gesprächen weinten viele Mitglieder der Delegation, wegen dem, was die Menschen der Delegation erzählten. Wie es in Til Hasil und Til Eren gewesen war, wie sie die Menschen ermordet hatten. Wie ihnen kurdische Kollaborateur_innen geholfen und diese Menschen als Kurd_innen denunziert hatten und die dann mitten in der Stadt oder im Dorf ermordet worden waren. Sie haben das alles aufgeschrieben. Und danach sagen sie, es habe kein Massaker gegeben! Das ist eine … ich finde dafür keine Worte. Die Delegation sah die Menschen und hörte, was sie erzählten. Wie können sie dann sagen, es gab kein Massaker, wie viele Menschen müssen für ein Massaker umgebracht werden? Müssen es 100 000 sein, um von einem Massaker zu sprechen? Viele von denen, die mit ihnen sprachen, waren die letzten Mitglieder ihrer Familien, vielleicht allein oder zu zweit, die anderen waren alle umgebracht worden. Sie haben es selbst gesehen und gehört. Die Teilnehmer_innen haben es uns ebenfalls erzählt. Dahinter steckten politische Motive, denn einige von ihnen arbeiteten als Kurd_innen in der Nationalen Koalition mit und sie wollen deren Kräfte nicht anklagen, ein Massaker begangen zu haben.

Es gibt immer wieder Gruppierungen, die der Selbstverwaltung von Rojava bzw. den Asayîş Menschenrechtsverletzungen vorwerfen. Was sagen Sie dazu?

Wir haben viele Menschenrechtsorganisationen, die Gefangene besuchen. So viele Menschen konnten jederzeit ins Gefängnis gehen, um die Situation zu kontrollieren, sie zu fragen, warum sie inhaftiert sind. Sie sind nicht inhaftiert wegen ihrer politischen Meinung, sondern wegen Anschlägen, ökonomischer Angelegenheiten, Drogenhandel oder auch Mord. Wenn jemand eine Bombe legt, dann wird er natürlich inhaftiert. In Rojava sind wir in einer Kriegssituation, deswegen ist Sicherheit sehr wichtig. Viele nutzen die Situation aus. Die Situation in den Gefängnissen ist relativ gut und wir planen sogar, die Gefängnisse umzuwandeln, um die Stigmatisierung zu beenden. Die Tore der Gefängnisse sind für alle Institutionen und Organisationen offen, um zu kontrollieren, wir versuchen aber auch, eine Justiz auf der Basis von Versöhnung aufzubauen.

Wie bewerten Sie die Diskussion um die türkische Pufferzone?

Ich denke, das werden sie nicht schaffen. Die Türkei hat so viel schon versucht, um einen Zusammenschluss der Kantone zu verhindern. Sie haben IS und Dschabhat al-Nusra unterstützt, die Menschen der Region anzugreifen, sie haben uns wegen angeblicher ethnischer Säuberungen angeklagt, Menschenrechtsverletzungen etc. behauptet, aber sie sind in jeder Beziehung gescheitert. Als nun Girê Spî befreit worden war und die Kantone Kobanê und Cizîrê verbunden worden waren, da sagten sie, wir müssen verhindern, dass Kobanê und Afrîn verbunden werden. Also versuchen sie, turkmenische Truppen in die Region dazwischen zu schicken, und diese Truppen stehen unter der Kontrolle der Türkei, sie haben nichts mit Syrien zu tun und von daher wird auch das nicht funktionieren. Dort leben nicht nur Turkmen_innen, dort leben Araber_innen und Kurd_innen, und sie können die Region nicht allein kontrollieren, niemand kann das. Die Araber_innen und die Kurd_innen dort werden sie nicht akzeptieren. Die meisten von ihnen stecken jetzt in Minbic (Manbidsch) und von dort bekommen wir immer wieder die Nachricht an die YPG: Befreit uns vom IS! Also, wenn die turkmenischen Truppen dort sind, dann können sie die Region offensichtlich nicht von ihm

befreien. Das ist einfach wieder einer dieser andauernden Versuche der Türkei.

Die turkmenischen Milizen sollen enge Kontakte zu Dschaisch al-Fatah und Dschabhat al-Nusra haben. Bedeutet dies eine Unterstützung der Türkei für die Al-Qaida-Gruppen?

Die Eroberung von Idlib vor einigen Monaten unter der Führung von Dschabhat al-Nusra fand mit Unterstützung der Türkei statt. Anders hätten sie Idlib nicht vom Regime lösen können. Es gab unter den Kämpfern sogar türkische Soldaten. Selbst der Name Dschaisch al-Fatah ist an den Sultan Fatih angelehnt. Dschabhat al-Nusra war auch an der türkischen Grenze zwischen Kobanê und Afrîn. Jetzt sagten sie, ihr zieht euch etwas zurück, und setzen an ihre Stelle Ahrar al-Scham und die turkmenischen Gruppen im Namen der Freien Syrischen Armee (FSA) dorthin. Sie sagen, das sei FSA, kein Dschabhat al-Nusra, aber die Leute sind keine Idiot_innen, sie sehen wer das ist und wer die unterstützt.

Also einerseits scheint die Türkei dann zumindest formal Mitglied in der Anti-IS-Koalition zu sein und andererseits ihre Unterstützung vom IS auf Dschabhat al-Nusra übertragen zu haben. Unterstützt sie immer noch den IS?

Sie machen das nicht mehr so offen und wollen sich aber als Kämpfer_innen gegen den IS gebärden. Doch eigentlich greifen sie die Kurd_innen in Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), Qandil an. Die türkische Regierung verliert gerade gegen die Demokratie und die Menschen, und auch in den nächsten Wahlen werden sie verlieren. Ich denke, auf diese Weise gräbt Erdoğan sein eigenes Grab. Er hätte das nicht tun sollen. Er konnte sein Projekt in Rojava nicht realisieren und wendete sich gegen die Kurd_innen in der Türkei.

Wollen Sie die Kantone in naher Zukunft verbinden?

Ja, sobald es geht, werden sie verbunden. Es geht aber nicht nur ums Verbinden, es geht darum, die Menschen dort vom IS zu befreien. Wo immer der noch ist, besteht eine Gefahr für die Menschen in der Umgebung. Auch die Menschen unter seiner Herrschaft wollen befreit werden. Vielleicht hat man früher gedacht, er kann nicht besiegt werden, und es deswegen hingenommen, aber jetzt wurde an vielen Orten gezeigt, dass er besiegt werden kann. Jetzt sind sie davon überzeugt, dass er auch bei ihnen besiegt werden sollte. Aber allein können sie es nicht, denn sie bringen die Leute dort um, deswegen fragen sie die YPG, sie zu befreien.

Aber es gibt doch auch eine ökonomische Stärke, die mit der IS-Herrschaft kam. Zum Beispiel scheinen die Grenzen zur Türkei ja unter der IS-Herrschaft offen gewesen zu sein und jetzt ist alles zu. Es scheint ja eine Klasse der Profiteur_innen zu geben.

Ja, insbesondere im Grenzhandel gab es diese Profiteur_innen. In jedem Krieg gibt es sie. Und auch wenn die Grenze damals offen war, sie war ja nicht offen für die Menschen, sondern nur für den IS. Die Bevölkerung aber wollte diese Revolution, denn es ist eine Revolution für die Menschen, die wir machen. Das Volk akzeptiert den IS nicht. Warum macht die Türkei die Grenze nach Girê Spî nicht auf? Die Turkmen_innen, die Araber_innen, die Kurd_innen, alle kommen zurück. Diese Frage, warum macht ihr die Grenze nicht auf, muss an die Regierung der Türkei gestellt werden. Warum war die Grenze offen, als der IS da war? Seine Kämpfer_innen kamen von dort und er verkaufte zu der Zeit sogar Erdöl über diese Grenze in die Türkei. Die profitierte davon. Wenn sie die Grenze jetzt aufmachen, dann wäre es gut für alle, sogar für die Türkei.

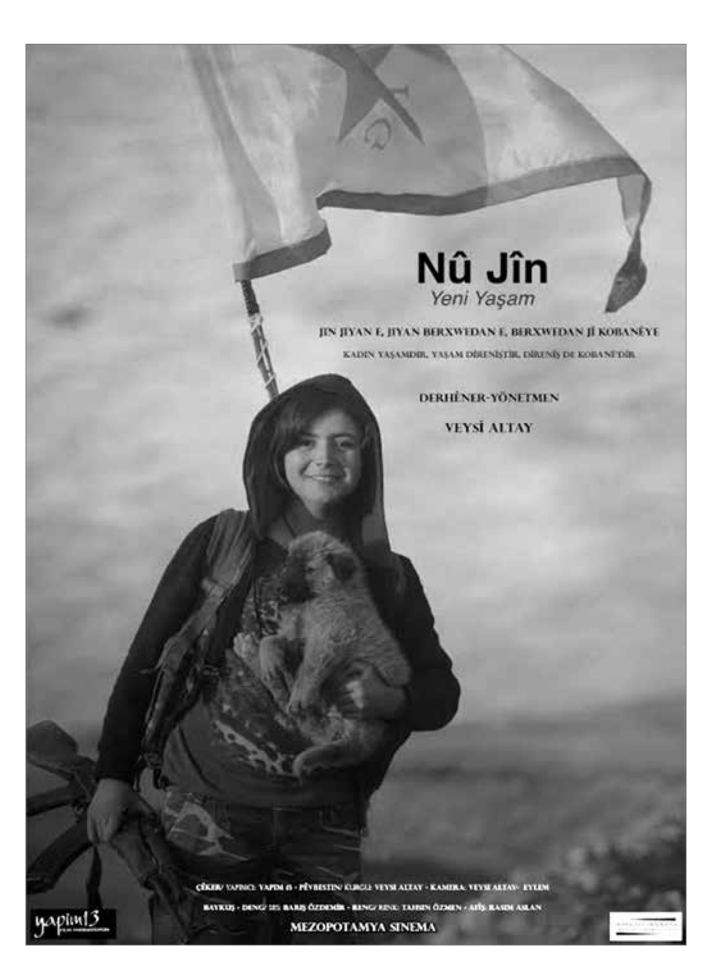
Wie ist die aktuelle Lage in Hasaka?

Es gibt keinen IS mehr dort. Hasaka ist komplett befreit. Es gibt immer noch etwas Regime, wie in Qamişlo (Al-Qamischli). Aber sie sind sehr schwach und nicht aktiv, wir können sagen, sie sind nur pro forma da. Sie sind nur noch an einem Ort, und sollen sie auch dort sein, wir sind nicht dagegen, wir wollen niemand umbringen, nur damit wir dann dort sind. Aber wenn sie angreifen, dann werden wir uns selbst verteidigen. Wir sind gegen das Töten. Aber so etwas ist passiert, als das Regime unsere Leute angegriffen hat, dann haben wir geantwortet und es sind viele Soldaten des Regimes getötet worden. Bei den Kämpfen um Hasaka war das Regime an der Südseite an der Front zum IS, sie zogen sich zurück und viele von ihnen wurden vom IS getötet. Der rückte vor, sie fürchteten sich. Deswegen mussten die YPG vorrücken und begannen, den IS mit Hilfe der Koalition dort anzugreifen. Sie rückten vor und konnten ihn besiegen und die Region befreien. Das Regime zog sich aufgrund seiner Schwäche zurück. Der IS ist jetzt außerhalb Hasakas. Es gibt jetzt einen Rat der arabischen Stämme und sie haben zugestimmt, die Selbstverwaltung zu unterstützen. Die Kurd_innen, Araber_innen und Suryoye haben einen gemeinsamen Rat und verwalten die Stadt. Das Problem sind Selbstmordanschläge. Es gab zwei, bei denen 35 Zivilist_innen und 3 Asayiş-Mitglieder getötet wurden.

IS-Zellen sind immer noch verdeckt da. Wir versuchen uns dennoch an einer Versöhnung zwischen allen Menschen, denn unsere Politik beruht auf Zusammenleben.

Gibt es eine Verbindung nach Şengal? Wird es einen Kanton Şengal geben?

Es gibt einen Korridor. Man kann nach Şengal (Sindschar) gehen. Aber ein Kanton ist eine Entscheidung der Menschen dort, wir können ihnen dabei helfen, wenn sie das wollen. Sie bauen ihre eigenen Räte und Verteidigungsstrukturen auf, denn sie haben die Erfahrung gemacht, was passierte, als niemand sie schützte, nicht die Peschmerga oder irgendjemand, und sie wurden ermordet … Daher realisierten sie, dass sie ihre eigenen Kräfte schaffen müssen, und sie haben jetzt die YBŞ (Widerstandseinheiten Şengal) *[ebenso wie die Frauenverteidigungseinheiten Şengal, YPJ-Ş]* aus Männern und Frauen und sie arbeiten und verteidigen Şengal. Es ist ihre Idee, sich nur selbst verteidigen zu können und von niemandem abhängig sein zu dürfen. Sie haben ihre eigenen Räte.



Nû Jîn (Neues Leben) von Veysel Altay

Der Film Nû Jîn, mit dem Slogan »Frauen bedeuten Leben. Leben bedeutet Widerstand und Widerstand bedeutet Kobanê«, porträtiert das tägliche Leben von drei kurdischen Frauen, die sich im Kampf gegen den IS den kurdischen Frauenverteidigungseinheiten YPJ angeschlossen haben. Der Film thematisiert die Anschläge des IS am 14. September 2014 und den darauffolgenden fünfmonatigen Kampf der Frauenverteidigungseinheiten YPJ und der Volksverteidigungseinheiten YPG und dokumentiert diesen bis heute andauernden Widerstand aus der Perspektive von drei Kämpferinnen.

Die YPG werden immer wieder als Milizen der PYD dargestellt – was sagen Sie dazu?

Das stimmt nicht, die PYD ist eine politische Partei, die YPG sind eine militärische Formation. Die YPG sind der Selbstverwaltung, keiner politischen Partei unterstellt. Das Verteidigungsministerium steht über ihnen. Das ist eine falsche Behauptung, die meisten Mitglieder der YPG sind keine PYD-Mitglieder. Es sind viele Araber_innen dabei. Ihr Ziel ist es, das Gebiet zu verteidigen. Der Kurdische Nationalrat versucht ein solches falsches Bild zu vermitteln, denn sie wollen eigene Parteimilizen aufstellen und legitimieren das mit der Behauptung, die PYD habe ja auch eine.

Was ist der Unterschied zu anderen Militäreinheiten?

Sie werden in Geschlechterbefreiung und Gesellschaftsvertrag ausgebildet. YPG-Mitglieder werden in Demokratie, Menschenrechten, Gender Equality ausgebildet und sie müssen an diese Werte glauben, sonst kann man nicht für die Selbstverwaltung arbeiten. Sie schützen die Christ_innen, die Araber_innen und alle Gruppen in Rojava, nicht nur die Kurd_innen, weil sie von diesen Werten überzeugt sind. Der ENKS sagt, ihr habt eure Kräfte, lasst unsere Kräfte auch hinein. Wir wollen aber nicht zwei Kräfte in Rojava haben. Es ist ein Risiko. Wenn man zwei Militärverbände hat, dann führt das zu Konflikten. Das wollen wir vermeiden. Entsprechend dem Hewlêr- oder dem Duhok-Abkommen haben wir gesagt, ihr müsst euch mit der YPG-Führung zusammensetzen und diskutieren, wie ihr euch den YPG anschließen könnt, um darin zu sein und nicht daneben an einer Partei orientiert. Um eine Kraft in Rojava zu bilden, ohne zu differenzieren, ob das eine Gruppe der PDK-S oder Yekitî oder so ist. Wenn das so passiert, dann ist das eine Miliz und das ist gefährlich. Wir wollen eine Verteidigungskraft aus allen Menschen Rojavas, von Araber_innen, Kurd_innen, Suryoye. Gruppen wie Suwar al-Raqqa, Burkan al-Furat koordinieren sich mit den YPG.

Sehen Sie das Modell Rojava als ein Modell für die gesamte Region?

Es gibt eine drusische Stadt bei Damaskus, die sich jetzt auch nach dem Modell Rojava die Selbstverwaltung erklärt hat. Wir unterstützen dies durch Botschaften und sind bereit, sie mit unseren Erfahrungen zu unterstützen. Wir sehen in der Selbstverwaltung das einzige Lösungsmodell für Syrien oder den ganzen Mittleren Osten. Ein Vertreter der Drus_innen kam gestern zum PYD-Kongress und brachte Grüße aus seiner Stadt. Es ist eine Erfahrung, die überall stattfinden sollte. Wir sind bereit, sie zu unterstützen.

Wie ist die Situation in Heleb?

Wir haben unser eigenes Viertel in Şeixmasud, gemeinsam mit den Araber_innen dort. Aber es gibt dort Schwierigkeiten mit Dschabhat al-Nusra. Es gibt keine kontinuierliche Verbindung nach Afrîn.

Wie sieht es mit der Situation der arabischen und Suryoye-Frauen aus?

Als die kurdische Frau an der Revolution teilnahm, war sie gut vorbereitet. Sie hatte sich viele Jahre vorbereitet, aber die Gesellschaft war nicht so offen, unter dem Assad-Regime konnte es keine Frauenbewegung geben. Ab 2011 begannen die Frauen, sich sehr frei in Rojava zu bewegen und alles schnell aufzubauen. Wir haben eine Grundlage als Frauen. Die kurdische Gesellschaft unterscheidet sich etwas von der arabischen. In der kurdischen Gesellschaft ist die Idee der Frauenbefreiung stark verankert, aber wegen unter anderem religiöser Ideen war das nicht so offensichtlich, doch wenn sich die Gelegenheit bietet, können wir sehr effektiv arbeiten, unsere Gesellschaft zu öffnen. Zu zeigen, dass ein Mädchen viele Dinge, die ein Mann tut, ebenfalls tun kann, warum darf sie dann nicht genauso an der Gesellschaft partizipieren? Auf diese Weise fingen sehr viele Frauen an zu arbeiten. Auf der sozialen, auf der ökonomischen, der politischen, der diplomatischen Ebene und sogar als Kovorsitzende von Rojava. Das ist was völlig Neues, wir sagen nicht, der Präsident ist ein Mann, es gibt auch eine Präsidentin. Als die Menschen sahen, dass eine Frau vieles sehr erfolgreich tun kann, dann begannen sie daran zu glauben und das zu unterstützen. Unsere Gesellschaft ist offen und nicht zu sehr religiös durch den Islam beeinflusst. Die arabische Gesellschaft ist sehr stark vom Islam kontrolliert und so können Frauen davon ausgeschlossen werden, sich mit Männern hinzusetzen, an der Politik teilzuhaben oder allein auf die Straße zu gehen. Aus diesem Grund hatte der IS in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Erfolg, denn er repräsentiert ihre Ideen. Genau diese Regeln werden bei ihm entsprechend islamischen Prinzipien auf Frauen angewandt, Frauen durften nicht mehr allein unterwegs sein, keine Autos mehr fahren, sich nicht mehr unverschleiert zeigen. Das kommt aus der islamischen Tradition und diese Tradition ist tief in der arabischen Gesellschaft verwurzelt, tiefer als in der kurdischen. So wurden die kurdischen Frauen zur Avantgarde für die anderen Frauen. Nun fingen die arabischen Frauen ebenfalls an, ihre eigenen Räte zu bilden. In einem arabischen Dorf habe ich einen Rat besucht und die Kovorsitzende des Rates ist eine arabische Frau. Sie hat gesagt, ich kann es kaum glauben, dass ich eine Vorsitzende dieses Rates geworden bin. Also, wenn man den Menschen die Möglichkeit bietet und ihnen hilft, die Situation zu verstehen, dann können sie das ändern. Wir haben mit den arabischen Frauen angefangen, aber auch mit den Suryoye-Frauen. Wir fingen zusammen in Frauenräten an zu arbeiten. Insofern kann ich aus tiefster Überzeugung sagen, dass die kurdischen Frauen die Führung bei der Befreiung der anderen Frauen in Rojava und vielleicht auch in Syrien übernommen haben. Denn wir sind nicht von der Religion kontrolliert, ob vom Islam oder einer anderen, wir haben unsere eigene Philosophie. Wir haben jetzt auch Frauengesetze. Wir haben so viele Gesetze, die direkt dem islamischen Recht widersprechen. Viele sagen, ihr seid gegen die Scharia. Nach der Scharia kann ein Mann vier Frauen heiraten, doch bei uns ist das verboten. Insofern sind wir auch gegen die Scharia, aber das spielt für uns keine Rolle. Wir haben hier Menschenrechte und Frauen sind Menschen und ihre Rechte müssen geschützt werden.

Was ist aber, wenn autonome Kommunen beschließen, beispielsweise die Scharia zu praktizieren?

Wir haben diese Gesetze und in bestimmten Bereichen mag es da noch Lücken geben, aber wenn wir das System weiter entwickelt haben, dann wird das nicht mehr möglich sein. Wir haben beispielsweise die Zivilehe eingeführt, vorher war das religiös. Das akzeptierte früher niemand.

Was können wir in Solidarität mit Rojava fordern?

Die Unterstützung für Projekte in Rojava, Frauenprojekte, Kooperativen sind sehr wichtig. Die Ökonomie und der Lebensstandard müssen verbessert werden und dass wir die Probleme in Rojava lösen können und die Menschen nicht fliehen müssen. Ausbildung für die Administration ist wichtig. Wir haben alles andere als eine ideale Gesellschaft, wir brauchen Ausbildung in diesem Sinne. Politisch ist das Entscheidendste die Aufhebung des Embargos – die Türkei will, dass alle Menschen aus Rojava fliehen, und behauptet, dass wir der Grund dafür seien. Der Wiederaufbau von Kobanê muss stattfinden. Unterbringung etc. … ♦

Êzîdische Frauen schlagen zurück

Vom Genozid zum Widerstand

Dilar Dirik, Şengal

Das alte kurdische Sprichwort »Wir haben keine Freund_innen außer die Berge« wurde bedeutender denn je, als der mörderische »Islamische Staat« (IS) am 3. August 2014 in der Stadt Sindschar (auf Kurdisch: Şengal) das Massaker verübte, das als der 73. Genozid an den Êzîd_innen bezeichnet wird, bei dem Tausende von Menschen getötet, Frauen vergewaltigt und entführt wurden, um sie dann als Sexsklavinnen zu verkaufen. Mehrere Zehntausend Êzîd_innen flohen in die Berge Şengals, in einem Todesmarsch, der viele von ihnen, vor allem Kinder, durch Hunger, Durst und Erschöpfung in den Tod führte. Dieses Jahr, am gleichen Tag, marschierten Êzîd_innen nochmals in die Berge von Şengal. Doch dieses Mal als Protestzug mit dem Versprechen, dass nichts mehr so sein wird wie vorher.

Letztes Jahr hatten die irakisch-kurdischen Peschmerga der »Demokratischen Partei Kurdistans« (PDK) den Menschen versprochen gehabt, die Sicherheit Şengals zu garantieren, rannten aber ohne eine Warnung davon, als der IS angriff, und hinterließen den Menschen nicht einmal Waffen, um sich zu verteidigen. Stattdessen waren es die Guerilla der PKK und die Volksverteidigungseinheiten YPG und die autonome Frauenbrigade YPJ aus Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien), die einen Korridor nach Rojava öffneten und dabei mehr als 10 000 Menschen retteten.

Ein ganzes Jahr lang wurden êzîdische Frauen von den Medien als hilflose Opfer von Vergewaltigung dargestellt und in unzähligen Interviews skrupellos gefragt, wie oft sie vergewaltigt und verkauft worden seien, und dabei lebten um des sensationslüsternen Journalismus willen ihre Traumata wieder auf. Êzîdische Frauen wurden als die Verkörperung der weinenden, leidenden Frau vorgeführt, das ultimative Opfer des IS, die weiße Fahne vor dem Patriarchat. Darüber hinaus reduzierten die wildesten orientalistischen Darstellungen eine der ältesten überlebenden Religionen der Welt auf ein neues fremdartiges Gebiet, das noch erforscht werden müsse.

Ignoriert wird die Tatsache, dass êzîdische Frauen sich bewaffnet haben und sich jetzt ideologisch, sozial, politisch und militärisch mit dem von Abdullah Öcalan, dem Vorsitzenden der PKK, entwickelten Modell mobilisieren. Im Januar riefen êzîdische Delegierte aus den Şengal-Bergen und aus den Flüchtlingslagern den Gründungsrat Şengal ins Leben und forderten ein von der irakischen Zentralregierung oder der Autonomen Region Kurdistan (Südkurdistan) unabhängiges autonomes System. Zahlreiche Kommissionen für Bildung, Kultur, Gesundheit, Verteidigung, Frauen, Jugend und Wirtschaft verwalten Alltagsangelegenheiten. Der Rat basiert auf dem System der demokratischen Autonomie und trifft auf den starken Widerstand der PDK, derselben Partei, deren Einheiten ohne zu kämpfen aus Şengal flüchteten. Die neu gegründeten Widerstandseinheiten Şengal (YBŞ), die Frauenarmee (Frauenverteidigungseinheiten Şengal, YPJ-Şengal) und die PKK-Guerilla bilden hier eine Front gegen den IS, ohne auch nur einen Anteil an den Waffen zu erhalten, die internationale Mächte den Peschmerga zur Verfügung stellen. Außerdem wurden mehrere YBŞ- und Ratsmitglieder in Südkurdistan inhaftiert.

»Die Organisation êzîdischer Frauen wird die Rache für alle Massaker sein«

Am 29. Juli 2015 gründeten Frauen jeden Alters den autonomen Frauenrat Şengals und versprachen: »Die Organisation êzîdischer Frauen wird die Rache für alle Massaker sein.« Sie beschlossen, dass Familien nicht intervenieren dürfen, wenn Mädchen sich in irgendeinen Bereich des Kampfes einbringen möchten, und wollen ihre eigene Gemeinde intern demokratisieren und verändern. Sie wollen die entführten Frauen nicht einfach »zurückkaufen«, sondern sie befreien durch eine nicht nur physische, sondern auch philosophische Selbstverteidigung gegen alle Formen der Gewalt.

Das internationale System entpolitisiert von Krieg betroffene Menschen, vor allem Flüchtlinge, auf hinterhältige Art und

Weise, indem es einen Diskurs artikuliert, der sie als willenlos, unwissend, ohne Bewusstsein und unpolitisch wahrnimmt. Und doch bestehen die êzîdischen Geflüchteten auf den Bergen und im Newroz-Camp in Dêrîk (al-Malikiyah), welches unmittelbar nach dem Massaker in Rojava aufgebaut wurde, auf ihrer Autonomie. Obwohl einige internationale Organisationen nun begrenzt Hilfe zur Verfügung stellen, war es aufgrund des von der Türkei und der Autonomen Region Kurdistan auferlegten Embargos gegen Rojava jahrelang kaum möglich, dass überhaupt Hilfsgüter nach Rojava gelangten. Die Menschen im Newroz-Camp berichteten mir, dass sie gegen die Versuche des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), das Camp nach seinen Vorstellungen inklusive Bildungssystem gemäß seinem Top-down-Ansatz zu gestalten, Widerstand leisteten und somit eine der größten internationalen Institutionen zur Anerkennung ihres eigenen autonomen Systems zwangen. Jetzt gibt es für Menschen jeden Alters Bildung in Literatur, Kunst, Theater, Kultur, Sprache, Geschichte und Ideologie, während Kommunen sich um alltägliche Bedürfnisse und Probleme in Dêrîk und Şengal kümmern.

»All diese Räte, Proteste, Versammlungen und der Widerstand mögen normal erscheinen. Aber das alles hat sich in Şengal innerhalb nur eines Jahres entwickelt, das ist eine Revolution«, sagt ein êzîdischer PKK-Kämpfer. »Die Atmosphäre Rojavas hat nun Şengal erreicht.«

Hedar Reşît, eine PKK-Kommandantin aus Rojava, die über die Soziologie Şengals vor und nach dem letzten Genozid unterrichtet, war unter den sieben Menschen, die zu Beginn des Massakers gegen den IS gekämpft hatten, und wurde bei der Öffnung des Korridors nach Rojava verletzt. Die Anwesenheit von Frauen wie ihr aus allen Teilen Kurdistans hat eine enorme Wirkung auf die Gesellschaft in Şengal.

»Zum ersten Mal in unserer Geschichte bewaffnen wir uns. Denn mit dem jüngsten Massaker haben wir eingesehen, dass uns niemand verteidigen wird. Wir müssen es selbst tun«, wird mir von einer jungen Kämpferin der YPJ-Şengal erklärt, die sich nach Arîn Mîrkan nannte, einer gefallenen Heldin des Widerstandes in Kobanê. Sie beschreibt, dass zuvor Mädchen wie sie es nie-



»Zum ersten Mal in unserer Geschichte bewaffnen wir uns. Denn mit dem jüngsten Massaker haben wir eingesehen, dass uns niemand verteidigen wird. Wir müssen es selbst tun«, wird mir von einer jungen Kämpferin der YPJ-Şengal erklärt, die sich nach Arîn Mîrkan nannte, einer gefallenen Heldin des Widerstandes in Kobanê. Sie beschreibt, dass zuvor Mädchen wie sie es niemals gewagt hatten, Träume zu haben, und immer nur zuhause geblieben waren, bis sie heirateten. Doch genau wie sie haben sich nun Hunderte dem Kampf angeschlossen, so wie die junge Frau, die sich das Haar abschnitt, ihren geflochtenen Zopf an das Grab ihres gefallenen Mannes hing und zum Widerstand ging. Foto: Dilar Dirik

mals gewagt hatten, Träume zu haben, und immer nur zuhause geblieben waren, bis sie heirateten. Doch genau wie sie haben sich nun Hunderte dem Kampf angeschlossen, so wie die junge Frau, die sich das Haar abschnitt, ihren geflochtenen Zopf an das Grab ihres gefallenen Mannes hing und zum Widerstand ging.

Der physische Genozid mag vorüber sein, doch die Frauen sind sich eines »weißen«, also unblutigen Genozids bewusst, indem EU-Regierungen, vor allem Deutschland, versuchen, êzîdische Frauen ins Ausland zu locken, sie von ihrer heiligen Heimat zu trennen und sie für ihre Absichten zu instrumentalisieren.

Wir waren angreifbar, weil wir nicht organisiert waren

Mutter Xensê, Mitglied des Frauenrats, küsst ihre Enkelin und erklärt: »Wir werden im Umgang mit Waffen trainiert, aber ideologische Bildung ist viel wichtiger, damit wir verstehen, warum dieses Massaker an uns verübt wurde und welche Kalkulationen Menschen auf unsere Kosten anstellen. Das ist unsere wahre Selbstverteidigung. Jetzt wissen wir, dass wir so angreifbar waren, weil wir nicht organisiert waren. Aber Şengal wird nie wieder wie früher sein, dank Apo *[Abdullah Öcalan]*.«

In den Medya-Verteidigungsgebieten führt Sozdar Avesta, Mitglied im Exekutivratsvorsitz der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), selbst Êzîdin, aus:

»Es ist kein Zufall, dass der ›Islamische Staat‹ eine der ältesten Gemeinschaften der Welt attackiert. Ihr Ziel ist es, alle ethischen Werte und Kulturen im Mittleren Osten zu zerstören. Indem sie Êzîd_innen angreifen, versuchen sie, die Geschichte auszuradieren. Der IS organisiert sich explizit gegen die Philosophie Öcalans, gegen Frauenbefreiung, gegen jede Volksgruppe. Dementsprechend bedarf es der richtigen Soziologie und Geschichte, um diese Gruppe zu bekämpfen. Über den physischen Kampf hinaus müssen wir auch die Ideologie und Mentalität des IS beseitigen, die auch in der jetzigen Weltordnung andauern.«

Vor einem Jahr schaute die Welt dem unvergesslichen Genozid an den Êzîd_innen zu. Heute werden die gleichen Menschen, die den Êzîd_innen halfen, während alle anderen davonrannten, von der Türkei bombardiert, mit der Einwilligung der NATO. Vor allem wenn diejenigen Staaten, die zum Aufstieg des IS beigetragen haben, versprechen, ihn zu bekämpfen, und die sozialen Gefüge des Mittleren Ostens auf diesem Weg zerstören, ist die einzige Überlebensmöglichkeit, autonome Selbstverteidigung und Basisdemokratie aufzubauen.

Wenn mensch heute durch die Berge von Şengal fährt, sind die wohl schönsten Anzeichen der Veränderung, die diesen Ort innerhalb eines Jahres erreicht hat, die Kinder auf den Straßen, die, sobald Hevals, also »die Genoss_innen«, vorbeifahren, rufen: »Lang lebe der Widerstand von Şengal – lang lebe die PKK – lang lebe Apo!«

Der demokratischen Autonomie ist es zu verdanken, dass die Kinder, die einst ihre kleinen Hände öffneten, um nach Geld zu fragen, wenn Peschmerga-Kämpfer_innen vorbeifuhren, nun dieselben Hände zu Fäusten und Siegeszeichen erheben. ♦



Der demokratischen Autonomie ist es zu verdanken, dass die Kinder, die einst ihre kleinen Hände öffneten, um nach Geld zu fragen, wenn Peschmerga-Kämpfer_innen vorbeifuhren, nun dieselben Hände zu Fäusten und Siegeszeichen erheben. Foto: Dilar Dirik

Massenproteste gegen Korruption und Vetternwirtschaft

Quo vadis, Südkurdistan?

Halit Ermiş, ANF

Die letzten Tage und Wochen in Südkurdistan sind von Demonstrationen, Aufständen gegen die Regierung, Schulboykotten und Arbeitsniederlegungen der BeamtInnen geprägt. Die Reaktion der südkurdischen Regierung, allen voran der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK), ist mehr als rabiat. Mit äußerster Brutalität wird gegen die demonstrierenden Menschen vorgegangen. Die Polarisierung zwischen der herrschenden Klasse und der breiten Gesellschaft wächst, ähnlich wie die Schere zwischen Arm und Reich.

Was geschieht derzeit in Südkurdistan? Einem Gebiet, das inmitten fragiler Staaten und Kriegsgebiete immer sehr stabil und ruhig wirkte. Was waren die Auslöser dieser Welle an Protesten?

»Es reicht«, so ist die Stimmung in der Bevölkerung

Die Situation vor dieser Protestwelle ähnelte der Ruhe vor dem Sturm. Die Gesellschaft von Südkurdistan ist geprägt durch Menschen, die über Jahrzehnte einen unerbittlichen Freiheitskampf gegen das irakische Baath-Regime geführt haben. Diese Generation, die für ihre Freiheit einen hohen Blutzoll hatte leisten müssen, hegt eine starke Verbundenheit mit den herrschenden Parteien. Doch hat sich Südkurdistan nicht zu einer freiheitlichen Demokratie entwickelt. Konträr dazu ist das System von Korruption und Vetternwirtschaft geprägt, dessen Folge u. a. eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit ist. Ein De-facto-Rentierstaat, dessen herrschende Klasse sich am Verkauf der Reichtümer des Landes bereichert, während der Großteil der Gesellschaft unter der Armutsgrenze lebt.

Vor 24 Jahren, infolge des ersten Golfkrieges, erlangte die kurdische Autonomieregion (KRG, Kurdistan Regional Government) einen offiziellen Status im internationalen Weltsystem. Es wurde ein Parlament mit eigener Verfassung gegründet. Allerdings haben Verfassung und Gesetze der KRG keinerlei faktische Bedeutung. Tatsächlich regieren zwei Parteien über unterschiedliche Gebiete. Die PDK hält die Vorherrschaft über die beiden Provinzen Dihok (Dohuk) und Hewlêr (Arbil), während die größte Provinz Silêmanî (Sulaimaniyya) von der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) kontrolliert wird. Inmitten des Chaos, das durch den Angriff des sogenannten Islamischen Staates (IS) im Sommer letzten Jahres begann, verfügt die YNK über entscheidenden Einfluss auf die Provinz Kerkûk (Kirkuk), die die größten Erdölvorkommen des Irak aufweist.

Das politische System weist neben einem Ministerpräsidenten auch einen Präsidenten auf. Die wirtschaftliche und politische Ordnung Südkurdistans wird jedoch vom Barzanî-Klan (PDK) und dem Talabanî-Klan (YNK) dirigiert. Als Abspaltung von der YNK ist die Goran-Bewegung entstanden, die sich als drittstärkste Kraft in Südkurdistan etabliert hat.

Keine Wahl, kein neuer Präsident

PDK, YNK und Goran-Bewegung einigten sich bisher auf ein politisches Gleichgewicht. Während die YNK den irakischen Staatspräsidenten stellte, kommt von der PDK der Präsident der KRG. Der Ministerpräsident wurde im Wechsel von PDK und YNK beordert, während der Sitz des Parlamentspräsidenten von Goran besetzt wurde.

Die Wahl des Präsidenten führte nun zu einer ernsthaften politischen Krise. Die Verfassung sieht vor, dass dieselbe Person höchstens für zwei Amtsperioden als Präsident fungieren darf. Die zweite Amtsperiode des amtierenden Präsidenten Mesûd Barzanî endete vor zwei Jahren und wurde durch das Parlament für zwei weitere Jahre verlängert. Diese Verlängerung endete am 20. August dieses Jahres. Es hätte also zur Wahl eines neuen Präsidenten kommen müssen. Es fanden jedoch keine Wahlen statt, was eine Verschärfung des angespannten Verhältnisses der einzelnen Parteien, vor allem der PDK, zur Folge hatte.

Mesûd Barzanî besetzt weiterhin den Posten des KRG-Präsidenten. Dieser Umstand ist nicht verfassungskonform. Während YNK, Goran, Yekgirtû Islamî (Islamische Bewegung in Kurdistan) und Komala Islamî (Islamische Gemeinschaft in Kurdistan) die Wahl durchführen wollten, sperrte sich die PDK als einzige Partei, die an der Regierung partizipiert, dagegen. Sie fordert eine weitere Verlängerung der Amtszeit Barzanîs, was bei den anderen Parteien jedoch keinerlei Unterstützung findet.



Die Löhne für Staatsbedienstete bleiben seit Monaten aus. Proteste in Südkurdistan. Foto: Rojnews

Weil dieses Problem absehbar war, war es Monate vor dem Ende der Amtszeit Barzanîs zu mehrfachen Treffen zwischen den fünf Regierungsparteien gekommen. Deshalb hatten auch mehrere Konferenzen in Hewlêr und Silêmanî stattgefunden, jedoch ohne Ergebnis.

Zum Ende seiner Amtszeit hätte Barzanî sein Amt an Yusuf Muhamed von der Goran-Bewegung abgeben müssen. Erwartungsgemäß tat er dies nicht und führte die Präsidentengeschäfte weiter, gab weiter als Präsident Erklärungen ab und führte Gespräche. Daraufhin setzten die vier anderen Parteien ihre Gespräche ohne die PDK fort.

Die Wirtschaftkrise führte zur Flucht aus dem Land

Die politische Krise geht mit einer schweren Wirtschaftskrise einher. Doch war auch dies absehbar. Wie anfangs schon erwähnt, handelt es sich beim KRG-System um einen De-facto-Rentierstaat. Inlandsproduktion ist Mangelware. Dass dieses fragile Wirtschaftssystem irgendwann einmal zusammenbrechen würde, war vorhersehbar.

Doch erreichte die Wirtschaftskrise durch die politischen Widersprüche zwischen Hewlêr und Bagdad neue Dimensionen. Grund war der rechtswidrige Verkauf von Erdöl an die Türkei. Laut irakischer Verfassung darf der Erdölhandel nur mit Zustimmung der irakischen Zentralregierung vonstattengehen. Auf das Vorgehen Hewlêrs reagierte Bagdad mit der Einstellung der Jahreszahlung an Hewlêr, die 17 % des gesamtirakischen Haushaltes ausmacht. Als offiziellen Grund nannte die Zentralregierung die Angriffe des IS und die daraus resultierende Krise.

So konnte die kurdische Regierung den Gehaltszahlungen an ihre BeamtInnen und PeşmergakämpferInnen nicht mehr nachkommen. Diese Zahlungen tragen einen wesentlichen Anteil an der Legitimation des südkurdischen Systems. Die Zahlungsunterbrechung dauerte Monate an. Wegen des Kaufkraftverlusts stieg die Arbeitslosigkeit rapide an. Dem zuvor boomenden Bausektor, nach dem Erdölhandel eine wichtige Einnahmequelle des Landes, drohte der wirtschaftliche Kollaps. Die BäuerInnen und LandwirtInnen, die gezwungenerweise von den Subventionen der kurdischen Regierung leben, erhielten ebenfalls kein Geld mehr. Die Massenflucht aus Südkurdistan begann.

Anfänglich waren es vor allem Jugendliche, die auf illegalem Wege ins Ausland flohen. Nach und nach entschieden sich auch ganze Familien zur Flucht. Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge der letzten Monate auf über 30 000.

Das Parlament kam nicht zusammen – die Probleme wurden nicht gelöst

Der gesellschaftliche Protest wurde durch die öffentliche Meinung gestärkt, dass die MachthaberInnen Erdöleinnahmen unterschlagen würden. In dessen Folge kam es in einigen Landesteilen zu Massendemonstrationen, die Südkurdistan in dieser Art und Weise noch nicht erlebt hatte. Trotz öffentlichen Drucks, der durch Intellektuelle, NGOs und sogar Abge-



Protest der Lehrkräfte in Helepce Foto: Rojnews

ordnete gestärkt wurde, kam das Parlament nicht zusammen, um über die Lösung der Wirtschaftskrise und -flucht zu beraten. Einzig und allein Gespräche über die Präsidentschaftskrise wurden fortgesetzt.

In diesem Rahmen gründete sich ein Komitee aus 22 ParlamentarierInnen, die die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Angriff nahmen. Seine Arbeit sollte bis August abgeschlossen und dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Differenzen zwischen den politischen Parteien führten dazu, dass diese Arbeit von der Tagesordnung genommen und die Debatte über eine neue Verfassung eingestellt wurde.

Die Lunte zum Aufstand entzündeten die Lehrkräfte

In der Bevölkerung wuchsen die Spannungen mit jedem Tag. Trotzdem zeigten diejenigen, die die regionale Regierung und Wirtschaft in den Händen hielten, keinerlei Interesse an einer Lösung. Die Lunte an den Protesten entfachten Lehrkräfte in Silêmanî, die über vier Monate lang keine Gehälter mehr ausgezahlt bekommen hatten. Die Demonstrationen wurden von den kurdischen Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen. Gegen dieses gewaltsame Vorgehen formierten sich Solidaritätsdemonstrationen in der ganzen Region, an denen sich mehr und mehr Teile der gesamten Gesellschaft beteiligten.

Bei den Protesten kamen fünf Menschen ums Leben. Zahlreiche Verletzte waren zu beklagen, viele wurden festgenommen. Die Proteste richteten sich vor allem gegen die PDK, die mit ihrer Politik als wesentliche Auslöserin für die wirtschaftliche und politische Krise gesehen wird.

Die PDK macht die Goran-Bewegung für die Proteste verantwortlich

Die politische Krise verschärfte sich im Zuge der Proteste weiter. Die PDK beschuldigte die Goran-Bewegung, die Proteste angezettelt zu haben. Die PDK warf ihr Volksverhetzung vor. Am Morgen des 12. Oktobers verweigerten die Polizeikräfte der PDK dem südkurdischen Parlamentspräsidenten die Einreise nach Hewlêr. Ministerpräsident Nêçîrvan Barzanî ging sogar noch einen Schritt weiter und entließ vier MinisterInnen des Regierungskabinetts, die der Goran-Bewegung angehören. Zum endgültigen Bruch kam es dann am 13. Oktober, als Nêçîrvan Barzanî erklärte, die Goran-Bewegung werde aus der Regierung ausgeschlossen. Die anderen Regierungsparteien bewerteten dieses Vorgehen der PDK als Putschversuch. Adil Murat, Generalsekretär der YNK, rief sämtliche politischen Kräfte Südkurdistans dazu auf, sich gegen die PDK zu vereinen. Weiter verkündete er, dass die Goran entzogenen MinisterInnenposten nicht von der YNK besetzt werden würden.

Nur eine umfassende Demokratisierung kann die Lösung bringen

Im Lichte dieser Ereignisse stellt sich die Frage nach Lösungsmöglichkeiten für die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Krise. Eine Lösung kann durch die ignorante Haltung der PDK, die die drittstärkste Kraft ausschließen will, nicht herbeigeführt werden. Wenn es zu keiner Konstituierung eines parteiübergreifenden Systems kommt, könnten bald zwei politische Systeme mit den Zentren Hewlêr und Silêmanî gebildet werden. Nur eine wirkliche Demokratisierung Südkurdistans kann zu wesentlichen Veränderungen und Lösungen beitragen. Alles andere würde die Fragilität nur forcieren und die gesellschaftliche Polarisierung verstärken. ♦

Ein kurzer Blick auf den Iran

Alles andere als Demokratisierung wäre inakzeptabel

Omer Hojebrî

Die Nationalstaaten des Nahen und Mittleren Ostens, die auf dem herrschenden Weltsystem gründen, befinden sich im Niedergang. Als Resultat werden sie entweder strukturelle Änderungen herbeiführen müssen oder in sich zerfallen. Bei einem dieser Staaten handelt es sich um den Iran. Ähnlich wie das AKP-Regime in der Türkei hat die iranische Führung die Fähigkeit zu Veränderungen, sowohl nach innen als auch nach außen, eingebüßt. Das iranische Regime ist stattdessen bestrebt, seine Herrschaft, solange es geht, aufrechtzuerhalten, und spielt in diesem Sinne auf Zeit. Die Kämpfe in der Region spiegeln den Dritten Weltkrieg wider, in dem wird auch das Schicksal des Iran bestimmt. Aus diesem Blickwinkel betrachtet handelt es sich bei ihm um einen wichtigen Akteur im derzeitigen Chaos des Nahen und Mittleren Ostens.

Der Iran steckt seit mehreren Jahren in Verhandlungen mit führenden Staaten der internationalen Staatengemeinschaft. Seit Jahren ist man bestrebt, das Nuklearproblem mit ihm zu lösen. Dabei zeichnet sich seine Herangehensweise ab: Sobald die von den USA geführten Staaten Stärke zeigen, setzt der Iran auf eine weiche Rhetorik. Sobald jedoch die Politik des Westens in der Region Schwachstellen zeigt, stellt er sich hinter seine größten Unterstützer Russland und China sowie einige Staaten in der Region, die den Status quo aufrechterhalten wollen, und polarisiert nicht nur mit seinen Aussagen, sondern forciert radikales politisches Vorgehen. Vor allem wird dann auf die Unterstützung radikal-islamistischer Gruppierungen gesetzt, während im Inland Menschenrechte mit Füßen getreten, Oppositionelle an den Galgen gebracht werden. Derartige Massaker werden nicht versteckt, sondern bewusst öffentlich verübt. Aktuell ist der Iran auf Versöhnungskurs mit den westlichen Staaten, während die Peitsche im eigenen Land immer heftiger zuschlägt. Forderungen nach der Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Grundrechten, politischer und gesellschaftlicher Freiheit wurden zum Opfer der derzeitigen politischen Konjunktur. Das hat er sich in den Atomverhandlungen geschickt zunutze gemacht. Natürlich ist die Charakterlosigkeit des Weltsystems ausschlaggebend, in dem es nur um die eigenen Interessen der jeweiligen Staaten geht.

In der Zeit von 2014 bis Anfang 2015 schauten die führenden Weltmächte der militärischen Expansion des sogenannten Islamischen Staats (IS) nur zu. Eine klare Haltung gegen ihn war nicht wirklich zu erkennen. Der Iran hingegen forcierte seine Machtbestrebungen in der Region. Um das schiitische Regime im Irak zu unterstützen, wurden vor den Augen der Weltöffentlichkeit Sepah (Revolutionärsgarden und Kontra-Einheiten) in den Irak geschickt. In Syrien wurden sowohl eigene Soldaten eingesetzt als auch erhebliche logistische Unterstützung geleistet. Über Baschar al-Assad wurde die Unterstützung der Huthi im Jemen-Krieg erklärt. Auf ähnliche Art und Weise wurden die SchiitInnen in Bahrain unterstützt, auch dort war man bestrebt, einen schnellen Regierungswechsel herbeizuführen. Der Iran ist schon seit Langem bemüht, politischen Profit aus der Unterdrückungspolitik Bahrains gegen die SchiitInnen zu schlagen. Infolge der Aggressionspolitik des Iran gegen vor allem arabische (Nachbar-)Staaten in der Region kann mittlerweile von einem Konfessionskrieg zwischen SunnitInnen und SchiitInnen gesprochen werden. Dabei kann gesagt werden, dass der Iran in dieser Zeit sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht seine Position hat stärken können. Auch nach der Wahl 2013 in der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Nordirak nahm der Iran dort Einfluss. Nach erheblichen Stimmeinbußen der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) kam es zu einer politischen Krise, weil über Monate hinweg keine Regierung gebildet werden konnte. In der Folge griff der Iran ein und führte die kurdischen Parteien aus Hewlêr (Arbil) und Silêmanî (Sulaimaniyya) zusammen. Es entstand ein neues Regierungssystem in Südkurdistan, nach iranischem Interesse.

Während der Verhandlungen mit den westlichen Staaten attackierte der Iran gemeinsam mit den Assad-Truppen Hesekê (al-Hasaka) und Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), mit dem Ziel, die freiheitlichen Kräfte von Rojava und die kurdischen Errungenschaften zu schwächen. Ebenso wurden in Ostkurdistan in

Kirmaşan (Kermanschah) und Sine (Sanandadsch) mehrfach KämpferInnen der YRK (Einheiten von Ostkurdistan) angegriffen, während zeitgleich iranische Truppen an der Grenze vor Qandil und Xinerê mobilisiert wurden. Dabei ging es nicht nur um psychologische Kriegsführung auf höchstem Niveau geführt, sondern auch um ein Signal für die kommende Phase.

In diesem Jahr, in dem das Atomabkommen mit den P5+1 abgeschlossen wurde, hielt sich der Iran in der Region für einige Monate zurück. Das Abkommen ist bestimmten Zugeständnissen geschuldet, die er jahrelang als Verrat und Kapitulation betrachtet hatte. Die erfolgten erst, nachdem die internationale Staatengemeinschaft beschlossen hatte, aktiv gegen den IS vorzugehen.

In der Zeit kurz vor dem Abkommen schwieg der Iran zum Vorgehen der internationalen Anti-IS-Koalition, hielten sich seine Soldaten im Irak zurück. Auch die Unterstützung für die Huthi im Jemen wurde gemindert. Er wählte erneut die Methode der weichen Politik nach außen und der harten Hand nach innen. Im Inland wurden sämtliche Menschenrechte mit Füßen getreten, die staatliche Repression weiter forciert. Die Wälder Ostkurdistans wurden vermehrt niedergebrannt. Die Zahl verletzter bzw. ermordeter SchmugglerInnen in den iranischen Grenzregionen ist rapide gestiegen. Die Zahl der Festnahmen und Inhaftierungen politischer und gesellschaftlicher AktivistInnen hat sich vervielfacht. Dutzende kurdische Jugendliche wurden festgenommen. Einige politisch aktive KurdInnen wie Sîrwan Nîjawî und Mensur Arwend wurden erhängt.

Parallel zu dieser schmutzigen Politik des Iran wurden auch die Angriffe des AKP-Regimes in Nordkurdistan intensiviert. Mit dem Bezwingen der Wahlhürde durch die Demokratische Partei der Völker (HDP) verlor die AKP ihre Mehrheit und konnte nicht mehr allein die Regierung stellen. Daraufhin reagierte sie mit dem Abbruch des Lösungsprozesses und einem brutalen Krieg in Nordkurdistan. Die Haltung der Türkei und des Iran gegenüber der kurdischen Bevölkerung in Rojava, Nord- und Ostkurdistan ist kein Produkt des Zufalls. Vielmehr ist ein koordiniertes Vorgehen zu erkennen. Beide Staaten zielen darauf ab, den kurdischen Freiheitswillen zu schwächen und die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren. Weil nur so der Status quo, der auf Leugnung und Vernichtung basiert, gewahrt werden kann.

Nach dem Nuklearabkommen zeichneten sich die ersten Diskrepanzen innerhalb des iranischen Regimes ab. Verschiedene Blöcke machten sich mit aggressiver Rhetorik bemerkbar. Mit der Bekanntgabe der Nuklearverhandlungen in Genf durch den iranischen Außenminister Mohammad Dschawad Zarif, der zeitgleich als Unterhändler im Atom-Deal fungierte, bildeten sich im Iran zwei politischen Fraktionen. Bei der einen handelt es sich um den reformistischen und liberalen Block, der das Abkommen positiv bewertete und als Sieg des Iran interpretierte. So wurde Außenminister Zarif als Nationalheld empfangen. Dieser Block hat durch den Deal seine Aussichten für die anstehenden Parlamentswahlen im nächsten Jahr verbessert.

Der andere Flügel, der aus den religiösen Mullahs, den Sepah, radikalkonservativen IslamistInnen und anderen Führungskräften innerhalb des Systems besteht, hat das Abkommen sehr unterschiedlich aufgefasst. Vor allem die radikalkonservativen Geistlichen, die seit Jahren eine aggressive Rhetorik gegen die USA verwendet hatten, die sie als Feindin Gottes bezeichnen, brachten über die Medien ihren Protest zum Ausdruck. So wurde das Nuklearabkommen als Kapitulation des Iran beurteilt. Die Unterhändler in den Verhandlungen und Staatspräsident Rohani wurden gar als Verräter betitelt.

In der politischen Kultur des Regimes der Islamischen Republik Iran der letzten 36 Jahre ist vorgesehen, dass bei ernsthaften Widersprüchen im System das letzte Wort dem Religionsführer zukommt und dem alle unterworfen sind. Denn er wird laut Verfassung als Vertreter Gottes gesehen.

Religionsführer Ali Khamenei bewertete das Abkommen positiv. Doch mahnte er, dass die Diskrepanzen zwischen den Kräften im Inland, wie gering sie auch sein sollten, schnellstmöglich beseitigt werden müssten und niemand dulden dürfe, dass der Iran im Ausland an Prestige verliere. Allerdings hatte auch er das Abkommen mehrmals kritisiert. Die Doppelzüngigkeit im Iran nimmt weiter ihren Lauf. Sämtliche Kreise bewerten das Abkommen nach eigenem Interesse und sind mit ihrem Kalkül schon bei den Wahlen von 2016.

Der IS hatte innerhalb weniger Monate zahlreiche Regionen im Irak und in Syrien erobert. Ein Mythos, unaufhaltbar zu sein, verbreitete sich. Auch in Südkurdistan gewann er in relativ kurzer Zeit an Boden, besetzte Gebiete um Xaneqîn (Chanaqin), in Kerkûk (Kirkuk), Şengal (Sindschar) und um Maxmur herum. Die südkurdische Regierung geriet unter Druck, da die Peschmerga den Angriffen nicht standhalten konnten und hohe Verluste hinnehmen mussten. In Şengal wiederum leisteten die Peschmerga der PDK nicht einmal Widerstand und flohen vor dem IS und ließen die Bevölkerung schutzlos zurück.

Daraufhin machten sich FreiheitskämpferInnen des kurdischen Volkes unter der Führung der Guerilla nach Xaneqîn, Kerkûk, Maxmur und Rojava auf, um die Bevölkerung gegen die Angriffe des IS zu verteidigen. An zahlreichen Fronten wurde tapfer gekämpft, zum ersten Mal konnte sich eine Kraft

effektiv gegen den IS stellen und ihn zurückdrängen. Sein Mythos war gebrochen. Das, was die Staaten Syrien und Irak nicht vermochten, realisierten die KämpferInnen der Volksverteidigungskräfte (HPG), der Einheiten der Freien Frauen (YJA-Star), der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ). Zu dieser Zeit griff der Iran das kurdische Volk direkt an und die AKP es indirekt. Beide waren bestrebt, Profit zu schlagen aus den internationalen und regionalen Widersprüchen im Hinblick auf die KurdInnen und Syrien.

Der BürgerInnenkrieg in Syrien dauert seit drei Jahren an. Dessen Zukunft ist weiterhin äußerst unklar. Das Einzige, was klar scheint, ist, dass eine neue Regierung gebildet wird.

Assad darf nicht Teil der neuen Regierung werden. Der Iran, China und Russland haben bisher immer ihre Unterstützung für das Assad-Regime erklärt und eine Regierung ohne ihn ausgeschlossen. Der russische Staatspräsident Wladimir Putin ließ sich von der Duma das militärische Eingreifen in Syrien legitimieren. Es gibt sowohl Kritik als auch Unterstützung für die russischen Luftangriffe. Mit dem aktiven russischen Eingreifen in den Syrienkonflikt verbinden manche Kreise den offiziellen Beginn des Dritten Weltkriegs.

Nach den ersten Luftangriffen Russlands in Syrien hat der Iran seine Unterstützung für die Huthi im Jemen nochmals verstärkt. Nach dem Tod etlicher iranischer Pilger in Mekka kam es erneut zu Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien. Kurz darauf stellten der Iran und Bahrain ihre diplomatischen Beziehungen ein und die Spannungen zwischen Teheran und den arabisch-sunnitischen Staaten verschärften sich.

Das Einzige, was derzeit klar erscheint, ist, dass sich bei einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Unterstützern des IS (Qatar, Bahrain, Saudi-Arabien und Türkei) und den Unterstützern Assads (Iran, China und Russland) die Syrien-Krise und die Gefechte ebenso noch verschärfen.

Beide Blöcke im Iran, sowohl der radikale als auch der reformistische, unterscheiden sich nur in ihrer politischen Rhetorik, nicht aber in ihrer Praxis. Charakteristisch für das Weltsystem der heutigen Zeit und seine Staaten ist, dass unterschiedliche Gruppierungen an die Macht gelangen, jedoch keine sonderlichen Unterschiede in Praxis und Politik festzustellen sind. Die Unterdrückungspolitik gegen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ändert sich nicht. In diesem Sinne sind die Parlamentswahlen im Iran im kommenden Jahr zu bewerten. Prognostiziert werden kann, dass der radikal-konservative Block dabei größere Chancen hat.

Nach der Lösung der Syrien-Krise werden sich aller Augen auf den Iran konzentrieren. Entweder wird er eigenständig eine Systemveränderung herbeiführen müssen, oder äußere und innere Einflüsse werden ihn dazu zwingen. Daher ist er auch an einem Machterhalt Assads interessiert und will den Status quo in Syrien wahren. Damit würden die Hoffnungen der Völker enttäuscht werden. Jahre des Krieges wären umsonst gewesen, Hunderttausende hätten umsonst ihr Leben gelassen.

Nach der Lösung der Syrien-Krise werden sich aller Augen auf den Iran konzentrieren. Entweder wird er eigenständig eine Systemveränderung herbeiführen müssen, oder äussere und innere Einflüsse werden ihn dazu zwingen. Daher ist er auch an einem Machterhalt Assads interessiert und will den Status quo in Syrien wahren.

Der Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung und der Aufbau des neuen Gesellschaftssystems von Rojava verdeutlichen, dass eine Veränderung in Syrien unausweichlich ist. Eine Demokratisierung des Systems gemeinsam mit den KurdInnen ist notwendig. Alles andere würden sie nicht akzeptieren. Der Aufbau des Systems von Rojava in den letzten drei Jahren fungiert dabei als Garant. Denn die Veränderung Syriens wirkt sich auch auf die ganze Region aus und wird folglich den Fall des Status quo herbeiführen.

Der Iran hat seine Fähigkeit zur eigenständigen Umgestaltung verloren. Das System zieht seine Legitimation aus der regionalen Rückständigkeit. Seine Taktik und Strategie passt der Iran der globalen und regionalen Konjunktur an. Durch den Fall des Status quo wird dem Iran die Legitimationsgrundlage entzogen. Die Avantgarde dieses Transformationsprozesses ist zweifellos die kurdische Freiheitsbewegung. Dies drückt sich vor allem in der Repression in Form von Hinrichtungen, Folter und Haft gegenüber KurdInnen im Iran aus. Der ist sich bewusst, dass, wenn die KurdInnen in Syrien und der Türkei einen Status gewinnen, er gezwungen sein wird, sich auch zu verändern. Eine Veränderung würde jedoch den Verlust des bestehenden Systems mit sich bringen. Im Auge des Dritten Weltkriegs werden die KurdInnen die dynamische Kraft des Wandels darstellen und auch den Iran verändern. ♦

Russland, die KurdInnen und der Nahe und Mittlere Osten

Es wird keine neuen Selims, Mustafa Barzanîs oder Qazî Mihemeds geben ...

Selahattin Soro

Vor etwa 200 Jahren reichte das russische Einflussgebiet an die Grenzen des kurdischen Siedlungsgebiets heran. Seitdem forschen RussInnen über die kurdische Kultur und Geschichte. So kommt es auch nicht von ungefähr, dass die ersten KurdologInnen aus Russland stammten. Zu den Bekanntesten zählen Java, Nikitin und Minorski.

Seit dem 30. September beteiligt sich Russland aktiv am Krieg in Syrien. Seine Luftwaffe fliegt seitdem nahezu täglich Angriffe auf Stellungen des Islamischen Staates (IS) und anderer islamistischer Gruppierungen. Die Beteiligung der russischen Armee hat einen wesentlichen Einfluss auf die KurdInnen Syriens und ihr autonom verwaltetes Gebiet von Rojava. Zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Geschehnisse ist eine kurze historische Betrachtung der kurdisch-russischen Beziehungen von Vorteil.

Mit seinen Zaren und Zarinnen, seiner revolutionären Führung, seinen Kriegen, LiteratInnen und SchriftstellerInnen, dem endlos weiten Land und dessen Reichtum war Russland, wie in seiner Vergangenheit, so auch in der Gegenwart, stets ein Hauptakteur der globalen Politik; stets hatte die russische Führung das Ziel vor Augen, die Route über das Schwarze Meer bis zu den warmen Gewässern, insbesondere zum Mittelmeer, zu kontrollieren.

Die Mittelmeerregion hat für Russland eine ähnlich wichtige Bedeutung wie die des Schwarzen Meers. Baltikum, Schwarzes Meer, Mittelmeer und Pazifik sind Russlands strategisch wichtigste Gebiete in seiner globalen Strategie. In diesem Sinne kommt dem Hafen Tartus an der syrischen Mittelmeerküste eine für Russland lebenswichtige Bedeutung zu.

Der Westen, allen voran die USA, verfolgt gegen Russland eine Strategie der Eingrenzung. Das sehen wir heute in Osteuropa (Ukraine), im Mittleren Osten (Levante), in Kaukasien und im Fernen Osten. Die Route zum Mittelmeer verläuft vom Irak über Syrien bis zum Libanon, zum Schwarzen Meer über Abchasien, Daghestan und Georgien.

Es ist eigenartig, unsere AhnInnen pflegen es zu sagen, dass die Geschichte sich ständig wiederholt. Wenn wir nun die Geschichte und die aktuellen Geschehnisse im Mittel- und im Schwarzen Meer vergleichen, könnten wir fast behaupten, dass es sich um eine Wiederholung des historischen Spiels in der Region in seiner Version des 21. Jahrhunderts handelt. Während die USA mittlerweile die ehemalige Rolle der BritInnen übernommen haben, hat Russland seine Funktion behalten. Interessant an dieser Partie ist die Rolle der Türkei. Nachdem der listige Westen in der Phase des Ersten Weltkriegs nahezu die gesamte Welt in Brand gesetzt hatte, teilten Großbritannien und Frankreich den Nahen und Mittleren Osten untereinander auf.

Angesichts der derzeitigen Geschehnisse erkennen wir, dass die führenden globalen Akteure in dieser Region erneut um ihre Macht ringen. Die USA und die anderen Mächte bewegen sich in Richtung eines neuen Sykes-Picot-Abkommens, ohne es konspirativ halten zu wollen. Ähnlich wie während des Ersten Weltkriegs, als sich die wesentlichsten Widersprüche und Kriege auf der Schwarzmeer-Krim- und der Mittelmeer-Levante-Linie abzeichneten, lässt sich die derzeitige Krise ebenfalls in dieser Region verorten. Dabei setzt die Türkei auf ihren traditionellen Neoosmanismus.

Dabei ist sie bemüht, ihre regional-hegemoniale Expansion in der Mittelmeerregion über Syrien durchzuführen. Sie hatte ein Neokalifat zum Ziel, doch machte ihr IS-Führer al-Baghdadi mit der Proklamation seines Kalifats einen Strich durch die Rechnung.

Nach dem Zerfall der UdSSR ist Russland bestrebt, seine ehemalige Stärke im Weltsystem wiederzuerlangen. Vor allem seine Beziehungen zu einigen Staaten des Ostens fallen besonders auf. Am 21. Mai 2014 kam es zu einem Erdgas-

Abkommen zwischen Russland und China. Dem auf dreißig Jahre projektierten Abkommen mit einem Handelsvolumen von mehr als 400 Milliarden US-Dollar gemäß wird Russland China jährlich 38 Milliarden Kubikmeter Erdgas liefern.

Am 24. November unterzeichnete Russland mit dem von Georgien abgespaltenen Abchasien ein Bündnisabkommen über strategische Kooperation. Diese enthält die Zusammenarbeit in den Bereichen Sozial-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Am 26. November kam Putin mit dem syrischen Außenminister Walid al-Muallim in Sotschi zusammen. Hauptthemen ihres Gesprächs waren die Lösung der Syrienkrise und die Entwicklung strategischer Beziehungen. In der Folge kam es zu einem Besuch Putins in Ankara, bei dem der russische Staatspräsident von zehn weiteren MinisterInnen begleitet wurde. Zu erwähnen gilt es an dieser Stelle auch ein Abkommen mit Indien, das wirtschaftlichen und forschungstechnischen Austausch in den Bereichen Energie, Weltraumforschung, Chemie, Eisenbahntechnik und Finanzen und Weiteres umfasst. Dabei handelt es sich um ein langfristiges und strategisches Abkommen, das von den USA und dem Westen mit Sorge betrachtet wird. Diese außenpolitischen Interaktionen haben mit der aktiven Intervention im Syrienkrieg am 30. September 2015 einen neuen Höhenpunkt erreicht.

Russland trachtet nicht nur danach, am globalen Machtspiel zu partizipieren, sondern vielmehr die neue Weltordnung entscheidend zu beeinflussen.

Russland trachtet nicht nur danach, am globalen Machtspiel zu partizipieren, sondern vielmehr die neue Weltordnung entscheidend zu beeinflussen.

Die strategische Intention Russlands lässt sich am Beispiel Abchasiens ablesen. Das Konzept: Sollte Georgien sich gegen Russland an anderer Front positionieren, würde Russland an sich gebundene Puffergebiete konstituieren. Bei Abchasien handelt es sich eben um eines dieser Gebiete. Ähnliche Pufferzonen wurden mit dem Donbass in der Ukraine, Transnistrien in Moldawien, Inguschetien, Daghestan und Abchasien in Kaukasien gebildet.

Dementsprechend will Russland auch in Syrien eine effektivere und dominantere Mission übernehmen. Dabei gilt es anzumerken, dass Syrien für die Russlandpolitik, vor allem im Hinblick auf den Irak und den Iran, eine wesentliche Rolle spielt.

Russland verfügt über sehr große Erdöl- und Erdgasvorkommen. Dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) zufolge handelt es sich bei der russischen um die neuntgrößte Wirtschaft weltweit, entsprechend ihrer Kaufkraftparität sogar um die sechstgrößte.

Die hohe Produktionsrate im Inland und die politische Stabilität der letzten zwanzig Jahre hat zum Wachstum der russischen Wirtschaft beigetragen. Das BIP betrug 2010 19 840 US-Dollar pro Person. Das Wirtschaftswachstum ist vor allem dem Export von Inlandsprodukten geschuldet und weniger den Erdölverkäufen.

Erdöl, Erdgas, Holz und Metalle machen mehr als achtzig Prozent der russischen Exportgüter aus. Durch den binnenwirtschaftlichen Aufschwung seit 2003 hat der Export von Rohstoffen deutlich an Bedeutung verloren.

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin veranstaltete am 18. Dezember 2014 eine Sonderkonferenz im Kreml, um in dieser Situation Klarheit zu schaffen.

Die Weltöffentlichkeit hörte voller Spannung auf die Rede Putins. Spekulationen über mögliche Äußerungen, die eine neue Weltwirtschaftskrise zur Folge haben könnten, hatten bereits vor der Konferenz die Runde gemacht. Putin sagte: »Der derzeitigen russischen Wirtschaftlage liegen äußere Faktoren zugrunde. Um die Wirtschaft zu regulieren, haben die Zentralbank und die russische Regierung die notwendigen Maßnahmen getroffen. Zweifellos wird Russland die derzeitige Wirtschaftskrise überwinden, das wird höchstens zwei Jahre dauern. Für einen stabilen Rubel bedarf es der Liquidität. Dafür werden die Reserven der Zentralbank benötigt.«

Weiter betonte Putin, dass die Wirtschaftskrise in seinem Land nicht den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der russischen Regierung, sondern der Politik des Westens, die er als Nachfolge der Politik des Kalten Krieges interpretierte, geschuldet sei. Weiter kritisierte er scharf das Voranschreiten der NATO gen Osten:

»Es wurde oft von der Berliner Mauer gesprochen. Heutzutage sind es unsichtbare Mauern, von denen gesprochen werden muss. Der Bau dieser Mauern hatte schon lange vor dem Fall der Berliner Mauer begonnen. Die Ausweitung der NATO nach Osten ist nie eingestellt worden. Die Aktivitäten der NATO und die Stationierung von Raketenabwehrsystemen haben folgende Bedeutung: Unserer Partner müssen verstehen, dass die USA sich weiter als siegreicher Imperator betrachten, und dahingehend unserer Forderung nach einer gemeinsamen Schutzzone Bedeutung beimessen.« Aus diesen Worten

lässt sich entnehmen, dass ein ausgedehnter Wirtschaftsangriff auf Russland, mit den USA und der EU im Zentrum, geführt wird. Bei diesem Angriff sieht sich Putin als größter Widersacher. Während der Sitzung signalisierte er, dass Russland für die anstehende Krise gewappnet sei.

An dieser Stelle gilt es, die Frage aufzuwerfen, inwiefern die russische Gesellschaft und Öffentlichkeit in diesem Kampf involviert sind. Westlichen ExpertInnenkreisen zufolge wird eine innerrussische Rebellion gegen die herrschenden Autoritäten vermutet.

Bei der Kiew-Krise handelt es sich um eine neue Kampfkonstellation gegen Russland in der Schwarzmeerregion, beim Syrienkonflikt dagegen um eine Projektionsebene. Kiew repräsentiert die *[historisch]* politische und kulturelle russisch-ukrainische Hauptstadt. Die westliche Betrachtungsweise, wonach Kiew die Hauptstadt eines anderen Landes sei, wird von der russischen Gesellschaft nicht geteilt. Die Annäherung Kiews an den Westen wird auf russischer Seite als Teilung und Trennung von der gesellschaftlichen und politischen Geschichte betrachtet. Entsprechend scharf sind die Reaktionen des Staates, der Politik und der Gesellschaft. Die Geschichte von RussInnen und SlawInnen des 14. und 15. Jahrhunderts ist auch als die des Großreichs »Kiewer Rus« bekannt. Nachdem die RussInnen MongolInnen und TatarInnen besiegt hatten, etablierten sie sich in Moskau. Heute sind die ukrainisch-russischen Beziehungen, früher eine Gesellschaft, in zwei Staaten gemündet. Entsprechend dieser historischen Mentalität empfinden die RussInnen den Konflikt, als versuche der Westen erneut einen Teil ihres Landes und ihrer Geschichte zu entreißen.

Dies ist vor allem auf die Politik des Westens zurückzuführen, vor allem Deutschlands, der in der Geschichte permanent bestrebt war, slawischen Boden einzunehmen. Im Europa des 19. Jahrhunderts beispielsweise hatte Frankreich unter der Führung Napoleons dem russischen Zaren am 22. Juni 1812 den Krieg erklärt und war bis Moskau vorgerückt. 129 Jahre später, wieder am 22. Juni, dieses Mal des Jahres 1941, griffen die deutschen Truppen unter dem Befehl Hitlers die Sowjetunion an. Es ist bekannt, dass England als unumstrittene Seemacht Europas andere Kontinentalmächte zu ähnlichen hegemonialen Bestrebungen auf dem Land verleitete.

Die Strategie Russlands, bis zu den warmen Meeren zu expandieren, blickt auf eine 200-jährige Tradition zurück. Für dieses Ziel wurden sowohl im Zarenreich als auch in der Sowjetunion und im heutigen Russland sämtliche Mittel in Erwägung gezogen. Damit Russland als globaler Akteur auftreten konnte, bedurfte es dieser Expansion bis ans Mittelmeer. Weiter bedurfte es der Kontrolle, bzw. der Vorherrschaft, im Schwarzen Meer. Die russisch-osmanischen Kriege sind allgemein bekannt. Angesichts dieser historischen Tradition lässt sich die geopolitische Bedeutung der Route Ukraine-Krim-Schwarzmeer für Russland besser verstehen. Im globalen Machtkampf sind die USA und die EU (vor allem Deutschland) bestrebt, den russischen Einfluss auf die Mittelmeerregion und den Nahen Osten zu begrenzen, bzw. Russland ganz aus der Region zu vertreiben, um dessen hegemoniale Absichten einzudämmen. Die im Oktober 2013 auf dem Kiewer Maidan begonnenen Proteste wurden von Deutschland und den USA regelrecht angefacht. Ein Russland ohne wesentlichen Einfluss auf die Ukraine könnte seine Ambitionen als globale Hegemonialmacht begraben. Der russische Marinestützpunkt auf der Krim würde fallen, Russland in der Folge seinen Anschluss an das Mittel- als auch an das Rote Meer verlieren.

Eine ähnliche Parallele ist hinsichtlich Syriens zu ziehen. Falls das Assad-Regime fallen sollte, wäre der einzige russische Militärstützpunkt im Mittelmeer im syrischen Tartus verloren.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung des Syrien- und des Ukraine-Konflikts scheint es sich um einen Kampf zwischen Regierung und Opposition zu handeln. Doch bei näherer Analyse treten andere Akteure des globalen Machtkampfs in den Vordergrund. Dabei handelt es sich neben der EU und Russland auch um die USA und die UN. Der gewählte ukrainische Staatspräsident wurde zur Flucht aus dem eigenen Land getrieben. Dazu schwiegen die EU und der Westen. Während Russland daraufhin die Krim annektierte. In Donezk und Luhansk wurden autonome Republiken ausgerufen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1990 ging das Weltsystem in eine unipolare Ordnung, unter Führung der USA/EU über. In der Zeit zwischen 1950 und 1990 hatte die Welt eine Phase des Kalten Kriegs erlebt, der in einen Atomkrieg hätte münden können. Die Welt war in Ost und West aufgeteilt gewesen, sowohl in militärischer, politischer als auch in sozialer, kultureller, ökonomischer, sportlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Hatte der Westen seine Struktur in Organisierungsformen wie NATO, UN, IWF etc. institutionalisiert, so der Osten sein System vor allem im Rahmen des Warschauer Paktes. Während das liberale System des Westens sich auf die kapitalistische Moderne gestützt hatte, war der Osten bestrebt gewesen, eine scheinbar grenzenlose und klassenlose Welt nach sozialistischem Vorbild aufzubauen. Zwischen den Blöcken hatte Kompromisslosigkeit geherrscht, die zu großen Diskrepanzen untereinander führte mit der Folge einer fünfzigjährigen Unterjochung der Menschheit.

Die Etablierung der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Süd-Afrika) seit 2009 lässt vermuten, dass sich eine neue Polarisierung zwischen den ehemaligen Ost- und Westblöcken zu formieren scheint.

Zweifellos handelt es sich bei der Welt des 21. Jahrhunderts nicht mehr um dieselbe wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Es stehen keine Blöcke einander kompromisslos und abstoßend gegenüber. Nach der Auflösung der Sowjetunion besetzten die USA etwa zwanzig Jahre lang die alleinige Führungsrolle im Weltsystem. Entgegen dieser Unipolarität begründete zunächst Putins Russland sein eigenes Modell, was sich in BRICS konkretisiert hat. Die heutige Welt tendiert nun vielmehr zu einem multipolaren System, wodurch das 21. Jahrhundert im Gegensatz zum 20. charakterisiert wird.

Das offensichtlichste Beispiel aus wirtschaftspolitischer Sicht stellen die BRICS-Staaten dar. Dieses Modell differenziert sich in ideologischer Hinsicht nicht zu den europäischen und amerikanischen Zusammenschlüssen aus. Daher wäre die Schlussfolgerung, es handelte sich um die Suche nach einer Alternative zum kapitalistisch-liberalen System, irreführend. Vielmehr geht es darum, entgegen der US-/EU-Vorherrschaft eine eigene Hegemonie zu begründen.

Russland will seine Interessen in Syrien und in der Mittelmeerregion schützen. Daher sieht es sich gezwungen, eine strategische Beziehung zu den KurdInnen in Syrien und der Region zu knüpfen.

Die USA waren in den Vertrag von Lausanne im Jahre 1923 nicht involviert gewesen. Zu seinem 100. Jahrestag verfällt das Abkommen. In diesem Sinne ist Russland bestrebt, bei der Neustrukturierung des Nahen und Mittleren Ostens eine aktive Rolle zu spielen. Wie auch die Strukturierung des Nahen und Mittleren Ostens um Syrien, sprich in Kurdistan, wird auch die Neu-Strukturierung in derselben Region bestimmt werden. Folglich wird die aus der Syrienkrise hervorgehende Lösung die gesamte Region entscheidend beeinflussen.

Seinen imperialen und globalen Ambitionen geschuldet interagiert Russland auf diesem Feld proaktiv. Statt auf einen Stellvertreterkrieg bereitet sich Russland auf einen Führungskrieg vor. Auf dieselbe Art und Weise sind die USA bemüht, als lonesome cowboy die Alleinherrschaft zu forcieren. In welcher Weise das aktive Einschreiten Russlands in Syrien die Errungenschaften von Rojava und der kurdischen Freiheitsbewegung beeinflussen wird, muss der Kampf der KurdInnen zeigen. Putin äußerte vor Kurzem, dass es sich bei ihnen um einen wesentlichen Akteur im Kampf gegen den IS handele. Genauso werden die KurdInnen von den USA als ebensolcher Partner betrachtet.

Nach dem 1979 begonnenen achtjährigen Afghanistankrieg engagiert sich Russland zum ersten Mal wieder in einem Militäreinsatz außerhalb des ehemaligen Sowjet-Territoriums. Das verleiht seinem neuen Führungsstreben neuen Ausdruck. Die Ansichten, wonach der Nahe und Mittlere Osten nicht mehr dem früheren gleichen und auch der Syrienkrieg neue Dimensionen annehmen werde, überschneiden sich.

Bekanntlich hat es mehrere historische russisch-kurdische Zusammentreffen gegeben. Vom Bidlîs-(Bitlis-)Aufstand 1914 über die Gründung der kurdischen Republik von Mahabad 1946, den Exilaufenthalt Mustafa Barzanîs bis zuletzt zur Ausweisung Abdullah Öcalans aus Russland, wo er nach dem Verlassen Syriens auf seiner Odyssee Zuflucht gesucht hatte. Der Grund für die Intervention Russlands in den Syrienkonflikt wurde in diesem Text anhand der ökonomischen, politischen, militärischen und geostrategischen Interessen detailliert beschrieben. Vor allem die enge Beziehung zur Partei der Demokratischen Einheit PYD, als einer wesentlichen Vertreterin des Widerstands von Rojava, verdeutlicht dies. Mehrere hochrangige RepräsentantInnen der russischen Regierung trafen sich mehrmals mit VertreterInnen der PYD. Russland will seine Interessen in Syrien und in der Mittelmeerregion schützen. Daher sieht es sich gezwungen, eine strategische Beziehung zu den KurdInnen in Syrien und der Region zu knüpfen. Die Annäherung Russlands wird entscheidend von der kurdischen Politik, den vier Teilen Kurdistans und auf internationaler Ebene bestimmt werden. Falls die KurdInnen eine eklektische und unorganisierte Annäherungsweise zeigen sollten, könnten sie mit neuen internationalen Komplotten konfrontiert werden. Falls sie jedoch aus der Geschichte und den aktuellen Weltgeschehnissen Lehren ziehen sollten und die notwendige Politik der Einheit forcieren, werden sie zum Stern des Jahrhunderts avancieren können.

Entsprechend dieser politischen Konjunktur wird Russland seine Beziehung zu den KurdInnen in der Region, vor allem aber zu den Rojava-KurdInnen, zu intensivieren versuchen. Dabei gilt es zu betonen, dass sie aus der Vergangenheit gelernt haben und keine KriegerInnen irgendeiner Macht mehr darstellen werden. Es wird keine neuen Selims, Mustafa Barzanîs oder Qazî Mihemeds mehr geben. Mit der Rojava-Politik Russlands wird seine Annäherung an die KurdInnen und seine angestrebte Rolle im globalen Weltsystem konkreter hervortreten. ♦

ExpertInnenkonferenz:

»Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden – Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?«

Martin Dolzer

Am 23. September fand in Berlin die ExpertInnenkonferenz: »Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden – Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?« statt. Etwa hundert TeilnehmerInnen diskutierten in diesem Rahmen über die Situation im Mittleren Osten und die Rolle der KurdInnen bei der Neugestaltung der Region. Unter ihnen waren neben Interessierten auch VertreterInnen der parteinahen Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Heinrich-Böll- und Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie VertreterInnen mehrerer Parteien aus der Bundesrepublik, Europa und dem Mittleren Osten. Auf Grundlage des Inputs von fünf Podien beschäftigten sich die Anwesenden mit unterschiedlichen Aspekten.

Einig waren sich die ReferentInnen und TeilnehmerInnen, dass es die KurdInnen einschließlich der Volksverteidigungskräfte der ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK) seien, die in Rojava und im Nordirak den entschiedensten Widerstand gegen den menschenfeindlichen »Islamischen Staat« IS leisten. Sie seien diejenigen AkteurInnen gewesen und seien es immer noch, die ÊzîdInnen und ChristInnen vor dem IS gerettet haben und zudem eine multiethnische und multireligiöse Gesellschaft der Toleranz und Demokratie aufbauen, so der Konsens. Ebensolche Einigkeit herrschte darüber, dass die kurdische Bewegung und insbesondere die Demokratische Partei der Völker (HDP), die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), die Selbstverwaltung in Rojava und die PKK eine weitgehend konstruktive und positive Rolle in Bezug auf eine Demokratisierung der Region spielten und dass ein Dialog notwendig sei, um langfristig eine friedliche Entwicklung zu befördern.

Mehrere ReferentInnen kritisierten die destruktive Rolle des Staatspräsidenten R. T. Erdoğan und der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), die den IS seit Jahren u. a. mit Logistik, ungehindertem Grenzübergang für Kämpfer, Material und Waffenlieferungen sowie Gesundheitsversorgung für verletzte Kämpfer gezielt gefördert und unterstützt hätten.

Das erste Podium hatte den Titel »Veränderte Rolle der Kurden während der Neugestaltung des Nahen Ostens – Ein Vergleich der Situation der Kurden der Moderne mit den Kurden im 20. Jahrhundert«. Nilüfer Koç, Co-Vorsitzende des Nationalkongresses Kurdistan (KNK) aus Hewlêr (Arbil) beschrieb, wie wichtig es sei, dass die unterschiedlichen kurdischen Organisationen Demokratische Partei Kurdistans (PDK), Patriotische Union Kurdistans (YNK), Goran, PKK und weitere kleinere Gruppierungen langfristig eine einheitliche Organisierung in der Außen- und Verteidigungspolitik umsetzen. Sie betonte ebenfalls die Notwendigkeit, das veränderte Bewusstsein der KurdInnen auch international zu vermitteln. Mehrfach habe der KNK versucht, die genannten Akteure zu einem gemeinsamen Kongress zu bewegen. Dieses Vorhaben sei bisher aber hauptsächlich an der unnachgiebigen Haltung der PDK gescheitert.

Anhand geschichtlicher Hintergründe beschrieb Nilüfer Koç, wie es immer wieder zur »Spaltung der kurdischen Akteure« gekommen und durch den Vertrag von Lausanne 1923 der Weg für die jeweilige Assimilierungspolitik gegenüber den KurdInnen in Irak, Syrien, der Türkei und Iran geebnet worden sei. Da die Verfassungen in diesen Ländern auf dem Konzept der ethnischen Identität beruhen, sei es zu 29 Aufständen der KurdInnen gekommen, die jedoch aufgrund der Spaltungstendenzen nicht zum Erfolg geführt hätten. Trotz ihrer jeweils differierenden Interessen fänden die regionalen und internationalen Kolonialmächte dagegen immer einen Konsens bezüglich antikurdischer Bündnisse.

Bei der jetzigen Neuaufteilung der Region funktioniere die Spaltung der KurdInnen allerdings nicht mehr so reibungslos,

so Koç: »Die emanzipatorischen KurdInnen werden von den Kolonialstaaten als TerroristInnen diffamiert. Viele KurdInnen, Abdullah Öcalan wie auch der KNK verfolgen jedoch das neue Paradigma der Demokratischen Autonomie, das auf einem respektvollen Zusammenleben in kommunalen Einheiten und den Partizipationsmöglichkeiten aller Menschen aufbaut. Dabei fungiert die PKK als ›Brücken-Bauerin‹ zwischen den verschiedenen lokalen Aufständen. In Şengal (Sindschar) und Kobanê führte der Widerstand dazu, dass sich die KurdInnen mit dem gemeinsamen Ziel des Kampfes gegen den Terrorismus des IS vereinigten.«

Die Co-Vorsitzende des KNK forderte dazu auf, dass die selektive, negative internationale Wahrnehmung der KurdInnen überwunden werden müsse. Es sei klar, dass die Region eine globale Bedeutung in geostrategischer Hinsicht und in Hinblick auf die Ressourcen habe. Gerade wegen ihrer demokratischen Ausrichtung sollte die PKK zur Partnerin für die internationale Gemeinschaft werden. »Die KurdInnen stellen die Souveränität der Nationalstaaten trotz systematischen Unrechts nicht in Frage – obwohl zum Beispiel der Iran am 22. September das Todesurteil gegen 110 kurdische PolitikerInnen bestätigte. Die Regierung Erdoğan/Davutoğlu ist mit ihrer Politik der Verhaftungen und militärischen Eskalation der eigentliche Instabilitätsfaktor in der Region«, so Nilüfer Koç.

Prof. Dr. Michael Werz vom »Center for American Progress« und Berater des Weißen Hauses bezeichnete Kobanê als Blaupause für eine neue Nahostpolitik. »Kobanê ist ein zentraler Wendepunkt in Bezug auf die geopolitischen und strategischen Beziehungen zwischen den USA und den KurdInnen.« Noch am 8. Oktober 2014 habe J. Kerry erklärt, dass die Verhinderung des Falls von Kobanê keine strategische Priorität für die USA hat, am 17.10.2014 hätten die USA dann bereits Waffen und Munition für die KämpferInnen der YPG in Kobanê abgeworfen und später den IS in Kooperation mit den kurdischen KämpferInnen bombardiert.

»Es gibt einen Zerfall der alten Systeme und neue Konfliktlinien nach dem Kalten Krieg und die USA agieren als einzige globale Macht«, sagte Werz. Die USA hätten den NATO-Beitritt der Türkei 1952 mit Skepsis betrachtet. Die Polarität im »Kalten Krieg« hätte jedoch dazu geführt, dass den türkischen Regierungen bis heute immer wieder Zugeständnisse gemacht werden mussten. Bis zum Giftgasanschlag in Helebce (Halabdscha) sei die Unterstützung Barzanîs in den 1960er/1970er Jahren oder während des Irak-Iran-Krieges in den 1980ern nicht aus egoistischen Gründen erfolgt, da der Mittlere Osten zu dieser Zeit kein Interessensgebiet der USA gewesen sei. Das Hauptmotiv für die Unterstützung sei deren antisowjetische Haltung gewesen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion gäbe es nun eine neue US-Politik. »Kobanê hat für die USA keine geostrategisch wichtige Position, die Unterstützung des Kantons war eine politische Entscheidung. Obwohl die Entscheidung spontan getroffen wurde, waren die Grundlagen vorhanden: Die Beziehungen zur Türkei sind geschwächt, es müssen Stabilitätsfaktoren geschaffen werden. Die türkische Regierung hat ihre Position mit den Ereignissen im Gezi-Park, in Mosul und Kobanê geschwächt.« Auf Nachfrage sagte Werz, dass in den Verhandlungen um die Nutzung des Flughafens von Incirlik die Risiken besser durchdacht hätten werden sollen. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, dass die Regierung Erdoğan diesen Deal hauptsächlich dazu nutzt, die PKK und die kurdische Zivilbevölkerung zu bekämpfen.



Prof. Dr. Michael Werz (links) und Nilüfer Koç (rechts) Foto: KR

Sinam Mohamad, Vertreterin der autonomen demokratischen Administration von Rojava, beschrieb, dass sich die KurdInnen im Norden Syriens gemeinsam mit sämtlichen dort lebenden Bevölkerungs- und Religionsgruppen in demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen (TEV-DEM) basisdemokratisch organisiert haben. Sie betonte, dass die multiethnischen und multireligiösen Selbstverwaltungsstrukturen, die dort aufgebaut werden, ein Modell für ein an friedlichen und humanistischen Maßstäben orientiertes Zusammenleben aller Menschen im Mittleren Osten sein können. »Dort leben verschiedene ethnische Gruppen wie KurdInnen, AraberInnen, ArmenierInnen und TschetschenInnen und Religionsgruppen und Glaubensgemeinschaften wie ÊzîdInnen, AlawitInnen, assyrische und chaldäische ChristInnen sowie sunnitische und schiitische Moslems. Es ist wichtig, dass sich die Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft und des täglichen Lebens beteiligen.« In Kobanê habe sich gezeigt, dass die YPG/YPJ in Zusammenarbeit mit internationalen Kräften in der Lage sind, den IS zurückzudrängen. Rojava leide weiterhin unter einem Embargo der umliegenden Staaten, auch seitens der Barzanî-Regierung im Nordirak. Es sei unverständlich oder strategisch bedingt, dass auch aus Europa selbst kaum humanitäre Hilfe komme. Am gravierendsten sei allerdings die Politik der AKP, die den IS auch weiterhin unterstütze und alles Erdenkliche tue, um die Selbstverwaltung in Rojava zu zerstören. »Eine Gesellschaft kann nur so weit frei sein, wie die Frauen in ihr frei leben können«, betonte Mohamad.

Der Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) Dr. Rainer Hermann bestätigte, dass die KurdInnen in Rojava ein Garant für die Demokratisierung der Region und die schrittweise Gleichberechtigung der Frauen seien. In Bezug auf die Politik der Regierung Erdoğan sagte er: »Gegen den Islamischen Staat kämpft die Türkei nur zum Schein. Das wahre Ziel ihrer Angriffe ist die ihr verhasste PKK. Doch das ist selbstzerstörerisch.« Washington und Ankara hätten sich nach zehn Monaten Verhandlungen geeinigt, den US-amerikanischen Kampfflugzeugen die Luftwaffenbasis Incirlik zu öffnen: »Washington versprach sich davon ein neues Momentum im Kampf gegen den IS; Ankara hat aber ganz andere Ziele gehabt.« Erdoğans Kalkül, durch eine Operation gegen die PKK am 1. November gestärkt in die »Wiederholungswahl« zu gehen und für die AKP ein besseres Ergebnis zu erzielen, gehe aber bislang nicht auf. Er spiele mit dem Feuer. Die Gesellschaft in Rojava beschreite dagegen einen Weg, der zum Vorbild für die Region werden könne, so auch der Journalist.

Der österreichische Diplomat und ehemalige Leiter der österreichischen Mission bei der NATO Dr. Karl Schrameck befasste sich mit der Situation im Nordirak und sagte, dass ihn die jüngsten Entwicklungen mit Sorgen erfüllten. Die abgesagte Präsidentschaftswahl im August, die verschlechterte Sicherheitslage wegen des Erstarkens des IS im Nordirak, die verstärkte Einflussnahme der Türkei und das Auseinanderleben von PDK und YNK seien Gründe dafür. In den letzten Monaten habe die Regionalregierung der PDK Barzanîs die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht mehr bezahlt. Die lediglich auf Handel orientierte Wirtschaft der Region sei durch die Aggression des IS und eigene Defizite im nachhaltigen Wirtschaften geschwächt. Das führe zu zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfungen. »Der Friedensprozess mit Öcalan wurde mit dem vollen Einverständnis des Westens, besonders der USA verkauft«, sagte der Diplomat.

> »Der Friedensprozess mit Öcalan wurde mit dem vollen Einverständnis des Westens, besonders der USA verkauft«

Dr. Dlawer Ala'Aldeen, Präsident des Middle East Research Institute in Hewlêr, vertiefte die Skizze: »Uns KurdInnen wird immer wieder aufgezwungen, im Rahmen der durch den Vertrag von Lausanne gezogenen Grenzen ohne eigene Rechte zu leben. Die KurdInnen sind zum Element der Stabilität geworden, so wie Nilüfer Koç es in ihrer Rede betont hatte. Es ist nicht leicht, eine Gesellschaft, die über Hunderte von Jahren unterdrückt war, plötzlich demokratisch zu gestalten.« Er beschrieb die Entwicklung des Irak und der unterschiedlichen kurdischen Akteure von 1900 bis heute und versuchte Vorurteile zu benennen, die es zu überwinden gelte. »Wenn man fragt, warum die PKK als eine terroristische Organisation bezeichnet wird, kommt man zu dem Schluss, dass die Einschätzungen der Türkei kritiklos übernommen werden.« Dass PDK wie YNK ebenfalls eine gute Beziehung zum Iran haben, werde ebenfalls ausgeblendet. Europa solle ein globaler Akteur mit einer gemeinsamen Politik im Mittleren Osten werden. Dieser Verantwortung werde die EU nicht gerecht, da sie überhaupt keine Politik entwickle. Die Bundesregierung sei mit der Politik der AKP-Regierung und deren Eskalation des Konflikts nicht glücklich. Für eine langfristige Lösung werde jedoch nichts getan.

Dr. Hişyar Özsoy, Abgeordneter der HDP in der türkischen Nationalversammlung, beschrieb die Situation in der Türkei und die destruktive Politik der AKP. Er ordnete die Politik Erdoğans als aus einer Position der Schwäche heraus entstanden ein. Bei der Machtübernahme der AKP Anfang der 2000er Jahre sei die Partei von vielen regionalen und internationalen Kräften unterstützt worden, da sie Hoffnungen in den von ihr propagierten liberalen Islam setzten. Mit zunehmender Regierungszeit sei jedoch immer deutlicher geworden, dass die

AKP die Säkularität beseitigen und Erdoğan eine Art Alleinherrschaft installieren will.

Die neoosmanische Außenpolitik Erdoğans, die unter dem Label »zero conflicts« mit den Nachbarstaaten verschleiert durchgeführt wurde, habe sich mittlerweile zum Desaster entwickelt. Die türkische Regierung sei zunehmend isoliert. »R.T. Erdoğan hat den Friedensprozess aufgekündigt, um einen letzten Versuch zu unternehmen, durch die Destabilisierung des Landes die AKP-Mehrheit zu sichern und die HDP aus dem Parlament zu drängen. Je aggressiver die Regierung dabei agiert und je intensiver sie die Menschenrechte verletzt, umso eher wird das scheitern«, so der Abgeordnete. »In den letzten Monaten wurden mehr als tausend FunktionärInnen und Mitglieder der HDP, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, Frauenaktivistinnen und Jugendliche inhaftiert und mehr als fünfzig ZivilistInnen von ›Sicherheitskräften‹ erschossen.« In Cizîr (Cizre), Farqîn (Silvan) und Amed-Sûr (Diyarbakır-Sur) herrsche der Ausnahmezustand. Dass seitens der EU, die Zeiten der Aufklärung und Demokratisierung durchlaufen habe, dazu weitgehend geschwiegen werde, sei nicht richtig. »Wir sind sicher, dass die kurdische Bevölkerung und die HDP auch diese Krise überwinden werden. Aber bis zu einer Demokratisierung der Türkei ist noch ein weiter Weg.«

Nigar Göksel von der »International Crisis Group« bestätigte die Skizze Özsoys und ergänzte sie um die Zahlen der Menschenrechtsverletzungen, die die Menschenrechtsorganisation IHD erhoben hat. Eine kritische Berichterstattung würde zunehmend durch Festnahmen unterbunden, die Gleichberechtigung der Frauen immer weiter ausgehebelt. Göksal beschrieb, wie die HDP für viele Menschen in der Türkei die einzige demokratische Hoffnung sei. Die Einbeziehung sämtlicher Religions- und ethnischen Gruppen sowie der politischen Linken in die HDP sei eine Chance für das Land. Auch sie kritisierte, dass die AKP mit allen Mitteln, auch durch die Unterstützung des IS, die Selbstverwaltung in Rojava destabilisieren wolle und zunehmend die Zivilbevölkerung attackiere. Dass die AKP insbesondere immer mehr radikale Gruppierungen unterstütze und aufbaue, die auch HDP-Büros und -Mitglieder angreifen, sei mehr als bedenklich und würde die türkische Gesellschaft in den Abgrund führen.



Dr. Rainer Hermann (links) und Sinam Mohamad (rechts) Foto: KR

Dr. Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stellte sich die Frage, warum es keine prokurdische Deutschland-Politik gebe. Nach dem Wahlkampf und dem Wahlerfolg der HDP hätten sich Abdullah Öcalan, HDP und PKK zum ersten Mal als legitime Vertreter der nationalen Interessen Kurdistans etabliert. Als Resultat dieser demokratischen Bemühungen seien die KurdInnen in Syrien bewaffnet worden – und das PKK-Verbot habe zur Debatte gestanden. Die SWP setze sich weiterhin für den Dialog ein, auch in der Koordination der strukturellen Interessen in der BRD. Seufert kritisierte die Eskalationspolitik der Regierung Erdoğan und deren Menschenrechtsverletzungen. Ähnlich wie zuvor Dr. Michael Werz kritisierte er auch, dass die PKK als Reaktion darauf den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen habe und Anschläge auf Polizisten und Militärs durchführe. Obwohl die Öffentlichkeit positiv gestimmt gewesen sei, handle die PKK damit ihren eigenen Interessen und denen der Selbstverwaltung in Rojava zuwider.

Insgesamt habe der Einfluss der EU auf die Türkei abgenommen, da diese keinen EU-Beitritt mehr anstrebe. Die EU habe keine Türkeipolitik, also auch keine KurdInnenpolitik, und Deutschland werde von der Türkei mit der Flüchtlingskarte erpresst. »Die Entwicklungen in der Region sind rasant. Die KurdInnen werden zunehmend als souverän angesehen und insbesondere die PYD findet zunehmend Anerkennung. Darauf muss auch die deutsche Politik reagieren«, so Seufert.

Die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, Ulla Jelpke, kritisierte, dass die Bundesregierungen seit Jahrzehnten keine eigenständige KurdInnenpolitik entwickelten und sich stattdessen über die Interessen des »Waffenbruders« Türkei definierten. Deshalb würden die kurdischen Akteure in gute (PDK und YNK) und böse (PKK) KurdInnen eingeteilt. Seit Şengal und Kobanê habe sich die Wahrnehmung geändert. Sie beschrieb die Geschichte des PKK-Verbots, die Kriminalisierung sämtlicher politisch aktiven KurdInnen, den Mord an dem Jugendlichen Halim Dener in Hannover und die PKK-Prozesse in den 1990er Jahren, die ihr Äquivalent in den heutigen § 129 b-Verfahren fänden.

In der Bundesrepublik Deutschland werde die PKK seit 2010 als sog. »internationale terroristische Vereinigung« nach § 129 b Strafgesetzbuch (StGB) verfolgt. Zahlreiche angebliche PKK-AktivistInnen wurden und werden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. »Dabei geht es, im Gegensatz zu früheren Verfahren gegen die PKK gemäß den §§ 129 a oder 129 StGB, nicht mehr darum, ob die PKK oder die beschuldigten AktivistInnen in Deutschland Straftaten begehen. Die entscheidende Voraussetzung für eine etwaige Verfolgung und Strafbarkeit ist die Frage, ob die PKK in der Türkei bzw. überall dort, wo sie bewaffnet kämpft, eine terroristische Vereinigung ist oder ob sie legitimen Widerstand gegen systematisches Unrecht leistet, das auch immer wieder das Ausmaß eines physischen und kulturellen Genozids angenommen hat«, so Jelpke.

Da die Ermächtigung zur Verfolgung gemäß § 129 b vom Justizministerium erteilt wird, sei die Gewaltenteilung ausgehebelt. Das sei verfassungswidrig. »Das PKK-Verbot muss endlich aufgehoben werden«, so Jelpke. »Es darf nicht sein, dass wegen der Loyalität zur Türkei kein Druck gegen die aggressive Politik Erdoğans und wegen der Aufkündigung des Friedensprozesses gemacht wird.« Auf parlamentarische Anfragen der Partei DIE LINKE zur Unterstützung des IS durch die Türkei sei die Zusammenarbeit bestätigt worden, die Abgeordneten seien jedoch dazu aufgefordert worden, die Informationen geheim zu halten, da sie vertraulich seien. In Anbetracht des Wissens um eine derartige Zusammenarbeit nicht offensiver dagegen vorzugehen, sei zynisch.

Anschuldigungen eines Teilnehmers, dass die PKK in organisierte Kriminalität verwickelt sei, wiesen Dr. Günter Seufert, Ulla Jelpke und eine Juristin zurück. Sie skizzierten, dass dies in keinem Fall bestätigt worden sei und derartig propagandistische Anschuldigungen in heutigen Prozessen gemäß § 129 b keine Rolle mehr spielten. »Sämtliche politischen Gefangenen KurdInnen müssen sofort frei gelassen, das Embargo gegen Rojava muss aufgehoben und auch die PKK als Dialogpartner anerkannt werden«, erklärte Ulla Jelpke abschließend.

Im Foyer wurde in den Pausen intensiv diskutiert. Eine Teilnehmerin sagte im Gespräch zur Frage, die Dr. Günter Seufert auf dem Podium aufgeworfen hatte, warum die PKK erneut bewaffnete Aktionen durchführt. »Die türkische Regierung begeht systematisch Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Täglich werden völkerrechtswidrig vermeintliche Stellungen der PKK bombardiert. Im letzten Monat wurden mehr als fünfzig ZivilistInnen von Polizei und Militär, oft von Scharfschützen, gezielt ermordet. Mehrere Städte sind belagert. Die Leidensfähigkeit der KurdInnen wird insbesondere auf die Probe gestellt, weil die internationalen Kräfte nichts gegen die menschenfeindliche Politik der AKP tun. Da die PKK keine andere Wahl hat und noch immer nicht von der EU zum Dialog geladen wird, muss sie mit den ihr möglichen Mitteln agieren. Die PKK hat mehrfach betont, dass sie grundsätzlich für Frieden, Demokratie und ein respektvolles Zusammenleben steht und zum Waffenstillstand zurückkehrt, sobald die türkische Regierung ihre Aggression beendet. Sie hat aber auch die Aufgabe, die kurdische Bevölkerung zu schützen. Die Logik der Analyse sollte sich ändern – die richtige Frage wäre: Warum können R.T. Erdoğan und die AKP systematisch zu Mitteln des Staatsterrorismus greifen, ohne dafür sanktioniert und international isoliert zu werden?« ♦

Bericht über die jüngsten Waldbrände in Nordkurdistan (Südosttürkei)

Verfasst durch eine internationale Delegation – organisiert durch die Mesopotamische Ökologiebewegung (10./11.09.2015)

1. Vorstellung

2. Vegetationsinformationen

3. Beobachtungen

3.1 Tag 1 – Pîran (Lice) in Amed (Diyarbakır) (10.09.2015)

3.2 Tag 2 – Nisêbîn (Nusaybin) in Merdîn (Mardin) (11.09.2015)

4. Überblick über das Ausmaß der Waldbrände

5. Annahmen aufgrund der Untersuchungen

6. Fazit

Anhang: Liste der Waldbrände zwischen Juli und September 2015 *[s. Online-Ausgabe des KR 182]*

1. Vorstellung der mesopotamischen Ökologiedelegation

Am 10. und 11.09.2015 kam auf Anfrage der Mesopotamischen Ökologiebewegung in Nordkurdistan, der südöstlichen Region der Türkei, eine internationale Ökologiedelegation zusammen, um die jüngsten seit Juli 2015 aufgetretenen Waldbrände in der Region zu untersuchen. Obgleich es nur wenige Wochen zuvor bereits eine türkisch-kurdische Delegation gegeben hatte, entschied die Bewegung, dass die Bewertung einer internationalen Delegation einer breiteren Öffentlichkeit eine objektivere Perspektive darlegen könnte. Während sich die Delegation im August drei Tage genommen hatte, um sich einen Überblick über fast alle betroffenen Gebiete Nordkurdistans zu verschaffen, war es das Ziel der jetzigen Delegation, zwei Fälle im Detail zu untersuchen. Folglich kann dieser Report als zusätzliche Dokumentation oder eine Erweiterung des früheren und umfassenderen Berichts gesehen werden, mit der Intention, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Auswirkung der Waldbrände dort zu lenken.

Dies ist jetzt wichtiger denn je, da im Kontext des politischen Konflikts in Nordkurdistan das Thema unserer Waldbrände bisher kaum internationale Beachtung gefunden hat. Dieser Bericht wird die Waldbrände und ihre ökologischen und sozialen Konsequenzen für den schrecklichen Fall ihres erneuten Auftretens hoffentlich stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken.

Die Delegation bestand aus sieben Aktivist_innen aus verschiedenen Ländern Europas. Zwei der Aktivist_innen kamen aus Norwegen, drei aus Deutschland und zwei aus Wales in Großbritannien. Sie folgten der Einladung der Ökologiebewegung, die über verschiedene internationale Kanäle gestreut worden war. Die Teilnehmer_innen wurden ohne verborgene finanzielle Motive angeworben.

Am ersten Tag versammelte sich die Gruppe für einen kurzen Überblick über die lokale Vegetation und Forstwirtschaft der Region in der Stadtverwaltung von Amed (Diyarbakır), bevor es zu einem Dorf im Landkreis Pîran (Lice) weiterging. In Pîran verbrachte die Delegation ungefähr vier Stunden zur Untersuchung der verschiedenen Aspekte der Waldbrände und der dadurch angerichteten Verwüstungen. Außerdem befragte sie mehrere Anwohner_innen, um ihre Informationen zu überprüfen und etwas über die menschlichen Kosten der Feuer zu erfahren.

Am zweiten Tag fuhr die Gruppe zu einem assyrischen Dorf nahe Nisêbîn (Nusaybin) und verbrachte dort ungefähr vier Stunden, um mit den Dorfbewohner_innen zu sprechen und die betroffenen Gebiete zu untersuchen. Nach ihrer Rückkehr am selben Abend diskutierte und verglich die Delegation ihre Ergebnisse und bereitete eine Presseerklärung für die Medien

für den 14.09.2015 vor. Die Grundlage für diesen Bericht bilden die Aufzeichnungen der Delegierten von ihren Interviews und Untersuchungen.

2. Informationen über die Vegetation

Am Morgen des 10. September sprach Selçuk Ertekin, Botanik-Professor an der Dicle-(Tigris-)Universität in Amed (Diyarbakır), zu den Delegationsteilnehmer_innen über die Auswirkungen von Waldbränden in der Region. Er ist Mitglied des Ökologierats von Amed, dieser ist Teil der Mesopotamischen Ökologiebewegung in Nordkurdistan. Sein Hauptinteresse gilt der Vielfalt der Tierwelt Ostanatoliens (Nordkurdistans). Diese Region verfügt über eine reichhaltige natürliche Tier- und Pflanzenwelt, von Panthern und Hyänen bis zu Kleinsäugetieren und von Frühformen domestizierter Gerste bis zu Kichererbsen.

Im Norden der Region sind die Eichenwälder voller Biotope, die von den beiden Eichenunterarten *quercus infectoria* und *quercus baranti* abhängen – etwa 300 einheimische Arten insgesamt. Während 150 einheimische Arten üblicherweise ausreichen, eine Region als ökologischen »Hotspot« zu beschreiben, kommen auch noch zahlreiche Ökosysteme der Flüsse und Berge hinzu sowie seltene indigene lokale Spezies, die diese ökologisch vielfältige Region zu einem wertvollen Erbe unseres Planeten machen.

Im Süden der Region bietet die Steppe eine weniger reiche Vielfalt, aber das östliche Taurusgebirge, annähernd 3 500 Meter hoch mit Eichenwäldern bis zu einer Höhe von 1 700 Metern, bietet Lebensraum für viele Tiere. Die zwei im Kurdischen als *mazi* (infectoria) und *bera* (baranti) bekannten Eichenarten sind hier zusammen zu finden, wobei Letztere häufiger vorkommt.

In den meisten Gebieten ist es nicht möglich gewesen, irgendwelche Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Ausweitung der Agrarkultur in den 1960er und 1970er Jahren hat zu einem Rückgang der Wälder geführt, bis dahin war etwa der Berg Qerejdax (Karacadağ) baumbedeckt gewesen. Darüber hinaus hatten neue Ausbeutungstechniken, besonders in Form von Staudämmen und -seen und Bergbau, erhebliche Auswirkungen auf die Lebensräume.

In diesem Kontext richteten die Brände um das Jahr 1994 herum, und später, im Juli und August 2015, Zerstörungen an.

Wenn die Eichen in Brand geraten, ist die Dynamik des Waldes stark beeinträchtigt. Alte wie junge Bäume werden gleichermaßen vernichtet und somit auch der natürliche Kreislauf des Waldes. Jungvögel, Reptilien, Kleinsäuger und viele andere Tiere werden getötet und die Ökosysteme in der oberen Erdschicht sind verloren. Die verbrannte Erde kann nicht länger Wasser speichern, was Erosion verursacht, und lokale klimatische Veränderung führt zur Versteppung.

Wiederbepflanzung ist vielleicht möglich, aber die reiche Vielfalt kann nicht wieder hergestellt werden. Wenn das Ökosystem der Eichen auf kleiner Fläche beschädigt ist, kann es sich relativ schnell erholen, großflächige Zerstörung jedoch erschöpft die Vielfalt auf Dauer. Allein für das Abholzen von 200 Bäumen benötigt das umgebende Ökosystem rund zwanzig Jahre zur Erholung.

Nach den Bränden in den 1990er Jahren regenerierten sich einige Bereiche, aber die große Befürchtung ist, dass es kein zweites Mal zu einer Regeneration kommen kann. Wir wissen nicht, ob die Feuer an denselben oder anderen Stellen ausgebrochen sind. Dieses Jahr kam es vielsagend in der Nähe der Militärstationen zu Bränden und wir haben äußerst wenig Informationen.

3. Beobachtungen

3.1 Tag 1 – Pîran (Lice) in der Provinz Amed (Diyarbakır)

Nach dem Instruktionsgespräch reiste die Gruppe ca. sechzig Kilometer Richtung Nordosten nach Huseynig (Arıklı) im Landkreis Pîran, ein durch Brände verwüstetes Dorf, die kurz nach einer Explosion am 26. Juli, bei der zwei Soldaten getötet worden waren, auftraten. Trotz einiger weniger Setzlinge, den Wurzeln der Rebstöcke entsprungen, waren alle Eichen in der Umgebung schwarz und leblos.

Angeblich brach das Feuer bei einer lokalen Sehenswürdigkeit aus, die bekannt ist für ihre antike persische Inschrift. Von dort erstreckt sich die verbrannte Erde über eine Distanz von bis zu acht Kilometern über kleine Vertiefungen und Hügel, wo das Feuer um die dort gelegenen verstreuten Gehöfte der sieben Dörfer herum gelodert hatte.

Dorfbewohner_innen beschrieben, wie für mehrere Stunden Helikopter mit einem weißen Pulver gefüllte Raketen systematisch auf das etwa vier bis fünf Kilometer von Huseynig entfernte Gebiet gefeuert hatten. Aufgrund des Umstands, dass alle paar hundert Meter getroffen wurde, gingen die Stellen folglich in Flammen auf. Windböen trugen die Flammen stellenweise mehrere Kilometer weiter. Wir waren insbesondere erstaunt zu hören, dass die Feuerwehr von Pîran vom Militär an der Hilfe gehindert worden war, als sie am zweiten Tag ankam.

Ein Dorfbewohner schilderte, wie die lokale Bevölkerung drei Tage lang das Feuer bekämpft hatte, bis es letztlich unter Kontrolle war. Es schwelte für weitere drei Tage. Die starken Regenfälle dieses Jahres hatten das Gras hoch wachsen lassen, was das Feuer zusätzlich verschärfte. Die Bevölkerung war nach ihrer Flucht vor dem militärischen Inbrandsetzen des Gebiets 1994 vor nur einem Jahrzehnt zurückgekehrt, so dass ihre Weingärten und Obstbäume erst vor kurzem wiederhergestellt worden sind.

Die einfachen einstöckigen Lehm- und Steinhäuser dieser Siedlung waren vollständig zerstört, während andere Dorfbewohner_innen ferner die Hälfte ihres Landes verloren. Ungefähr dreißig sechs-, siebenköpfige Familien leben in den wenigen Gehöften (typischerweise drei Balkenräume enthaltend) in jeder Siedlung, von denen jede mehrere hundert bis tausend Tiere besitzt. Insgesamt müssen 2 000 bis 3 000 Menschen und etwa 15 000 bis 20 000 Tiere direkt betroffen gewesen sein. Eine wachsende Anzahl dieser Betroffenen haben begonnen, die Dörfer zu verlassen.

Eine Familie, die wir trafen, hatte ihr Heim verloren und in Amed Zuflucht gesucht. Als sie versuchten, vom Untergouverneur von Pîran (ein türkisches Amt) Entschädigung zu beantragen, wurde ihr Anliegen nicht ernst genommen und sie erhielten keine Gelegenheit, ihre Sorgen bei einem entsprechenden Treffen zu äußern. Weil das Viehfutter zusammen mit der gesamten Ernte dezimiert war, waren viele der Menschen gezwungen, ihren Viehbestand zu verkaufen. Weil sie von Subsistenzwirtschaft leben, wurden viele Produkte des täglichen Bedarfs selbst angebaut und zuhause verarbeitet, durch die Plackerei auf ihren Feldern. »Während das Militär in den 90ern eine Strategie fuhr, Dörfer auszulöschen, legen sie nun ein Feuer, um die Ernte zerstören und die Fähigkeit, unsere Tiere zu füttern«, wurde uns gesagt.

Vor den Bränden verkauften die Dorfbewohner_innen einen selbst gemachten Traubensaft auf dem Markt. Weil der Wein sieben Jahre bis zur Reife wachsen muss, ist ihre Existenz vollkommen untergraben, und etlichen wird eine Rückkehr unmöglich scheinen.

Die Menschen, mit denen wir sprachen, waren vor allem über die mediale Resonanz auf die Ereignisse erbost. Das türkische Militär, seit Atatürk traditionell rechtsgerichtet und nationalistisch – nun AKP-geführt – hat Mitarbeiter_innen in den Mainstream-Medien. Die AKP-nahen Medien behaupteten, das Feuer sei durch den Terrorismus verursacht worden. Das durch die Brände geschaffene soziale und ökologische Desaster indes hat einzig den Unschuldigen geschadet und war nicht in den Medien präsent.

Die Einheimischen fühlen sich kontinuierlich und systematisch wie Tiere behandelt und entmenschlicht. Unsere ältere Begleiterin stand unter einem Feigenbaum in ihrem lehmgebrannten Hof und rief: »Sie töten unsere Leute, aber sie dürfen nicht unsere Erde vernichten ...« Ihre Töchter und Enkelkinder saßen ringsum und applaudierten.

3.2 Tag 2 – Nisêbîn (Nusaybin) in der Provinz Merdîn (Mardin)

Der zweite Ort, den wir besuchten, war das assyrische Dorf Dağiçi nahe Nisêbîn in der Provinz Merdîn. Es war unzugänglicher als das von uns besuchte Dorf in Pîran (Lice) und bestand aus 26 Haushalten. In derselben Gegend gibt es zwölf weitere assyrische Siedlungen. Ursprünglich hatte das Dorf aus sechzig Haushalten bestanden, aber aufgrund staatlicher Gewalt in den 1980ern waren sie gezwungen zu fliehen. Nach ihrer Flucht versuchten kurdische Dorfbewohner_innen in der Funktion einer Miliz für die türkische Regierung, das Land zu besiedeln, aber kurz darauf vertrieben PKK-Guerillas sie Ende der 80er. Zwischen 1992 und 1994 wurde das Dorf von der türkischen Armee als Militärbasis genutzt. Weil sie sich mit ihrem Land tief verbunden fühlten, kehrten 2002 26 der 60 Familien wieder in das Dorf zurück, als sich die politische Situation nach dem intensiven Bürgerkrieg der 1990er verbesserte.

Das Feuer, das das Dorf Dağiçi schwer traf, war etwa einen Monat zuvor – Mitte August – in der Nähe des Flusses Ava Spî (Beyaz Su) nach Zusammenstößen zwischen kurdischen PKK-Guerillas und der türkischen Armee ausgebrochen. Zwei Fahrzeuge wurden bei den Auseinandersetzungen verbrannt. Nach den Gefechten legte die türkische Armee wie verlautet in der weiteren Umgebung gleichzeitig an sieben verschiedenen Stellen Feuer. Wegen starkem Wind und relativ hohem Grasstand in der Gegend breitete sich das Feuer schnell aus.

Nach unseren vorläufigen Beobachtungen und in Übereinstimmung mit den Auskünften der Dorfbewohner_innen erstreckte sich das Feuer über einen Bereich von etwa sechs Kilometern, vom Fluss Ava Spî bis zum Dorf Dağiçi. Das betroffene Gebiet entsprach etwa zwanzig Hektar Land und bestand hauptsächlich aus Obst- und Gemüsegärten. Wir beobachteten verbrannte Traubenbäume, Granatapfelbäume, Feigenbäume und verbrannte Erde, aus der hier und da Unkraut spross. Es konnte festgestellt werden, dass die Mehrzahl der Obst- und Gemüsegärten des Dorfes in Brand gesetzt worden waren und dass die Fauna in diesem Gebiet stark betroffen ist. Die Einwohner_innen beklagten zum Beispiel das Verschwinden einer reichen Schlangenvielfalt nach dem Feuer.

Der Ernteverlust und die Zerstörung von seit Generationen bebauten Feldern ziehen offensichtlich gravierende finanziel-

le und soziale Folgen für die betroffenen Familien nach sich. Es kann Jahre dauern, bevor das Land und die Bäume wieder Früchte tragen können.

Die Dorfbewohner_innen informierten uns auch darüber, dass einige der Häuser im Dorf beschädigt worden waren. Die betroffenen Häuser waren hauptsächlich alte Domizile. Ein Gemüsegarten war vom Feuer unbehelligt geblieben. Dieser war der Einzige der von uns untersuchten, der von einer Steinmauer eingefasst war.

Nach Angaben der Dorfbewohner_innen organisierten mehrere hundert Personen aus den Volksräten Nisêbîns eine Delegation, um zu versuchen das Feuer einzudämmen, aber sie konnten die Zerstörung des Dorfes Dağiçi nicht aufhalten.

4. Überblick über die Gesamtauswirkungen von Waldbränden

Mitte August 2015 hatten rund zwei Dutzend kurdische und türkische Ökologieaktivist_innen drei Delegationen in Nordkurdistan gebildet, um die vermutlich von der türkischen Armee verursachten Waldbrände zu beobachten und zu untersuchen. Auch einige Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) nahmen daran teil.

Im Vorfeld hatte die Mesopotamische Ökologiebewegung (MEH) ihre Zweige und Gruppen in der Türkei angesprochen. Die drei von den Delegationen untersuchten Regionen waren:

1) Amed – Pîran (Lice) und Pasûr (Kulp) in der Provinz Amed (Diyarbakır); Bidlîs (Bitlis)

2) Dêrsim – Dêrsim (Tunceli); Xorxol (Yayladere)/Provinz Çewlik (Bingöl)

3) Botan – Silopi/Provinz Şirnex (Şırnak) (Berg Cudi); Dih (Eruh)/Provinz Sêrt (Siirt); Nisêbîn (Nusaybin)/Provinz Mêrdîn (Mardin)

Basierend auf den Ergebnissen dieser Delegationen *[siehe auch Liste in der Online-Ausgabe]* kann angenommen werden, dass in Nordkurdistan im Sommer 2015 mindestens 10 000 Hektar Wald niedergebrannt und in Brand gesteckt wurden.

Der Bericht kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

– Alle Waldbrände wurden von Soldaten der türkischen Armee oder kollaborierenden Milizen verursacht.

– Die Wälder wurden durch Artillerie, Helikopter oder Raketenfeuer in Brand gesetzt. Feuer wurde meist in Wäldern rund um Militärstationen gelegt und breitete sich auf entferntere Gebiete aus.

– Dörfer und Häuser wurden daher wahllos abgebrannt oder beschädigt. Die Feuer haben die Lebensgrundlage vieler Dorfbewohner_innen zerstört: Obst- und Gemüsegärten, Felder und Scheunen mit geernteten Lebensmitteln und Viehfutter für den kommenden Winter.

– Die Waldbrände wurden meist von Dorfbewohner_innen, Freiwilligen und Gemeindebediensteten gelöscht. In nur sehr wenigen Fällen wurden Mitarbeiter_innen staatlicher öffentlicher Einrichtungen (wie der Walddirektion) entsandt, um zu helfen.

– Die Delegationen bewerteten diese Tätigkeiten als einen ungeheuerlichen Rechtsbruch. Der Brief der türkischen Regierung an die Walddirektionen, bei Waldbränden nicht einzuschreiten (im Gefahrenfalle), erscheint absichtlich entworfen, um deren Angestellte von der Rettung der Dorfbewohner_innen abzuhalten. Ein weiteres Hindernis, um die Feuer zu löschen, war die Tatsache, dass einige der betroffenen Gebiete vermint sind. Das hat die Bemühungen eingeschränkt, das Feuer zu beenden, da es zu gefährlich ist, sich dort aufzuhalten. Es gibt keine Aufzeichnungen über vermintes Land.

– In einigen Fällen haben Walddirektionen – der Zentralregierung unterstehend – die verbrannten Gebiete untersucht. Aber das Zahlenmaterial über die vom Feuer betroffenen Areale war zu dürftig und somit fehlerhaft. Daraus resultiert, dass die betroffenen Dorfbewohner_innen keine angemessene Entschädigung beantragen können.

– Als ein Fazit bezeichnet die Delegation die Waldbrände als eine indirektere Methode, um den Druck auf die Dorfbewohner_innen zum Verlassen ihrer Dörfer zu verstärken. In einigen Fällen wiesen Soldaten die Dorfbewohner_innen sogar an, ihre Heimat zu verlassen. In allen Fällen betonten die Dorfbewohner_innen ihre Zuversicht, ihr Land nicht zu verlassen. Daraus ergibt sich, dass die Waldbrände eine Bedrohung des Lebensrechts für Mensch und Tier sind. Indem viele Tiere starben, wurde die Waldfauna zerstört.

Die vorherigen Delegationen schlussfolgerten, dass die Waldbrände in Übereinstimmung mit anderen forcierten militärischen Taktiken des türkischen Staates in Kurdistan herbeigeführt worden waren. Die Delegation führte an, dass sie speziell auf die lokale Bevölkerung abzielten.

5. Annahmen aufgrund der Untersuchungen

Nach der Untersuchung eines eventuell kleinen Teils der Waldbrandgebiete in Nordkurdistan können wir eine katastrophale Verwüstung bezeugen: Absterbende Bäume, verbrannte Erde und eine nicht existente Tierwelt geben eine Ahnung davon, mit welchem Grad der Umweltzerstörung die Region konfrontiert ist. Während einige der neuerlich verbrannten Zonen bereits während der heftigen Kriegsaktivitäten in den 1990ern zerstört worden waren, sind manche Vegetationsarten möglicherweise kein zweites Mal erholungsfähig und somit irreparabel geschädigt. Wir betonen, dass die Waldbrände 2015 keine unbedeutenden Einzelfälle waren, sondern die verbrannte Gesamtfläche die bisher größte in Relation zur Dauer der Angriffe war. Dieses große Ausmaß ökologischer Zerstörung hat unsere Besorgnis über den Erhalt der Ökosysteme in der Region vertieft. Außerdem können sich in näherer oder ferner Zukunft jetzt noch nicht absehbare überregionale Umwelteffekte ergeben.

Die Umweltzerstörung kann nicht von ihren Auswirkungen auf die Menschen getrennt werden. Weil die verbrannten Gebiete von einer Bevölkerung genutzt werden, die wesentlich von ihrer eigenen landwirtschaftlichen Tätigkeit abhängig ist, führten die Brände zu wirtschaftlichen Verlusten, da die Leute ihre Obst- und Gemüseernte ebenso wie ihr Viehfutter verloren haben. In manchen Fällen waren sogar die Häuser völlig zerstört, so dass die Bewohner_innen nach einer anderen Zuflucht suchen mussten. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass die Ereignisse einen negativen psychologischen Einfluss auf die Menschen haben: Einige von ihnen waren in den 1990ern vor dem Krieg nach Europa geflohen. Nachdem sie ihre alten Dörfer wieder besiedelt hatten, sahen sie sich nun mit einer neuen Katastrophe konfrontiert, die sie an frühere Ängste erinnerte. Auch der Verlust von Gegenständen mit persönlicher Bedeutung – wie alter Traubenbäume – kann bei Individuen Ängste und Wut auslösen.

Die lokale Umweltbewegung scheint hinsichtlich der Waldbrände sehr aufmerksam zu sein. Wir erkennen jedoch einen Mangel an nationalem und internationalem Bewusstsein für dieses Thema. Ehemalige Ökolog_innen und andere politische Akteur_innen – insbesondere große internationale NGOs – scheinen nicht über den Umfang der Zerstörung informiert zu sein, hier fehlen Stellungnahmen und Reaktionen zu den Umweltfolgen der Brände.

Schließlich haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Brände mit den aktuell anhaltenden Zusammenstößen zwischen den Kräften des türkischen Staates und den Kämpfer_innen der Arbeiter_innenpartei Kurdistan (PKK) zusammenhängen. Als auswärtige Beobachter_innen sind wir dennoch bestürzt über das berichtete Vorgehen der türkischen Armee, die anscheinend Leben und Eigentum gewöhnlicher Dorfbewohner_innen angreift. Wir empfehlen, den Einschätzungen der vorangegangenen Delegation zu folgen, die aus einer größeren Anzahl Beobachter_innen mit umfassenderen Kenntnissen über die verschiedenen Machtinteressen in der Region bestand. Ihren oben beschriebenen Ergebnissen und unseren eigenen Untersuchungen zufolge scheinen offizielle türkische Institutionen an einer Praxis der brennenden Wälder als Drohung gegen die lokale Bevölkerung festzuhalten oder sie zumindest zu erleichtern. Ein wichtiges Detail in dieser Bewertung ist die Behauptung, dass sogar die offiziellen Brandbekämpfungsinstitutionen daran gehindert worden seien zu helfen: Offiziere des Militärs werden beschuldigt, die Feuerwehr auf dem Weg zur Brandstätte aufgehalten zu haben. Wenn dies der Wahrheit entspricht, dann wäre es aus der Perspektive der internationalen Menschenrechte ein sicherlich nicht zu legitimierender Vorgang.

6. Fazit

Wie der Bericht und die Untersuchung anzeigen – wenn diese Aussagen einer genauen Überprüfung standhalten –, stellt der Absichtsaspekt beim Entzünden von Waldbränden und ihren Folgen nicht weniger als eine gravierende Verletzung der Menschenrechte und eine ökologische Katastrophe dar.

Als Delegation empfehlen wir daher dringend eine regierungsamtliche Untersuchung der Ursache und Folgen dieser Brände durch eine Koalition lokaler Offizieller und Personen aus den heimgesuchten Gebieten. Zusätzlich sollten die Provinzgouverneur_innen den betroffenen Haushalten vorbehaltlos finanzielle Entschädigung zur Verfügung stellen, für die ökologische Wiederherstellung erhebliche finanzielle Mittel aufwenden und eine Kommission bilden, um die Praktiken ihrer bewaffneten Kräfte einer genauen Überprüfung zu unterziehen. Während einige dieser Behauptungen einer Überprüfung nicht standhalten mögen – trotz der anfänglichen Beobachtungen, die darauf hinwiesen –, rechtfertigen die Vorwürfe und die Zerstörung allein eine seriöse unvoreingenommene Untersuchung mit der Möglichkeit zu umfassender finanzieller Nachkompensation. Auch wenn sich die Klagen selbst entgegen allen verfügbaren Indizien als falsch erweisen, hat der türkische Staat gemäß internationalem Recht immer noch die Verpflichtung, sich um das Wohlergehen seiner Bürger_innen zu kümmern, was im Moment nicht gewährleistet ist.

Kontakt: mehdiplo@riseup.net ♦

Neue Konzepte für psychotherapeutische Ausbildung in Rojava

Vieles wird sich erst auf dem Weg ergeben

Sabine Zetsche und Meike Nack

Ende September besuchte eine kleine Fach-Delegation auf Einladung der Stiftung der Freien Frau für zwei Wochen Rojava. Ziel der Reise war es, die psychische Situation von Frauen in Rojava kennen und verstehen zu lernen und gemeinsam mit aktiven Frauen vor Ort ein Konzept für eine einjährige psychotherapeutische Ausbildung zu entwickeln.
Das Gesundheitssystem in Rojava ist noch immer weitgehend in staatlicher Hand. Es gibt ein paar wenige private ärztliche Praxen und staatliche Krankenhäuser. Jede Behandlung kostet Geld, ein üblicher Kaiserschnitt nimmt ein ganzes Monatsgehalt in Anspruch. Und es fehlt an Medikamenten, medizinischen Geräten und Ärzt_innen, weshalb viele Leute erst dann ins Krankenhaus gehen, wenn es fast schon zu spät ist.

In Rojava (Nordsyrien) gibt es bisher keine speziellen psychotherapeutischen Angebote, mit denen eine Aufarbeitung von traumatischen Erfahrungen, eine Unterstützung bei psychischen Krankheiten und auch eine Stärkung gegen die nachhaltigen Belastungen durch den Krieg ermöglicht wird, so beginnt die Stiftung der Freien Frau in Rojava (Weqfa Jina Azad a Rojava, WJAR) demnächst die Ausbildung von Frauen für eine nachhaltige therapeutische Arbeit. Ende September ist eine kleine Fach-Delegation zur Stiftung der Freien Frau nach Rojava gefahren, um dort die psychische Situation von Frauen kennenzulernen, psychotherapeutische Arbeit bekannt zu machen und gemeinsam mit der Stiftung und aktiven Frauen vor Ort ein Konzept für eine einjährige psychotherapeutische Ausbildung zu entwickeln. Die Delegation hat sich im Rahmen ihrer zweiwöchigen Reise über die psychische Situation der Menschen in verschiedenen Teilen von Rojava und Şengal (Sindschar) erkundigt. Gesprochen hat sie mit den Frauengruppen, die ihre Ausbildung an verschiedenen Orten vorbereiten, um einen Einblick in die Bedürfnisse der Frauen zu gewinnen, sowie mit Mitarbeiter_innen der Stiftung, die in deren Gesundheitsarbeiten involviert sind.

Im Rahmen der Reise diskutierten die Delegation und die Stiftung vor allem, inwiefern eine psychotherapeutische Arbeit mit Menschen in einem revolutionären Kontext sinnvoll ist, und auch, in welcher Form sie möglich ist. Für das geplante Pilotprojekt ist es den Projektpartner_innen ein Anliegen, eine therapeutische Arbeit zu entwickeln, die sowohl eine individuelle als auch eine kollektive Aufarbeitung von jüngeren und älteren traumatischen Erlebnissen sowie eine Fortsetzung des gesellschaftspolitischen Engagements der jeweiligen Betroffenen für ihre Träume von der Freiheit ermöglicht.

In Syrien wie in Rojava gab es bereits vor dem Krieg kaum psychologische Angebote. Psychische Verletzungen aufgrund der Unterdrückung durch das Assad-Regime und seines propagierten arabischen Nationalismus konnten bisher weder angesprochen noch aufgearbeitet werden. Repression, Gefängnisaufenthalte, Folter, Ermordung von Familienangehörigen, Verleugnung der kurdischen, chaldäischen und armenischen Identitäten sowie die Stellung in der Gesellschaft, einer zweiten Klasse anzugehören, wirken sich noch immer auf die Psyche der Menschen aus und haben auch in manchen Fällen zu psychischen Krankheiten geführt. Aktuell belastet der vierjährige Krieg die Menschen in Rojava, es gibt eine Vielzahl von Gefallenen und Verschwundenen und die vielen Flüchtigen sind versprengt. Ähnliches gilt für die Menschen aus Şengal. Die vergangenen Genozide an den Êzîd_innen in Şengal sind noch immer Schreckenserinnerungen in den Köpfen der Menschen. Hinzugekommen sind die Angriffe des Islamischen Staates (IS) .

Eine holländische Krankenschwester, die sich gleichzeitig im Frauengesundheitszentrum der Stiftung in Serê Kaniyê (Ras al-Ain) engagiert, berichtet aus ihrer Arbeit in den staatlichen Krankenhäusern: Die Zahl der psychosomatischen Erkrankungen unter den Patient_innen im Krankenhaus ist sehr hoch. Auch die anderen Mitarbeiter_innen des Gesundheitszent-

rums verzeichnen psychische Krankheiten wie Depressionen, Angstzustände, Panikattacken und auch Schizophrenie. Viele psychische Krankheiten sind als Folge der jahrzehntelangen unaufgearbeiteten Repressionen des Baath-Regimes entstanden. Zudem ist die bisherige syrische Gesellschaft stark von einem feudalen Patriarchat geprägt gewesen; wie in jeder patriarchalen Gesellschaft litten und leiden Frauen und Mädchen unter sexualisierter und körperlicher Gewalt. Viele Patient_innen, darunter auch zahlreiche Kinder, werden mit Angststörungen, Ohnmachtsanfällen, Panikattacken oder Schmerzen, für die es keine körperliche Ursache gibt, ins Krankenhaus eingeliefert.



Treffen mit Frauen aus Şengal Foto: Delegation

Der Krieg hinterlässt seine Spuren, die schwierige Lebenssituation sorgt die Menschen. Die gesellschaftliche Zusammensetzung hat sich durch Immigration und Emigration verändert, durch das Embargo gibt es kaum Arbeit und die Lebensmittel sind knapp und teuer geworden. Zudem trauern die Menschen: In fast jeder Familie gibt es Gefallene oder Angehörige, die bei den Selbstverteidigungs- oder Sicherheitskräften kämpfen. Viele haben die Angriffe des IS direkt erlebt, eine äußere Bedrohung ist nach wie vor vorhanden.

Im Flüchtlingscamp Newroz in der Nähe der Stadt Dêrik (Al-Malikiya) leben ca. 500 êzîdische Familien (insgesamt über 6000 Flüchtlinge). Im August 2014 hatte der IS Şengal angegriffen, viele Angehörige der Flüchtlinge wurden massakriert. Angehörige fast aller Familien befinden sich noch in den Händen des IS. Viele haben gesehen, wie ihre Angehörigen ermordet, vergewaltigt und verschleppt wurden. Auf der schwierigen und langen Flucht unter brennender Sonne sind viele verdurstet und verhungert. In den Gesprächen mit Frauen und Familien wird deutlich, dass alle Frauen unter diesen traumatischen Erfahrungen und ihren Folgen leiden. Die kulturellen, künstlerischen und musikalischen Aktivitäten im Camp sowie die Bildung über Frauenrechte, Selbstverteidigungskurse, der Unterricht in kurdischer Sprache erleichtern die Situation und unterstützen die Flüchtlinge. Sie sind vom Volks- und dem Frauenrat initiiert worden.

Für die jungen Frauen bieten diese Strukturen ganz neue Möglichkeiten. Sie können die Enge des Hauses und der ihnen zugedachten Rolle als Frau verlassen und neue Perspektiven entwickeln. Dennoch sehen insbesondere die älteren Frauen keine Zukunftsperspektive. Auch hier belasten die anhaltende bedrohliche äußere Situation, die Gedanken an die Angehörigen in Gefangenschaft. Dies macht psychotherapeutische Arbeit schwieriger und gleichzeitig dringlicher. Bei einem Treffen mit einigen Frauen aus dem Camp fragen sie uns immer wieder, wie sie glücklich sein können, wenn ihre Verwandten noch in Gefangenschaft sind. Bereits eine Sekunde ohne Schmerz fühlt sich an wie ein Verrat an den Angehörigen. Es besteht großer Bedarf, über die Erfahrungen und Schmerzen zu reden. Für die Delegation stellt sich die schwierige Frage, wie eine stärkende, solidarische, therapeutische Arbeit für diese Dimension an Ungerechtigkeit und Leid gestaltet werden kann.

Nach dem Ende der zweiwöchigen Reise schreibt eine Teilnehmerin der Delegation: »Wir haben gesehen, wie in einer Gesellschaft Revolution und Krieg ein Nebeneinander aus Stärke und Schmerz hervorrufen, und sind beeindruckt von den vielen Strukturen und Projekten, die in den letzten vier Jahren aufgebaut wurden und die an sich bereits psychotherapeutisch wirken. Unsere Aufgabe ist es nun, in den nächsten Wochen und Monaten in enger Zusammenarbeit mit den Frauen vor Ort das Konzept für die einjährige psychotherapeutische Ausbildung fertigzustellen und mit dem ersten Ausbildungsjahrgang zu beginnen.«

In den Diskussionen mit den Frauen im Camp, der Stiftung und des Gesundheitszentrums ist eine spannende Diskussion über neue Wege in der Psychotherapie entstanden:

Eine direkte Übertragung der psychotherapeutischen Konzepte aus Europa ist eindeutig nicht sinnvoll. Die meisten westlichen Psychotherapiekonzepte versuchen, die psychischen Folgen gesellschaftlicher Probleme in individualisierten Einzelsitzungen zu therapieren. Dabei geht das Potential kollektiver Verarbeitungsmechanismen und gegenseitiger Stärkung verlo-

ren und gesellschaftliche Strukturen werden nicht in die Veränderung mit einbezogen. Dies wäre für eine kollektive Gesellschaft wie die in Rojava verheerend.

Welche psychologische und therapeutische Arbeit kann also an diese gesellschaftlichen Entwicklungen anschließen?

Frauen, die ihre Ehemänner oder Söhne und Töchter verloren haben, sind nun häufig in der Vereinigung der Familienangehörigen von Gefallenen, in den Frauenräten oder Frauenorganisationen aktiv. Schmerz, Trauer und Angst gehen mit Stärke und Entschlossenheit einher, fließen mit ineinander oder bestehen nebeneinander. Bildung, Selbstorganisierung und Selbstverteidigung sind bereits wichtige Ansätze zur Überwindung von psychischen Belastungen.

Die vielfältigen Bildungsangebote zu Geschichte und Gesellschaft, Geschlechterverhältnis, alten und neuen Rollen der Frau in der Gesellschaft sowie Ansätze zur Selbstorganisierung schaffen bereits eine gute Grundlage, um individuelle wie kollektive psychotherapeutische Angebote anzubinden.

In den Diskussionen wird deutlich, dass bei den vielfältigen Schmerzen, Verletzungen und Ängsten eine Unterstützung dringend notwendig ist. Räume, in denen über Ängste, Schmerzen und psychische Schwierigkeiten gesprochen werden kann, sind nötig. In diesen können gemeinsam eine gegenseitige Unterstützung, Stärkung und Methoden zum Umgang mit den Folgen von psychischen Krankheiten und traumatischen Erfahrungen entwickelt werden. Wichtig ist allen eine Bestärkung der Menschen darin, sich selber zu verstehen, zu befreien und zu entfalten.

In den nächsten Wochen und Monaten werden die Diskussionen in enger Zusammenarbeit mit dem Frauengesundheitszentrum und der Gesundheitskommission der Stiftung um Konzept und Methoden weitergehen. Vieles wird sich erst auf dem Weg ergeben, neue Erfahrungen werden neue Fragen aufwerfen und neue, gemeinsame Lernprozesse nach sich ziehen. ♦

Kontakt für nähere Infos zu dem Projekt und zur Stiftung der Freien Frau in Rojava:
E-Mail: wjar2014int@gmail.com
Mobil: + 49 151 120 70 278
Internet: www.weqfajinaazad.org
Facebook: Weqfa Jina Azad WJAR



Seminar im Camp Newroz Foto: Delegation

Ansätze für eine feministische Neuorganisierung in der BRD

Feministische Akademien

Anja Flach

Seit Anfang der 1990er Jahre existiert eine autonome Frauenbewegung innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung. Sie hat sich immer auf das Erbe der feministischen Bewegungen bezogen. Nachdem die feministische Bewegung in der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahrzehnten weitgehend marginalisiert ist, besteht jedoch immer mehr Interesse an einem Austausch mit der kurdischen Bewegung und einer Diskussion darüber, wie die Befreiungskonzepte der kurdischen Frauenbewegung hier dazu beitragen können, auch in der Bundesrepublik und Europa zu neuen Ansätzen zu kommen.

2012 erschien das Buch »Widerstand und gelebte Utopien«. Eine Gruppe von Internationalistinnen hatte sich auf den Weg in den Mittleren Osten gemacht und die verschiedenen Bereiche der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung untersucht, wie die PAJK (Partiya Azadîya Jinên Kurdistanê, Partei der Freien Frau Kurdistans), die YJA (Yekîtîya Jinên Azad, Verbände der Freien Frauen), das Komitee der Jungen Frauen, die YJA Star (Yekiniyên Jinên Azad Star, Einheiten der Freien Frauen Star) usw. Abschluss dieser Untersuchung war eine Diskussion mit kurdischen Genossinnen in den Bergen über die Perspektive für internationalistische (Frauen-)Kämpfe in Europa.

Erkannt wurde die Notwendigkeit, Leben und Kampf nicht voneinander zu trennen, eine eigene Theorie und Praxis zu entwickeln. »Wesentliche Voraussetzung hierfür sind der Aufbau einer eigenständigen Frauenorganisierung und die Selbstorganisation der Bevölkerung«, heißt es in dem Buch. Um diese Organisierung zu erreichen, wurde von der kurdischen Frauenbewegung vorgeschlagen, sich ideologisch zu vertiefen, denn Ideologie wird als »organisiertes Bewusstsein« verstanden.

Um die existierende starke Frauenbewegung in Kurdistan zu entwickeln, hat die kurdische Frauenbewegung zahlreiche »freie Akademien« aufgebaut, die das Ziel haben, jede Frau zu erreichen und politisch zu bilden, was als Voraussetzung für organisatorische Stärke gesehen wird.

»Diese können auch in anderen Ländern aufgebaut werden und ein Ort sein, an dem Frauen ein solches Geschichtsbewusstsein und eigene Perspektiven entwickeln«, so die Frauen in den Bergen.

Um diese Überlegungen praktisch werden zu lassen, finden seit einiger Zeit an verschiedenen Orten Akademien und feministische Bildungsreihen statt. Diese Akademien, meist über ein Wochenende, in einigen Städten auch als regelmäßige Tagesseminare durchgeführt, verstanden auch die Frauen hier als »befreite Gebiete«, Orte, an denen sich Frauen über ihre Utopien, Ideen und die Wege zu diesen Zielen austauschen und sich jenseits des kapitalistischen, individualisierten Alltags kollektiv ideologisch stärken.

Neuen Anschwung erhielt diese Entwicklung natürlich auch durch den erfolgreichen (Frauen-)Kampf in Rojava. Die eindrucksvollen Kämpferinnen der YPJ (Frauenverteidigungseinheiten), aber auch die Frauenorganisierung in Kommunen und Räten durch Yekîtiya Star (die Frauenorganisation in Rojava) haben große Hoffnung in die Herzen vieler Feministinnen hier getragen.

So wurden in den Akademien u. a. Blitzlichter der Frauengeschichte erarbeitet, sich der Geschichte feministischer Kämpferinnen, u. a. Clara Zetkins, Helke Sanders, Funmilayo Ransome-Kutis, Vandana Shivas, Audre Lordes oder Sakine Cansız', unter der Fragestellung angenähert, inwieweit ihre Kämpfe die Kämpfe von Frauen insgesamt vorangebracht haben. Das patriarchale Geschichtsbild wurde kritisiert und an einer feministischen Geschichtsschreibung gearbeitet. In verschiedenen Akademien wurde hervorgehoben, dass uns das System glauben lassen will, es gebe keine Alternative zu Kapitalismus und Patriarchat. Die Wissenschaft der Frauen (Jineolojî) und die feministische Forschung beweisen jedoch das Gegenteil: Eine andere Welt ist möglich und die längste Zeit der Menschheitsgeschichte haben Matriarchate, also herrschaftsfreie, ökologische, nichtetatistische Gesellschaften, existiert und existieren, wenn auch marginalisiert, bis heute. Diese Gesellschaften sind

eine Quelle des Wissens für eine ökologische, basisdemokratische und geschlechteregalitäre Gesellschaft.

In einer der Frauenakademien stellte die kurdische Frauenbewegung detailliert ihre Entstehung, von der YJWK (Yekitiya Jinen Welatparêzên Kurdistan, Union der Patriotischen Frauen Kurdistan) bis zu den KJK (Komalên Jinên Kurdistan, Gemeinschaften der Frauen Kurdistans) dar: Die Theorie der Loslösung, die Prinzipien der Frauenbefreiungsideologie wurden erklärt und gemeinsam nachvollzogen.

Die Frauen diskutierten intensiv die Fragen, wie es möglich war, die Bewegung unter den extrem repressiven Bedingungen in der Türkei der 1980er und 90er Jahre zu entwickeln. Themen wie Ästhetik der Befreiungsbewegung bis hin zu Fragen, wie die kurdische Frauenbewegung Mütter in ihre Organisierung einbindet, wurden erörtert. Prinzipien der kurdischen Frauenbewegung wie z. B. »Liebe zum Land und seinen Menschen« waren Fragen, die ein Dilemma der linken Bewegungen in der BRD überhaupt aufzeigen, die mangelnde Verbindung zur Gesellschaft, die fehlende Verbundenheit mit der Bevölkerung. Statt sie zu gewinnen, wurde hier häufig ein tiefer Graben ausgehoben, durch subkulturelle Lebensweisen hat sich die Linke, auch die Frauenbewegung von der Gesellschaft entfernt.

Auch die Aufgabe der Frauenbewegung, die Männer nicht zurückzulassen, sondern ein »Projekt zur Änderung der Männer« anzugehen, wurde diskutiert, ebenso wie Selbstverteidigung und das neue Paradigma der kurdischen Bewegung.

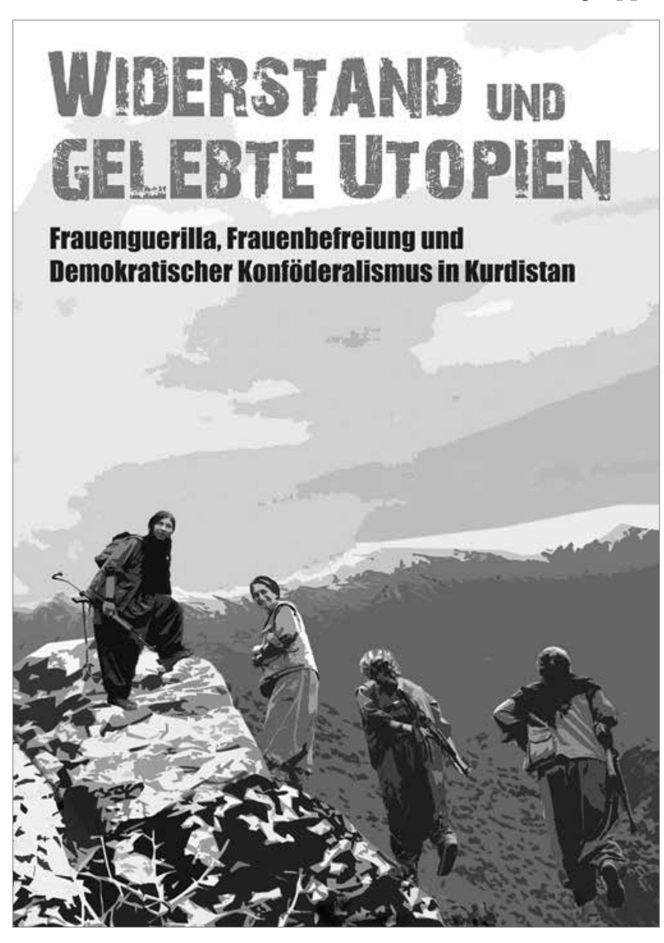
Als Ergebnis erster Akademien stellen sich für eine zukünftige feministische Organisierung hier zahlreiche Aufgaben, u. a.:

– Gemeinsame Ziele müssen formuliert, eine ideologische Basis geschaffen sowie die Marginalisierung, die auch durch Grabenkämpfe und Konkurrenz entsteht, überwunden werden.

– Die Verbindung zur Gesellschaft muss neu hergestellt, Privilegien und Herrschaftsdenken müssen überwunden, die Europäerinnen in uns »getötet« werden.

– Verantwortung muss für die Prozesse übernommen werden, Beliebigkeit und Bequemlichkeit stehen uns im Weg. Gleichwertige genossenschaftliche Beziehungen sollten von größerer Bedeutung sein als individualisierende Liebesbeziehungen. Basisdemokratische Organisierungsformen, wie sie auch in der kurdischen Bewegung praktiziert werden, wurden auch für hier als passend gesehen.

Angesichts globaler Probleme – wie der Verarmung und Entrechtung immer größerer Teile der Weltbevölkerung und der Vernichtung unserer ökologischen Grundlagen durch Vergiftung und nukleare Verstrahlung sowie Krieg und unkontrollierbare Gewalt durch Armeen, Terror- und Mafiagruppen



– ist deutlich, dass wir keine Zeit haben, uns zurückzulehnen. Die kurdische Frauenbewegung ist die Vorkämpferin einer Bewegung für eine Gesellschaft jenseits des Paradigmas der Herrschenden. Die KJK erklären: »Beginnend mit Kurdistan streben sie *[die KJK]* die Umsetzung der Frauenbefreiungsrevolution im Mittleren Osten und die Übernahme einer Mission in einer weltweiten Frauenrevolution an.«

Diese Aufgabe nehmen sie sehr ernst, sie haben bewiesen, dass sie die Kraft entwickelt haben, u. a. den sogenannten Islamischen Staat zurückzuschlagen und die Gesellschaft auf der Basis demokratischer Prinzipien zu organisieren. Auch die fortschrittlichen Frauen in der BRD wollen dazu beitragen, für eine andere Welt zu kämpfen. Akademien sind ein erster Schritt, dem viele weitere folgen sollten. ♦

Die sich wandelnden Geschlechterrollen im Zuge des kurdischen Befreiungskampfes

Vor allem der Mann muss sich ändern

Mevlüt Küçükyaşar

Die Geschlechterfrage ist ein weites Feld, insbesondere wenn es aus dem Blickwinkel der Männlichkeitsforschung bearbeitet wird. Bevor aber auf die Widersprüche und Dynamiken innerhalb des sozialen Geschlechts des Mannes in Kurdistan eingegangen werden kann, muss die kurdische Frauenbewegung – Anlass und Basis für Veränderungen in der Männerwelt – umrissen werden.

Die Rolle der kurdischen Frauen im Freiheitskampf wurde erstmalig mit dem erfolgreichen Kampf der *Frauenverteidigungseinheiten* (YPJ) gegen den Islamischen Staat (IS) ins Licht der Medien gerückt und in der breiten westlichen Öffentlichkeit thematisiert. Auch die Kämpferinnen der *Einheit der freien Frau Star* (YJA STAR), die vorrangig gegen den türkischen Staat kämpfen, kommen immer mehr zum Vorschein. Die außerordentliche Rolle der kurdischen Frauen beschränkt sich aber nicht nur auf den bewaffneten Kampf und ist auch kein neues Phänomen der letzten drei bis vier Jahre.

Diese Entwicklungen kommen nicht von ungefähr, sondern können durch die Geschichte der *Arbeiterpartei Kurdistan* (PKK) erklärt werden. Seit den Anfängen des kurdischen Freiheitskampfes unter deren Führung spielen Frauen sowohl im politischen als auch im militärischen Kontext eine äußerst tragende Rolle. Im Laufe der Jahre bildeten sich innerhalb der PKK eine autonome Frauenbewegung und eine Frauenarmee, welche die kurdische Gesellschaft sowohl in Kurdistan als auch in der Diaspora sehr nachhaltig beeinflussten sowie das Patriarchat und die Geschlechterverhältnisse in Frage stellten. Dieses Muster bildete sich später auch in der legalen Politik heraus – in Form von Frauenräten und Geschlechterquoten in der türkischen Parteipolitik. Vergleichbare Entwicklungen sind zeitversetzt auch in Rojava (Nord-Syrien) zu beobachten.

Obwohl die meisten in die Berge gegangenen jungen Männer- und Frauenguerillas vom Ziel der nationalen Befreiung angetan waren, schlossen sich insbesondere Frauen dem Kampf auch auf der Suche nach gesellschaftlicher Veränderung und ihrer Emanzipation als Frau an. Ihr Kampf gegen die hegemoniale Politik der angrenzenden Staaten, die patriarchale kurdische Gesellschaft sowie reaktionäre Kräfte innerhalb der kurdischen Bewegung dauert nach wie vor an.

Tatsächlich wurde aber durch den Beitrag des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan die Frauenfrage in der kurdischen Gesellschaft breit thematisiert und der Weg dafür auch gegen den gesellschaftlichen und innerparteilichen Widerstand geebnet. Für Öcalan stellt die Befreiung der Frauen die oberste Maxime dar. Er stellt fest, dass die Erzeugung des gesellschaftlichen Mehrproduktes mit der Versklavung der Frau einhergeht. Damit die Gesellschaft befreit wird, muss daher die Frau als erstes Opfer der Klassengesellschaft befreit werden. Ohne die Befreiung der Frauen, als am meisten unterdrückte gesellschaftliche Gruppe, kann laut Öcalan weder die nationale Frage noch die Klassenfrage gelöst werden. Die ideologische Orientierung der PKK hat einen großen Einfluss auf die kurdische Gesellschaft, hier vor allem auf politisierte KurdInnen, sowie die Nachbarvölker.

Vorangetrieben von der kurdischen Frauenbewegung hat sich ein Bewusstsein für Geschlechtergleichheit gebildet und die Geschlechterfrage wird bei vielen kurdischen Parteien, NGOs, Vereinen durch unterschiedlichste Veranstaltungen intensiv behandelt. In großen Teilen der kurdischen Gesellschaft und vor allem in den PKK-nahen kurdischen Organisationen wird die Geschlechterfrage – motiviert durch den Einfluss der selbstständigen Frauenbewegung in der PKK – stark thematisiert. Nichtsdestotrotz stimmen diese Praxis und das Wissen sehr oft nicht mit der gesellschaftlichen Realität überein. Grund dafür sind in erster Linie die institutionalisierten Strukturen, die das soziale Handeln regeln und Geschlechter auf die stereotypen Plätze verweisen.

Anfang des 21. Jahrhunderts wurde, ausgelöst vor allem durch die kurdische Frauenbewegung und durch die Transfor-

mation der Geschlechterordnung, die Aufmerksamkeit immer mehr auf Männer gerichtet. Deren Zugehörigkeit zum Kreis der Privilegierten wurde von der Frauenbewegung nicht mehr als selbstverständlich und unveränderbar hingenommen. Im Laufe der Entfaltung der Frauenbewegung in Kurdistan entstand eine kritische Herangehensweise an die Kategorie Männlichkeit. Männer und Männlichkeit wurden immer mehr zu einem zentralen Thema in Gesellschaft und Politik. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Einbeziehung der Männer im beabsichtigten Veränderungsprozess notwendig ist.

Trotz der oftmals lustlosen Haltung der Männer haben Frauen innerhalb kürzester Zeit immer mehr (öffentliche) Räume für sich erobert. Ein Ergebnis dieses Umbruches waren die Geschlechterquoten in den politischen Gremien, im Parlament und in den Parteiapparaten. Des Weiteren wurde das Modell der Doppelspitze in der Parteiführung und bei politischen Ämtern eingeführt. Wie zum Beispiel bei den Bürgermeisterämtern, die immer von einer Frau und einem Mann bekleidet werden. Jede Entscheidung wird in diesen Gremien gemeinsam getroffen.

Auch wenn in Kurdistan keine patriarchatskritischen und antisexistischen Männergruppen und Männerbüros entstanden sind, versucht die andere Seite des Geschlechts doch ihre Situation kritisch zu beleuchten. Die Frauenbewegung ist nicht an den Männern vorbeigegangen und hat auch soziale Veränderungsprozesse in Gang gebracht. Das Verbot der Mehrfachehe, das Verbot von Gewalt an Frauen für in den Parteigremien der HDP (Demokratische Partei der Völker) und DBP (Demokratische Partei der Regionen) aktive Männer sowie für Gemeindebedienstete sind Schritte in die richtige Richtung. Die Botschaft dahinter lautet: Vor allem die andere Seite des Geschlechts muss sich ändern. Von zentraler Bedeutung ist auch, dass sich viele Männer durchaus aktiv an diesen Änderungsprozessen beteiligen.

Da Männer von der patriarchalen Dividende profitieren, ist es umso schwieriger, ihre Einstellung zu ändern. Zwar trauen sich die meisten kurdischen Männer aufgrund der politischen Prioritäten der kurdischen Freiheitsbewegung nicht, Gewalt gegen Frauen auszuüben und sie offen zu unterdrücken. Inwieweit dieses Verhalten aber verinnerlicht wurde, ist nicht ganz einfach zu beantworten. Klar ist in diesem Zusammenhang, dass sich Männlichkeitsbilder und Männlichkeitsvorstellungen von jungen Männern im Laufe der letzten Jahrzehnte stark geändert haben. Die kurdische Frauenbewegung hat Widersprüche und Dynamiken innerhalb des sozialen Geschlechts des Mannes hervorgerufen. Die Geschlechterrollen werden als nichts Selbstverständliches begriffen und geraten daher immer mehr ins Wanken. Vor allem die bedeutende Rolle der Frau in Politik und Gesellschaft hat diese Widersprüche bei den herkömmlichen Geschlechterrollen erzeugt.

Nun ist es aber auch nicht so, dass Frauen ihre Zukunft dem Zufall überlassen. Sowohl bei den Guerillas als auch in den kurdischen Städten und in Europa gibt es Seminare und Vorträge zur Geschlechterfrage und Unterdrückung der Frauen, die sich explizit an Männer richten. Auch wenn hier nicht Männer, sondern Frauen die Initiative haben, ist es dennoch wichtig, diese Veranstaltungen für Männer anzubieten. ♦



8.-März-Demonstration, Hamburg 2013 Foto: A. Bender

Bekämpfung der Fluchtursachen ist international nicht gewollt

»We are here, because you were there«

Elmar Millich

Das Thema der über das Mittelmeer in Europa ankommenden Flüchtlinge beschäftigt Politik und Medien seit Monaten und wird auch von der Bevölkerung laut Umfragen als mit Abstand wichtigstes zu lösendes »Problem« gesehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht gar von einer »Jahrhundertaufgabe«. Eine ökonomische und politische Analyse der Weltsituation zeigt, dass sie Recht behalten könnte. Aufgrund der zunehmenden Globalisierung und wachsenden Mobilität weitet sich seit Jahren die Migration aus ökonomischen Gründen aus. Dazu steigt in den letzten Jahren die Zahl sogenannter »failed states«, in denen lediglich noch eine Rumpfstaatlichkeit existiert, während lokale Warlord-Gruppen unter verschiedenen ideologischen Bannern oder aus offen kriminellen Gründen eine Plünderungs- und Kriegsökonomie betreiben. In diesen Zonen kommt es regelmäßig zu Massakern an der Zivilbevölkerung und Missbrauch von Frauen, sodass den dort lebenden Menschen nur die Flucht entweder innerstaatlich oder aber in Nachbar- oder entferntere Staaten bleibt. Die Zielländer der Migration werden dabei maßgeblich durch die Geografie bestimmt. Für die Bevölkerung der mittel- und südamerikanischen Länder sind die USA das bestimmende Ziel, während Flüchtlinge aus dem Mittleren und zentralen Osten sowie Afrika versuchen, nach Europa zu gelangen. Öffentlich weniger wahrgenommen gibt es auch in Fernost erhebliche Flüchtlingsströme, deren Ziele etwa Thailand, Indonesien oder Australien sind. Der UNHCR geht derzeit von sechzig Millionen aus ihrer Heimatregion vertriebener Menschen aus.

Die Migration aus ökonomischen Gründen sowie die zunehmende Flucht vor Krieg und Verfolgung resultieren aus der mangelnden ökonomischen Entwicklungsperspektive der Peripheriestaaten im jetzigen Stadium des internationalen Kapitalismus. Die wachsende Produktivität hat ein Ausmaß erreicht, bei dem Expansion und weitere Kapitalakkumulation in der Realwirtschaft geografisch und ökologisch an absolute Grenzen stoßen. Die internationalen westlichen und zum Teil asiatischen Konzerne haben alle Bereiche des Weltmarktes in den Bereichen Nahrungsmittel, Konsum und Infrastruktur besetzt und abgeriegelt. Diese Entwicklung wurde und wird von der Politik vorangetrieben durch zahlreiche Maßnahmen wie Freihandelsabkommen und neoliberale Auflagen für verschuldete Länder durch internationale Institutionen. Die Folgen sind seit den 1980er Jahren bekannt und diskutiert: Sowohl bäuerliche als auch KleinproduzentInnen können mit der Massenproduktion der Großkonzerne nicht mithalten und verlieren ihre Existenz. Die wenigen Regionen, in denen nach wie vor ein subsidiäres Wirtschaften vorherrscht, werden von internationalen Agrarfonds, die in großem Stil Land aufkaufen, und Bergbaugesellschaften in Kumpanei mit den jeweiligen nationalen Eliten zerstört.

Bestand in den 1970er Jahren noch die sozialdemokratisch geprägte Vorstellung, dass durch umfangreiche »Entwicklungshilfe« für die »Dritte Welt« ein bescheidener Wohlstand für alle erreichbar sei, wird dies heute nur noch als Fiktion aufrechterhalten. Der Kuchen ist begrenzt und es herrscht ein weltweiter Krieg um die größten Stücke. Der starke weltweite Wohlstandsgradient und der globalisierte Freihandel machen den Aufbau lokaler Produktivität und Akkumulation in der Peripherie unter Marktbedingungen sinnlos. Immer mehr Menschen werden ökonomisch »überflüssig«. Die eigentliche Wertschöpfung erfolgt zunehmend in einer illegalen und kriminellen Schattenökonomie entlang des weltweiten Wohlstandsgradienten. Zu Haupteinnahmequellen werden Drogen- und Menschenhandel und Korruption. Die sich neu bildenden ökonomischen Kartelle halten sich hochgerüstete Privatarmeen, die sich mit den staatlichen Sicherheitskräften im Kriegszustand befinden, wenn diese nicht gleich durch Korruption unter Kontrolle gebracht werden, wie etwa in Mexiko. Die Teile der Bevölkerung, die nicht in die kriminelle Schattenökonomie integriert sind, sehen ihre einzige ökonomische Perspektive in der Migration in wohlhabendere Staaten, oft mit dem Ziel, vor Ort gebliebene Verwandte dann aus dem Ausland finanziell zu unterstützen.

Je stärker nennenswerte Wertschöpfung aus den oben genannten Gründen nur noch im Austausch mit den Metropolen erfolgen kann, umso größer ist die Gefahr, dass der Staat zur Beute rivalisierender Bevölkerungsgruppen gerät. Es entwickeln

sich inländische Kriege entweder um die lokale Kontrolle von Regionen mit vermarktbaren Rohstoffen oder auch des gesamten Staates, um durch entsprechende Korruption Deviseneinnahmen von außen für die eigene Klientel zu sichern. Aktuelle Beispiele für diese Art von »failed states« finden sich im Kongo und auch im frisch gegründeten Südsudan.

Aktuell stehen im Mittelpunkt der Migrationsbewegung nach Europa Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. Auch wenn es natürlich lokal verortete Unterschiedlichkeiten gibt, wurde der Zerfall dieser Staaten im Wesentlichen aus geostrategischen Gründen von außen herbeigeführt. Unter dem Deckmantel humanitärer Intervention wurden in den letzten dreißig Jahren unter der Federführung von USA und NATO das ehemalige Jugoslawien, der Irak, Libyen und aktuell Syrien durch Intervention von außen zerschlagen und in einem »failed state«-Zustand hinterlassen. Aus diesen Ländern kommen aktuell die meisten Flüchtlinge.

Willkommenskultur und PEGIDA-Demonstrationen

Dass die Opfer des eigenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Handelns auf einmal vor der eigenen Tür stehen, war so von den herrschenden Eliten in Europa nicht vorgesehen. Glaubte man doch die Festung Europa durch Frontex, Rückführungsabkommen mit Anrainerstaaten und mit Stacheldraht bewehrte Zäune in Marokko ausreichend gesichert. Nun scheint die Rechnung »Verdient wird hier, gestorben woanders« nicht mehr aufzugehen. Die Devise der Flüchtlingsorganisationen »We are here, because you were there« scheint sich unmittelbar zu realisieren. Die Reaktionen auf diese neuen Umstände erfolgten in den verschiedenen europäischen Ländern und auch in der zeitlichen Abfolge sehr unterschiedlich. Die osteuropäischen Staaten – allen voran Ungarn – setzten offen auf rassistische Ablehnung und Grenzzäune. Allenfalls wäre man bereit, ein lächerliches Kontingent »ChristInnen« aufzunehmen. Da die meisten MigrantInnen nach Deutschland wollen, um dort entweder zu bleiben oder nach Skandinavien weiterzureisen, sah man es vorwiegend als »deutsches Problem«.

Deutschland selbst sah sich kalt erwischt. Hatte man doch mit dem Dublin-2-Abkommen erreicht, sich mit einem Ring von sicheren Drittstaaten zu umgeben, die als Erstaufnahmeländer für die Asylbearbeitung zuständig sind. Die katastrophale Situation der Flüchtlinge in den vom Abkommen am meisten betroffenen Ländern Griechenland und Italien ließ die Bundesregierung kalt. Gegen sämtliche Bestrebungen der dortigen Regierungen in den letzten Jahren, eine »gerechtere Verteilung« zu erreichen, wurde gemauert. Mit einem Mal brach nun dieses System zusammen. Bundeskanzlerin Merkel handelte dann nach der Devise: »Wenn Du einen Zug nicht stoppen kannst, dann setz dich vorne drauf.« Es wäre völlig unrealistisch gewesen zu glauben, die sich nach Deutschland auf den Weg gemachten Flüchtlinge würden in den Transitländern verharren oder gar umdrehen. So wurde eine »Willkommenskultur« geschaffen, um bei dem, was sich nicht ändern ließ, wenigstens ein gutes Bild zu machen. Ehrlich gemeint dagegen war und ist die große Hilfsbereitschaft großer Teile der deutschen Bevölkerung. Auf der anderen Seite stehen vermehrte Anschläge auf geplante und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte und PEGIDA-Demonstrationen.

Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Im Schnellverfahren werden aktuell Verschärfungen im Asylrecht durchgepeitscht, die Deutschland als Asylland unattraktiv machen sollen. Dazu zählen die Ausweitung der Liste sogenannter »sicherer Herkunftsländer«, die Umstellung von finanzieller Unterstützung auf Sachleistungen und die Einrichtung sogenannter »Transitzonen« an der Grenze zu Österreich. Ausreisepflichtige abgelehnte AsylbewerberInnen sollen zynischerweise nur noch eine Fahrkarte und Reiseproviant erhalten. Ungeachtet der jahrelangen Ignoranz gegenüber der Situation in Griechenland und Italien verlangt nun Deutschland europäische Solidarität und will Flüchtlinge kontingentweise über ganz Europa verteilen, unabhängig davon, was diese eigentlich selbst wollen.

Grenzen werden weiter dichtgemacht

Diese Maßnahmen dienen allerdings hauptsächlich der innenpolitischen Beruhigung. Die Bundesregierung ist sich klar, dass diese Bestimmungen MigrantInnen kaum abschrecken, da allen Untersuchungen zufolge nicht das Ausmaß der Sozialleistungen für die Wahl des Ziellandes ausschlaggebend ist, sondern die dortige Anwesenheit von Verwandten oder befreundeten Landsleuten. Wie wenig die Eliten entgegen allen Beteuerungen bereit sind, an den wirklichen in der Ökonomie liegenden weltweiten Fluchtursachen zu arbeiten, zeigen die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung durchgesetzten Austeritätsprogramme im Rahmen der Eurokrise. Selbst in den Metropolenländern Spanien und Griechenland ist man bereit, eine Jugendarbeitslosigkeit von fünfzig Prozent hinzunehmen, um die Renditen der Finanzmärkte zu sichern. Auf der Agenda steht daher die weitere Abschottung der Festung Europa ganz oben. Schon Anfang des Jahres wurde auf EU-Ebene eine Militarisierung der Flüchtlingsabwehr beschlossen als »Kampf gegen die Schleuserbanden«. In einem zeitlich abgestuften System sollen Kriegsschiffe Schleuserboote erst auf offener See und letztlich auch direkt an der libyschen Küste identifizieren und zerstören. Somit soll die Route über das Mittelmeer nach Italien gekappt werden. Die aktuell als »Balkanroute« bezeichneten Fluchtwege sollen schon in der Türkei versperrt werden. Dazu wird der noch vor kurzer Zeit als Paria in der Diplomatie geächtete türkische Staatspräsident Erdoğan wieder von allen Seiten hofiert. In Ko-

operation der griechischen und türkischen Küstenwache soll das Mittelmeer in der Ägäis dichtgemacht werden. Europa beteiligt sich an der Finanzierung von neuen Flüchtlingslagern in der Türkei und will sich verpflichten, feste Kontingente an Flüchtlingen aus diesen Lagern legal aufzunehmen. Das lässt sich der innenpolitisch ums Überleben kämpfende türkische Ministerpräsident Davutoğlu natürlich bezahlen. Er erwartet von Europa die Einstufung der Türkei als »sicheres Herkunftsland«. Es ist davon auszugehen, dass der von ihm neu entfesselte Krieg gegen die kurdische Bevölkerung von europäischer Seite aus im Gegenzug zur Kooperation in der Flüchtlingsfrage zumindest ignoriert wird. Hier macht Europa den Bock zum Gärtner, denn gerade die türkische Unterstützung des Islamischen Staates und der Al-Nusra-Front hat viel zum De-facto-Zerfall Syriens und damit auch zur Flucht vieler Menschen aus Syrien beigetragen.

Als weitere Maßnahme will die EU nun Geld in die Hand nehmen, um die Situation in den Flüchtlingslagern in den syrischen Nachbarländern zu verbessern. Dagegen ist nichts einzuwenden, es erfolgt aber weitgehend zu spät. Seit Jahren berichten der UNHCR und internationale NGOs von der Unterfinanzierung. Die elende Situation etwa der im letzten Jahr aus Şengal (Sindschar) vertriebenen êzîdischen Flüchtlinge um die Stadt Dihok herum im Nordirak war öfter Gegenstand deutscher Fernsehdokumentationen. Wie sagte Bundeskanzlerin Merkel auf Nachfrage zu der kontinuierlichen Unterfinanzierung sinngemäß: Da wäre den europäischen Regierungschefs in den letzten Jahren leider etwas »durchgegangen«.

Positive Auswirkungen, wenn dieser Begriff angesichts des Leidens Hunderttausender Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa überhaupt angebracht ist, als direkte Reaktion auf die sprunghaft zugenommene Migration zeigen sich auf diplomatischer Ebene im Hinblick auf Syrien. Während jahrelang den Gräueln des unerklärten Krieges zwischen Saudi-Arabien, Katar und der Türkei einerseits sowie Iran und Syrien auf der anderen Seite tatenlos zugeschaut wurde, zeigt sich jetzt zögerlich die Bereitschaft, auf eine Lösung des Konflikts unter der diplomatischen Führung Russlands hinzuarbeiten. Wenn man schon nicht willens oder in der Lage ist, die weltweiten ökonomischen Ursachen für die zunehmende Migration anzugehen, wird man bei der Destabilisierung missliebiger Staaten oder Regierungen wie im Falle Syriens oder auch der Ukraine in Zukunft vorsichtiger sein müssen. Zumindest so lange, bis die Situation an den Außen- und Innengrenzen Europas wieder unter Kontrolle ist.

Logistische Herausforderung ist kein Notstand

Es gibt wohl kaum eine Bevölkerungsgruppe, die in den letzten dreißig Jahren von Flucht und Vertreibung dermaßen betroffen war wie die Kurdinnen und Kurden. Anfang der 1990er Jahre zerstörte das türkische Militär 4 000 Dörfer in Kurdistan und vertrieb ca. vier Millionen Menschen, die entweder in die kurdischen Großstädte, in die Metropolen der Westtürkei oder nach Europa flohen. Als am Ende des ersten Golfkrieges die USA die KurdInnen und SchiitInnen aus geostrategischen Gründen fallenließen, flohen Hunderttausende vor den Bomben und dem Giftgas Saddam Husseins in die Türkei. Aktuell fliehen abermals Zehntausende syrische KurdInnen vor dem Krieg in Syrien in die Türkei, wo sie zumeist bei Verwandten unterkommen, in den Nordirak oder nach Europa. Das Beispiel Rojava zeigt beide Seiten der Medaille. Auch dort verlassen die Menschen aufgrund der kriegsbedingten wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten oder aus Angst vor dem IS die Region, vor allem solche, die wegen ihrer beruflichen Ausbildung dort gut gebraucht würden. Ähnlich sieht die Situation wahrscheinlich auch in den meisten Herkunftsländern aus, die Ausgangspunkte der aktuellen Flüchtlingsbewegung sind.

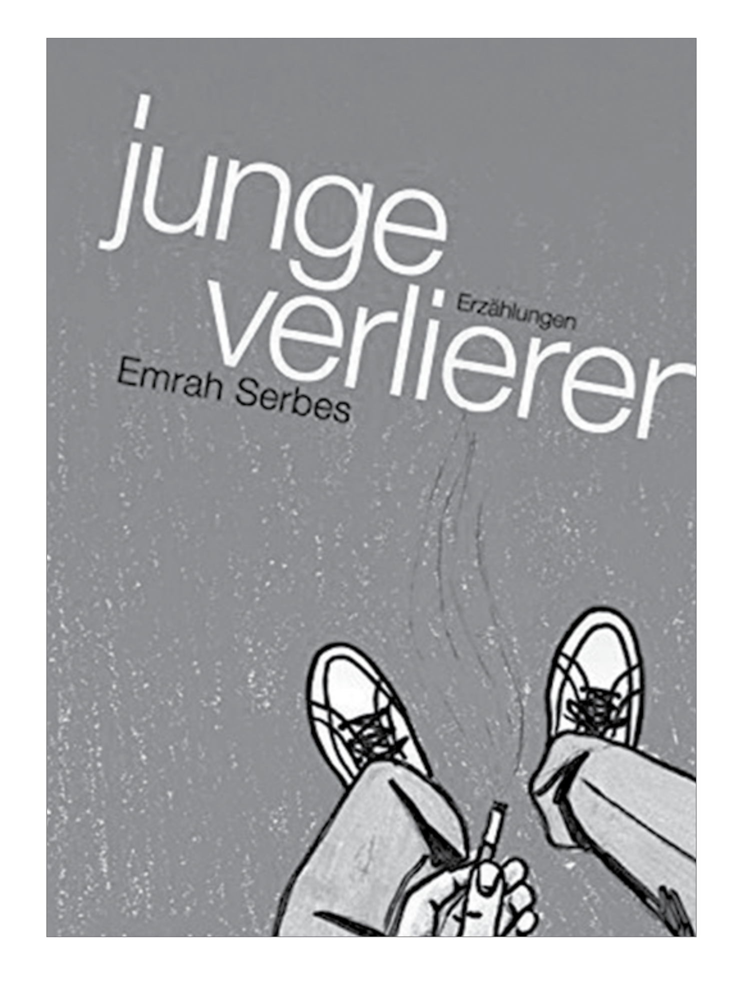
Für die Linke in Europa ergibt sich einerseits daraus die Aufgabe, Widerstand gegen Abschottung und Rassismus im Inneren zu leisten. Es wäre falsch, die logistischen Herausforderungen zu unterschätzen, die sich aktuell bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen ergeben. Aber logistische Herausforderungen stellen keinen Notstand für Deutschland dar, wie es ScharfmacherInnen aus verschiedenen politischen Lagern zunehmend behaupten. Nach wie vor finden weltweit die meisten Flüchtlinge in Ländern Schutz, deren infrastrukturelle und finanzielle Möglichkeiten weit unter denen Deutschlands liegen.

Zum anderen müssen die wirklichen Fluchtursachen bekämpft werden, auch wenn dies zurzeit alle Regierungsverantwortlichen selbst im Munde führen. Es bedarf konsequenten Widerstands gegen Krieg und Destabilisierung ganzer Regionen aus geostrategischen oder ökonomischen Gründen. Die weltweite ökologische Zerstörung und Vernichtung von Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten sind die Folgen eines immer aggressiveren Kapitalismus. Dieses Modell ist nur dadurch aufrechtzuerhalten, dass 198 angeblich souveräne Nationalstaaten sich unhinterfragt das Recht nehmen zu entscheiden, welche Menschen ihre Grenzen passieren dürfen, während das Finanzkapital längst alle Grenzen passiert und die Lebensbedingungen der Bevölkerung diktiert. Die Demonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP im Oktober in Berlin mit über 200 000 Beteiligten zeigt, dass sich diese Einsicht bei immer mehr Menschen durchsetzt.

Die kurdische Befreiungsbewegung steht für den Aufbau vernetzter regionaler Ökonomien, in denen die Menschen ihr Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen können. Sie ist Teil einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung, die mit der Überwindung des Kapitalismus auch Zerstörung, Hunger und Krieg als Fluchtursachen bekämpfen will. ♦

junge verlierer

Buchbesprechung von Susanne Roden



Als Fan des kauzigen, kettenrauchenden Hauptkommissars Behzat Ç. aus den gleichnamigen Kriminalromanen, die inzwischen Kultstatus besitzen, staune ich nicht schlecht, als ich am Bücherregal der Bibliothek stehe und auf einen Erzählband des Autors Emrah Serbes blicke – »junge verlierer«. Der Titel und ein paar gezeichnete Turnschuhe in Draufsicht in weißer Farbe heben sich von dem wunderbar frischen Türkis des Einbandes ab. Der Blick wird dann in die rechte untere Ecke auf ein paar gelbe Hosenbeine gelenkt, die in eben den weißen Turnschuhen enden und auf eine Hand mit einer Zigarette. Da wären wir also gleich bei einem Kernthema: heimlich rauchen. Die Zigarette so in der Hand, dass sie sofort und leicht eingerollt werden kann und vor überraschender Entdeckung schnell verborgen werden könnte. Ach ja. Ich bin zwar kein Junge, aber mit ihnen aufgewachsen. Da es in meiner Jugend stark verpönt war – der DFB hob das Frauenfußballverbot erst Ende 1970 auf – durfte ich nur im Tor stehen. Aber immerhin. Ich war mit dabei. Und somit hat mich dann auch gleich die dritte Erzählung »Die Schwester von Korhan Abi« an so manches in meiner Jugend erinnert.

Der junge Ich-Erzähler muss im Tor stehen, weil er so ein schlechter Spieler ist. Der Organisator und Spielmacher Erhan ist nämlich sein bester Freund und bestimmt eben je nach Stimmungslage, was zu geschehen hat und ob er überhaupt im Tor stehen darf oder ob nicht. Es ist eine dieser »Männerfreundschaften«, hier als bereits in sehr jungem Alter beginnend beschrieben, die auf dem gemeinsam Erlebten und daraus resultierenden Mitwissertum basieren und deren Bindung auch durch eine starke einseitige Abhängigkeit existiert. Gleichzeitig wird in dieser Erzählung die Jugenderlebniswelt in Kontrast zur Erlebniswelt der Eltern gesetzt. Beide Seiten versuchen herauszufinden, was in dem jeweils anderen vor sich geht. Aber offen aussprechen tut es keiner so richtig. Der Vater soll einen Streikposten übernehmen, im Betrieb geht es hoch her. Die Mutter ist dagegen. An dem Jungen hingegen nagt das schlechte Gewissen wegen eines üblen Bubenstreiches und er erwartet jederzeit, dass ein Donnerwetter über ihn herein bricht. Die Ängste und schlaflosen Nächte führen zu Essstörungen, Leistungsabfall in der Schule und Kontaktängsten. Am Ende löst sich sein Kernproblem zwar in gewissem Sinne von selbst, aber seiner Not ernsthaft angenommen hat sich keine Person aus der Erwachsenenwelt. Sie haben viel zu viel mit sich selbst zu tun.

Gemeinsam ist fast allen Erzählungen die Beschreibung der patriarchalen gewalttätigen Struktur mit der abgesteckten Rolle der Frau innerhalb der Familie. Die jungen Männer versuchen über die Mutter herauszufinden, wie die Stimmung und Lage des Mannes bzw. Vaters ist. Über die Mutter versuchen sie Einfluss zu nehmen, sowohl positiv in ihrem Sinne oder um Gefahr für sich abzuwenden. Wenn jedoch die Dinge aus dem Ruder laufen, so machen sie der Mutter Vorwürfe, sie nicht genügend gegenüber dem Familienoberhaupt verteidigt zu haben. Es wird immer wieder deutlich, dass es keine Gleichstellung und kein partnerschaftliches Miteinander der Ehepartner innerhalb der beschriebenen Familien gibt. Rein theoretisch könnten die Erzählungen der Jugendlichen überall in der Welt

stattfinden, aber die beschriebenen Strukturen, Verhaltensmuster und Verflechtungen sowohl innerhalb der Familien als auch in der Öffentlichkeit sind dann doch recht typisch für die türkische Gesellschaft.

Die kollektive Schwärmerei der Jugendlichen einer Straße für das besonders hübsche Mädchen Cahide, das Rangeln um das Einkaufstüten-nach-Hause-tragen für deren Mutter bis hin zu einem Autounfall, beschreibt die unerfüllten Sehnsüchte nach dem anderen Geschlecht. Zeitgleich aber beschreibt Emrah auch die Erlebniswelt und Wünsche eben dieses Mädchens und seines jungen Verlierers, zunächst als direkter Nachbar in besonderer Position, und muss am Ende mit ansehen, wie sowohl über seine Wünsche und Gefühle, aber auch wie über die des Mädchens hinweg eine schnelle Hochzeit und der Weggang in eine andere Stadt arrangiert werden. Und all das nur, um den angeblich gefährdeten Ruf innerhalb der Gesellschaft zu wahren. Und auch hierbei beschreibt Emrah sehr wunderbar, wie die Jugendlichen, noch an der Schwelle zum Erwachsenwerden, sofort die gängigen männlichen Rollen der Erwachsenen in ihrem Verhalten kopieren. Ihre anfängliche Schwärmerei für die »unerreichbare Göttin« schlägt sofort in negatives Reden über eine »Hure« und eine verbale Herabsetzung des weiblichen Geschlechtes um. Die traditionellen Machostrukturen haben einen unausrottbaren Einfluss und es ist schwer, eigene unabhängige Lebensentwürfe zu entwickeln. Aber die Ansätze sind da und Emrah erweckt sie zum Leben.

Emrah Serbes beschreibt in acht Erzählungen sehr einfühlsam, wie es ist, vom Jungen zum Mann zu werden. In jeder der acht Erzählungen wird aus der Perspektive eines Jungen im Alter zwischen 8 und 17 Jahren erzählt.

Serbes wählt dazu sehr unterschiedliche Orte wie eine Bar, ein Kaffeehaus, eine Urlaubsidylle am Meer, einen Gas- und Wasserflaschenhandel mit Lieferservice. Dabei findet dann wie so oft im Leben auch diese unglückliche Vermengung von privaten und öffentlichen Bekanntschaften statt, die es den Jungen noch zusätzlich erschweren, ihre eigenen Strategien zu entwickeln. Auch das Thema Kinderarbeit thematisiert Emrah. Als Mann ist Emrah Serbes in der Lage, das Innenleben einer Bar oder eines nur von Männern besuchten Teehauses genauestens zu beschreiben, die männlichen Verhaltensweisen und patriarchalen Muster genau zu durchleuchten. Und in die Sehnsüchte und Wünsche, Dummheiten und Streiche, aber auch in das Seelenleben von männlichen Jugendlichen kann er sich eben aus dem eigenen Erlebten bestens hineinversetzen. Somit wird ein realistisches Bild der Jungen gezeichnet, wohingegen die Frauen in seinen Kurzgeschichten eher als weich und sensibel dargestellt werden, so wie Männer wohl Frauen im Allgemeinen eben sehen.

Zitat aus der Erzählung »Omas erster Tod«, S. 21: »Als Yasemins Butterkeks ihr in den Tee fiel, weinte sie. Lehrerkinder sind immer ein bisschen abgehoben, sie schauen nicht hin, was sie machen. Wie ein Kavalier stand ich auf und ging zu ihr hin. Mit einem Löffel fische ich ihr den toten Keks aus dem Tee. Und sie drehte sich am Abend, als ihre Mutter sie abholte, noch einmal zu mir um und winkte mir. […] Am nächsten Tag machte ich Yasemin einen Heiratsantrag. Ich fand, wir hatten genug miteinander geschäkert, und ich wollte nicht, dass die Ernsthaftigkeit unserer Beziehung verloren ging. […] Ja und da sagte Yasemin zu mir, dass sie etwas Zeit brauche, um sich das mit uns noch mal zu überlegen. Vielleicht hat sie sich in dem Moment auch anders ausgedrückt, aber das hab ich vergessen. Schließlich ist jede Frau, die du liebst, wie ein schönes Lied. Du kannst dir nicht den ganzen Text merken, aber die Melodie bleibt in Erinnerung.«

Emrah Serbes beschreibt die Welt sehr gut beobachtet aus der Jugend- /Kinder-Sicht und trifft auch genau den richtigen Ton seiner jungen Helden, schnoddrig, manchmal altklug, den Mund voll nehmend, auf dem Weg, ihre unbedarfte Kindheit zu verlassen. Ihre Stimmen klingen manchmal tragisch, verzweifelt und wütend, aber durchaus auch urkomisch und in jedem Fall sehr liebenswert.

Der 1981 in Yalova geborene Autor Emrah Serbes hat in Ankara Theaterwissenschaften studiert. Während seines Studiums machte er Reportagen für die Zeitschrift Hayvan, schrieb Interviews für die Tageszeitung Birgün sowie Theaterkritiken für Radikal. Er zählt zu den bekanntesten Gegenwartsautoren in der Türkei. Bekannt wurde Serbes in der Türkei durch seine Romane mit dem eigenwilligen Kriminalkommissar Behzat Ç., die zwischen 2010 und 2013 auch für eine TV-Serie adaptiert wurden. Ja, und wie es nun zu dem Erzählband kam, hat Serbes auf einer seiner Lesungen verraten. Sein Verleger fragte ihn, ob er denn auch Erzählungen schreiben könne, und er habe einfach »Klar kann ich das« geantwortet. Dann hat er seine unfertigen Essays aus den Schubladen gekramt und seine Erzählungen, die hauptsächlich 12- und 13-jährige Jungs charakterisierten, wurden dann 2009 unter dem Titel »Erken Kaybedenler« (»Die frühen Verlierer«) veröffentlicht.

Emrah Serbes selber war gerade von Ankara nach Istanbul gezogen, als es mit den Protesten im Gezi-Park 2013 losging. Die von ihm beschriebenen Jugendlichen standen nun als 15- bis 17-Jährige ganz vorne und wollten ihrer persönlichen Enttäuschung über die türkische Regierung Ausdruck verleihen. Sie wollten selber mitten drin sein im Geschehen, im Kampf gegen Ungerechtigkeit, sie standen ganz vorne in der ersten Reihe, so Serbes. Und so ist dann auch ein Slogan bei den Gezi-Park-Protesten aus seiner Erzählung »Über mir wohnt ein Terrorist«, wo es um den kleinen Bruder eines Märtyrers,

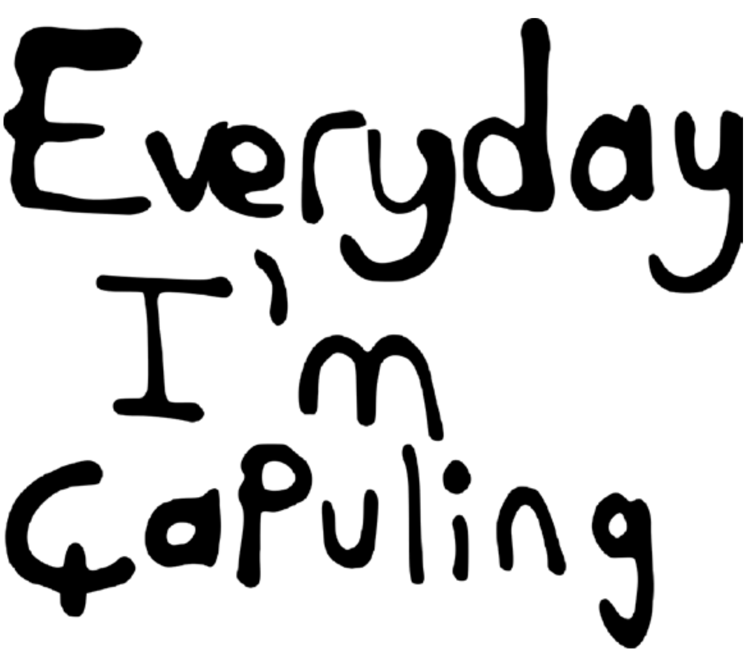
gefallen im Kampf für das Vaterland gegen den Terror, geht, der emotional aufgepeitscht endlich Rache üben möchte und am Ende selbst mit zu einer Demonstration geht: »Ihr braucht kein Tränengas zu schießen, meine Freunde sind von Natur aus sentimental.«

Emrah Serbes selber wurde durch seinen Einsatz bei den Protesten zu einer wichtigen Stimme für Meinungsfreiheit und Bürgerrechte, eine Stimme gegen Willkür und autoritäre Strukturen. Er wurde so vom Autor zum Aktivisten und zu einer Stimme des Volkes und das über die Grenzen der Türkei hinaus. Auch die Frage, wofür denn eigentlich das »Ç« des Kriminalkommissars Behzat Ç. stünde, konnte endlich geklärt werden. Nachdem der damalige Ministerpräsident Erdoğan die Protestierenden mit »Çapulcu« für »Plünderer oder Marodeure« bezeichnet hatte, tauchten überall Behzat-Ç.-Graffitis, mit einer Vervollständigung dieses Namens, auf – diese anarchisch ehrliche Romanfigur war zu einem von ihnen geworden. Der Begriff von den Protestierenden als Geusenwort einfach umgemünzt. Sprache lebt und es gibt zwischenzeitlich auch eine englische Entsprechung als chapulling.

Während einer türkischen Talkshow handelte sich Emrah Serbes dann weiteren Ärger ein, indem er den zweiten Vornamen Erdoğans »Tayyip« in das Wort »Tazyik« (»Druck«) verwandelt, um damit auf die durch die Polizei bei den 1.-Mai-Demonstrationen 2013 eingesetzten Wasserwerfer anzuspielen. Die Staatsanwaltschaft hatte als Höchststrafe 12 Jahre Haft wegen Beleidigung gefordert, die Anklage wurde jedoch November 2013 fallengelassen. Vermutlich mit dazu beigetragen hat der Druck durch die Öffentlichkeit. Man solidarisierte sich mit ihm über die sozialen Netzwerke mit dem Text »Emrah Serbes ist nicht allein« – »#Emrah Serbes yalnız değildir«. Das ging so weit, dass man die Botschaft innerhalb der Gesellschaft weitertrug, indem man sie auf Servietten und Bierdeckel malte, sie auf Gehwege oder Häuserwände sprühte.

In dem vorliegenden Erzählband »junge verlierer« zeigt sich dann auch die Stärke von Emrah Serbes. Er nimmt gesellschaftliche Strömungen mit in die Handlungsführung auf und flicht eine kritische Analyse der Verhältnisse in der Türkei ein. Die entwaffnende Kinderlogik ist dabei ein wunderbar hilfreiches Ausdrucksmittel. Was auf den ersten Blick als klar und nüchtern beschrieben wirkt, stellt sich dann teilweise auf den zweiten Blick als ergreifend komisch heraus. Aber auch für sentimentale und traurige Situationen findet Emrah Serbes in seiner Klarheit die passenden Worte.

Zitat aus der Erzählung »Omas erster Tod«, S. 14 und auch Klappentext: »[…] je größer ich geworden bin, desto kleiner wurden meine Wünsche, desto kleiner wurde meine Fähigkeit zu staunen, desto kleiner wurden meine Erwartungen. Seit ich



groß geworden bin, bin ich so klein geworden, dass es in mir nichts mehr gibt, das überschäumt. Wenn man fürs Großwerden einen Preis bezahlen muss, dann ist es dieser: Ich bin einen halben Meter länger geworden und zwanzig Kilo schwerer und hab die Welt aufgegeben. Was der Dichter hier mit Welt meint, ist Yasemin.«

Emrah Serbes will die Menschen nicht nur unterhalten, sondern zum Nachdenken bewegen. Seine Sprache trifft den Nerv der Zeit, auch und gerade bei Jugendlichen. Die Proteste im Gezi-Park haben etwas verändert in der Gesellschaft, über Jahre Angestautes beim Volk hat dazu geführt, dass ihnen der Kragen geplatzt ist. Auch wenn sich keine politische Kraft direkt aus der Protestbewegung gebildet hat, so hat doch die prokurdische Partei HDP (Demokratische Partei der Völker) diese Lücke geschlossen. Emrah Serbes ist überzeugt davon, dass sich die türkische Gesellschaft weiterentwickeln wird, spätestens nach der Abwahl von Erdoğan. Die türkische Gesellschaft muss sich die Demokratie ganz allein erarbeiten, so seine Überzeugung. Die Gezi-Bewegung hat die Seele des Landes erweitert, das verschwindet nicht mehr, so seine Aussage in einem Interview mit der taz, und so ist seine Grundeinstellung von Optimismus getragen, genau so, wie auch seine jungen Verlierer sich nicht unterkriegen lassen. Es braucht eben alles seine Zeit. ♦

Der 2. Band der Autobiografie von Sakine Cansız erscheint im Januar 2016

»Es gab jedoch noch eine Lebensader ...«

Anita Friedetzky, Hamburg, den 13.10.2015



»Sakine macht ja doch, was sie will«, zitiert diese den Direktor des letzten Knastes, aus dem sie 1990 nach elf (!) Jahren Haft endlich entlassen wird. Ganz nebenbei wird ihr eröffnet, dass sie eigentlich schon vor drei (!) Jahren rauskommen sollte, ihr dies aber, keine_r weiß warum, nicht mitgeteilt wurde. Sie bleibt einen Tag länger, weil sie darauf besteht, sich von all ihren Genoss_innen und Mitgefangenen verabschieden zu können. »Wir sehen uns [...] in den Bergen, wir sehen uns auf jeden Fall!«, macht sie ihnen Mut. Und weiter: »Mein Herz brannte. Ich ließ sie im Kerker zurück und ging fort.« Mit diesen Worten endet der zweite Band der nun auch auf Deutsch vorliegenden Autobiografie von Sakine Cansız: Mein ganzes Leben war ein Kampf, die sie 1996/97 auf Anregung Apos »in den Bergen« verfasst hat.

Der zweite Band ist die Schilderung ihrer Zwangs-Odyssee durch einige der fürchterlichsten Knäste der Türkei – Elazığ, Malatya, Diyarbakir, Amasya und Canakkale – er ist ein umfangreiches, faszinierendes und kostbares Zeitdokument, ein zum Teil sehr emotionaler persönlicher Bericht, beeindruckende Analyse – und Mut machende Kampfschrift zugleich.

»Wie kann Diyarbakır definiert werden? Es war ein Ort wie jeder andere und dennoch unvergleichbar. Die Nacktheit, der keine Menschlichkeit mehr innewohnte, wurde mit Folter bedeckt. Die Gefangenen schrien sich die Seele aus dem Leib, sangen die faschistischen Märsche des Feindes und schämten sich dafür. Der Feind genoss seinen Sieg und war gleichzeitig voller Angst. Die Gefangenen betrauerten ihre Niederlage. Es gab jedoch noch eine Lebensader, die dem Feind Furcht einflößte und die die heimliche Hoffnung der Gefangenen war.«

1979, noch vor dem faschistischen, mit NATO und EG abgesprochenen, Militärputsch 1980, wird Sakine zusammen mit weiteren Genoss_innen festgenommen und in ein Folterzentrum gebracht. Die ebenso korrupten wie sadistischen Scherg_innen des Systems versuchen aus den Widerstandskämpfer_innen mit den widerlichsten und perfidesten Folter- und Knastmethoden Informationen herauszupressen – »Es war diese Art von Schmerz, der das Gehirn betäubt«, beschreibt Sakine das Unfassbare. Gleichzeitig soll die noch im Aufbau befindliche Organisation, die PKK, im wahrsten Sinne des Wortes zerschlagen und sollen ihre Mitglieder und Sympathisant_innen eingeschüchtert werden. Wie wir heute wissen, ist der Junta und den Herrschenden das nicht gelungen. Dennoch hat auch dieser Kampf großes Leid und viele Tote gekostet.

»Die Größe dieser Aktion zu fühlen reichte aus, um einen Menschen am Leben zu halten [...] weil dieses Feuer die Herzen entflammte und der Schmerz lebendig blieb«, beschreibt Sakine ihre Gefühle, nachdem sich Mazlum Doğan Newroz 1982 während eines Hungerstreiks in seiner Zelle das Leben genommen hatte. »Das gesamte Leben im Gefängnis war darauf angelegt, die Persönlichkeit der Menschen zu zerstören. Alles, was einen Menschen zum Individuum macht, wurde

vernichtet. Mazlum spürte die Gefahr und wollte etwas tun, um diese Entwicklung aufzuhalten.«

Sakine beschreibt den bitteren, eigentlich unbeschreiblichen Erfahrungsprozess, den sie und ihre Genoss_innen durchlaufen. Sie müssen nicht nur lernen, die Folterer mitsamt ihrer perfiden Unterdrückungsstrategien zu durchschauen und einzuschätzen. Die Gefangenen müssen auch sich selbst einschätzen und kontrollieren lernen. Sie organisieren sich und den überhaupt nicht alltäglichen Alltag. Sie lassen den unmenschlichen Angriff auf ihre Menschlichkeit an gegenseitiger Unterstützung, gegenseitigem Respekt, geschwisterlicher Liebe und revolutionärer Selbstdisziplin abprallen. Inmitten all des faschistischen Drecks gelingt es Sakine immer wieder die Selbstachtung zu wahren und anderen – vor allem auch Frauen – das Rückgrat zu stärken. Sie gibt die Hoffnung nicht auf. Mehrfach versucht sie zu fliehen. Manchmal scheitern diese Versuche durch Verrat, manchmal aber auch, weil die Genoss_innen »drinnen« oder »draußen« Fehler machen.

Sakines direkte und ungekünstelte Sprache, ihr lebhaftes Erzähl- und Redetalent lassen die Leserin und den Leser mitfiebern. Mensch kann sich in die Perspektive Sakines von »drinnen« nach »draußen« versetzen, freut sich mit ihr und leidet mit ihr.

Und es sind nicht nur Fluchtversuche, die scheitern. Da »kippen« auch immer wieder Genoss_innen unter Folter um oder lassen sich durch oftmals falsche Versprechungen aus der Gruppe brechen. Nicht selten verzweifeln sie danach an sich selbst oder werden zu skrupellosen Verräter_innen. Das alles geschieht nicht offen ausgesprochen, aber Sakine entwickelt im Laufe der Zeit ein Gespür für Ungereimtheiten im Verhalten: »Unter bestimmten Bedingungen kann man sein wahres Wesen nicht mehr verbergen. Jede Situation zeigt dann deutlich, wer du wirklich bist. Jedes Auge kann dich sehen und jedes Ohr dich hören«, schreibt sie.

Sie kämpft um sich und um jede und jeden, die/der unter der Folter zusammenzubrechen droht. Sie setzt darauf, Klartext zu sprechen, und lernt zwischen »Gestrauchelten« und solchen, »die auf die andere Seite wechseln«, zu unterscheiden. Dem Feind soll nichts und niemand kampflos »geschenkt« werden. Den Gestrauchelten bleibt der Weg zurück in die Gruppe offen, Verräter_innen müssen bestraft werden.

Es geht um den Erhalt des eigenen (revolutionären) Willens angesichts ständiger Beobachtung und Bedrohung durch die Wärter_innen, die Knastleitung und mitunter auch feindlich gesinnte Mithäftlinge. Für Sakine ist Selbstachtung ein hohes Gut. Das beginnt beim Sichtäglichwaschen (was keineswegs leicht zu bewerkstelligen ist) und reicht über Parolenrufen aus Protest, die eigenen Feiertage und Symbole feiern bis zum Hungerstreik bzw. Todesfasten, der extremsten Form des Widerstands im Knast.

»Der Feind greift mit allen Mitteln an, er nimmt dir das Recht auf ein anderes Leben, besetzt alle Zellen des Lebens, das ganze Leben wird zur Folter. In einer solchen Situation ist das Todesfasten die beste Aktionsform, um den Feind dazu zu bringen, den Gefangenen ein klein wenig Luft zum Atmen zu lassen. Du drängst uns in den Tod? Bitteschön, es gibt auch einen würdevollen Tod!«

Wenn Mitgefangene die Selbstachtung verlieren und sich gehen lassen, redet ihnen Sakine ins Gewissen. Manchmal mit Erfolg, manchmal, seltener, auch ohne. Sie selbst hält unter den widrigsten Bedingungen an ihrem Tagesablauf fest. Alle haben Respekt vor ihr, nicht nur, weil sie immer »knasterfahrener« wird, oder weil sie zum »Urgestein« der Bewegung gehört, sondern weil ihr Handeln und ihr Verhalten, ihre Aufrichtigkeit, ihre ganze Persönlichkeit eben jeder und jedem Respekt abverlangt – mitunter sogar dem Feind.

Mehrmals legt sie sich auch mit ihren eigenen Genoss_innen an. Sie beschreibt offen die Konflikte, zitiert die gegenseitigen Argumente. Es gibt Mängel in der Kommunikation untereinander, aber auch zwischen »drinnen« und »draußen«, unterschiedliche Auffassungen über Mittel und Methoden des Kampfes, unterschiedliche Einschätzungen. Das betrifft eine Frage wie: Unter welchen Bedingungen können sich Gefangene zum Tragen von Anstaltskleidung oder zum Absingen der türkischen Hymne zwingen lassen, aber auch, ob Hungerstreik und Todesfasten strategisch durchdachter und taktisch klüger eingesetzt werden sollten.

Sie kritisiert, dass wichtige Entscheidungen ohne sie bzw. ohne die Gruppe der Frauen gefällt werden. Und das, obwohl die Frauen nicht selten widerständiger als die Männer sind.

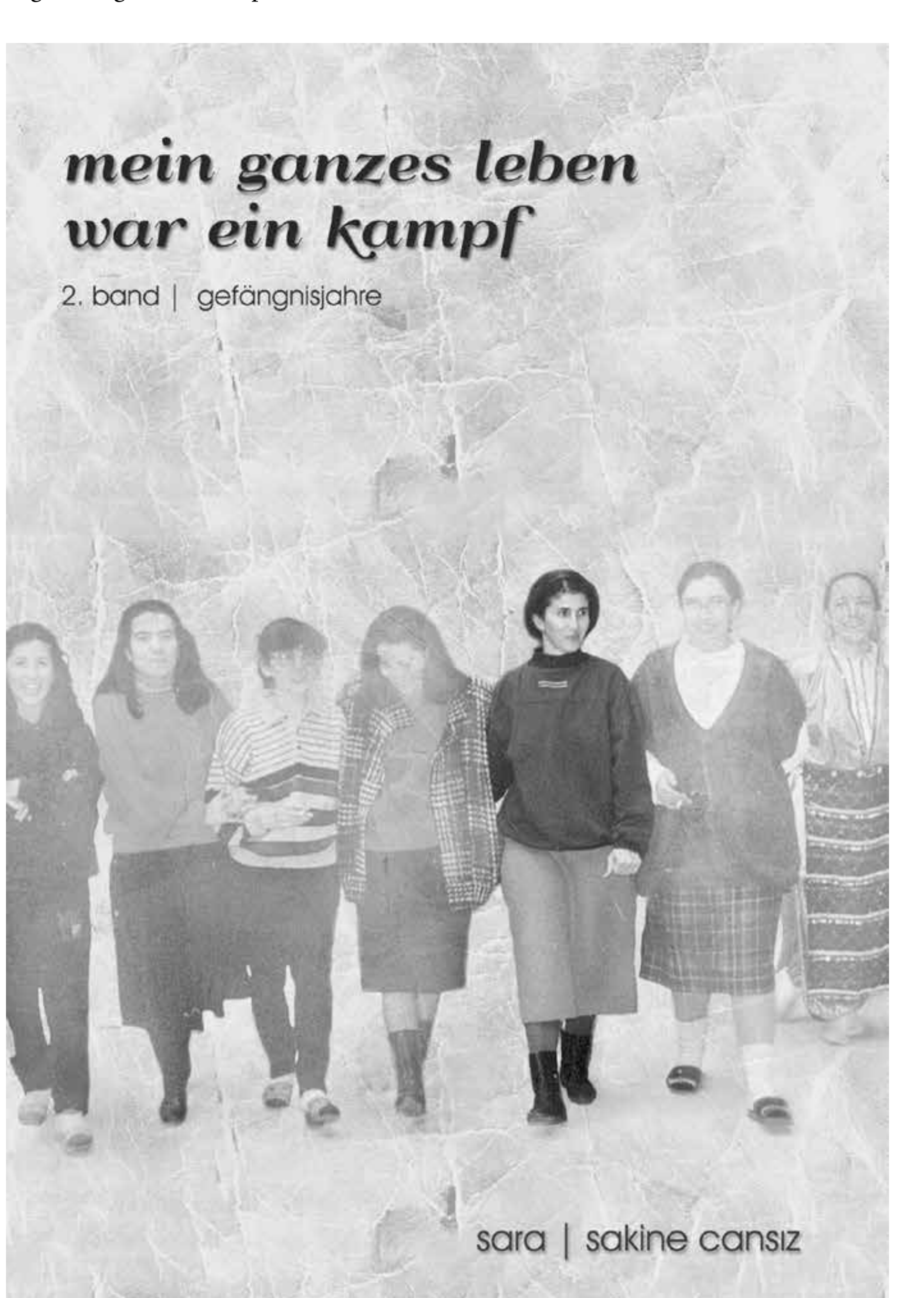
»Bei Fahrten zum Gericht oder zum Krankenhaus verhielten wir uns anders als die Männer. Sie mussten mit dem Gesicht zur Wand stehen und auf Kommando die Hacken zusammenschlagend militärisch grüßen. Bei den Frauen war es nicht so einfach, solche Verhaltensregeln durchzusetzen. Als sie uns zu Gebeten und Ähnlichem nötigen wollten, sagten wir einfach: Diese Regel akzeptieren wir nicht. So konnten wir die Umsetzung verhindern.«

Wir erleben, wie Sakine die Teilhabe der Frauen am Kampf und dem Aufbau der Organisation sukzessive einfordert und durchsetzt. Die permanente Entwicklung und Verbreiterung der kurdischen Bewegung bei gleichzeitiger Durchsetzung der Partizipation und führenden Rolle von Frauen in diesem Pro-

zess fand und findet auch in den Knästen statt. Sakine ist hierbei treibende Kraft – so, wie sie es schon vor ihrer Knastzeit war und wie sie es bis zu ihrer Ermordung Januar 2013 in Paris bleiben sollte.

Auch im Knast werden es immer mehr Frauen, die sich dem kurdischen Widerstand anschließen – von zuvor kaum oder gar nicht Politisierten bis hin zu Frauen aus linken türkischen Organisationen. Sie organisieren Diskussionen und Bildung und machen sogar eine Zeitung zusammen. Sie praktizieren so grundlegende Prinzipien, auf denen auch heute noch die Organisierung der Bewegung fußt. Immer wenn »draußen« eine Aktion gelingt (»Weder Tod noch Folter konnten uns was anhaben. Ich hätte sterben können vor Freude.«) oder wenn eine Nachricht von »draußen« bzw. von Apo kommt, ist die Freude übergroß. Das Bewusstsein, EINE Bewegung zu sein, das macht Sakine deutlich, wird insbesondere auch durch die Rolle Apos gestärkt, zu dem Sakine unerschütterliches Vertrauen hat.

Sie berichtet neben vielen Dingen, die in diesem kurzen Abriss nicht erwähnt sind, auch über ihre fehlgeschlagenen Versuche, im Knast echte Liebesbeziehungen aufzubauen, und kommt zu dem Ergebnis, dass dies unter den gegebenen Umständen unmöglich sei. »Hätte es jemanden gegeben, den ich hätte lieben können, und wären die Umstände passend gewesen, hätte ich gerne jemanden geliebt«, resümiert sie. Und: »Liebe hat etwas mit Produktivität zu tun. Mit Liebe werden Werte erschaffen. Sie muss sich daran messen lassen, inwieweit sie Entwicklungen fördert und mit den eigenen Idealen in Einklang steht. Liebe ist kein heimliches Gefühl. Sie bezeichnet eine aktive Haltung.« Ihr geht deshalb die geschwisterliche Liebe zu den Genoss_innen »über alles. An diesem Punkt kannte ich keinen Maßstab.« Aber lest selber! ♦



sakine cansız
mein ganzes leben war ein kampf
2. band | gefängnisjahre

Januar 2016
ISBN: 978-3-945326-11-4

Mezopotamien
Verlags- und Vertriebs GmbH
Gladbacher Str. 407B
41460 Neuss
Tel.: +49 (0) 2131 4069093
Fax: +49 (0) 2131 1513171
Email: mezop@hotmail.de

Weitere Bestelladressen:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05
40009 Düsseldorf
Tel: +49 (0) 211 5989251
Email: ceni_frauen@gmx.de

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130–136
20097 Hamburg
Tel: + 49 (0) 40 42102845
Email: isku@nadir.org

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Cizîr: Leben im Ausnahmezustand – hinter der Barrikade
Foto: Hinrich Schultze
www.dokumentarfoto.de

Rückseite:
Für ein trauma-therapeutisches Zentrum in Şengal!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Unterstützen Sie die Kampagne: Für ein traumatherapeutisches Zentrum in Şengal!

Şengal – ein Jahr nach den Angriffen des IS | Vor einem Jahr, im August 2014, fand das Massaker der IS-Kämpfer gegen die Bevölkerung des Gebiets Şengal/Nordirak statt. Die dort lebenden Menschen, größtenteils êzîdische KurdInnen, wurden zu Tausenden vom IS ermordet und zur Flucht gezwungen. Viele befinden sich noch immer in der Gefangenschaft des IS, werden zwangsislamisiert und im Menschenhandel versklavt …

Notlage der Frauen und Kinder in Şengal | Besonders von Krieg und Vertreibung betroffen sind Frauen und Kinder. Sie wurden ZeugInnen von schwerer Gewalt und alle waren zur Flucht gezwungen. Sie sind traumatisiert durch den Verlust der Lebensgrundlage und der Zerstörung sozialer Netzwerke. Eine schwere seelische Belastung stellt insbesondere die Sorge um die vielen Frauen und Kinder dar, die sich nach wie vor in der Gefangenschaft des IS befinden.

Frauenprojekte vor Ort | Tausende êzîdische KurdInnen haben einen Zufluchtsort in den Bergen Şengals gefunden. Dort haben sie sich zivile Strukturen und eine Form der Selbstverwaltung geschaffen. Frauen organisieren sich in Räten und bauen Projekte der Selbstversorgung, wie ein Frauengesundheitszentrum und eine Nähkooperative, auf. Der Frauenrat Şengal äußerte das Bedürfnis nach traumatherapeutischer Arbeit in den Gebieten. Diese sollen auf der Grundlage bestehender Ressourcen und mit einem Schwerpunkt auf der Ausbildung von Multiplikatorinnen realisiert werden.

Traumatherapeutisches Zentrum in Şengal | Der Aufbau eines traumatherapeutischen Zentrums in Şengal ist ein langfristiges Projekt, was auf regelmäßigen Schulungen und gemeinsamer Projektführung beruht. Dafür werden sowohl intensive Einarbeitung durch Fachpersonal als auch regelmäßige Projektgelder und Partnerschaften benötigt. Wir legen Wert auf die Verwurzelung von therapeutischer Arbeit vor Ort und mit einem Verständnis von gesamtgesellschaftlichen Verarbeitungsprozessen. In Zusammenarbeit mit dem Frauenrat Şengals, Frauenorganisationen in Südkurdistan/Irak sowie der Stiftung der Freien Frau in Rojava/Westkurdistan arbeiten wir am Aufbau lokaler Strukturen der Traumatherapie.

Sie können die Kampagne für ein traumatherapeutisches Zentrum in Şengal auf vielfältige Weise unterstützen! Jede Form von Spenden und Öffentlichkeitsarbeit kann dazu beitragen, den Kreis von UnterstützerInnen zu erweitern und die Kampagne finanziell auf sicheren Boden zu stellen. Insbesondere langfristige Förderungen und Projektpartnerschaften sind notwendig für den Erfolg des Projekts. Auch bei der journalistischen Begleitung brauchen wir Ihre Unterstützung, insbesondere FotografInnen, Frauen-, Menschenrechts- und sonstige Berichterstatterinnen. Auch weitere Übersetzerinnen (alle Sprachen, insbesondere kurdisch, deutsch, englisch, türkisch, französisch) können einen wertvollen Teil zur Kampagne beitragen. Insbesondere Fachpersonal (Trauma-, Kinder- und Jugend-, Bewegungstherapeutinnen, Psychologinnen etc.) bitten wir um Unterstützung …

Kontakt: Kurdisches Frauenbüro für Frieden CENÎ e.V., PF: 101805, 40009 Düsseldorf, Tel. 0049 211 59 89 251
Email: ceni_frauen@gmx.de | facebook: Ceni Frauen
Weitere Informationen unter: www.weqfajinaazad.org

Unterstützen Sie die Kampagne:

Für ein traumatherapeutisches Zentrum in Şengal!

Für Ihre Unterstützung, bei Nachfragen oder für Presseinformationen wenden Sie sich an
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden; Email: ceni_frauen@gmx.de; Tel. +49 (0)211 598 92 51

Für Spenden:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden; Verwendungszweck: Traumazentrum Shengal
Stadtsparkasse Düsseldorf; IBAN DE14 3005 0110 1004 4397 15; BIC DUSSDEDDXXX



ISSN 0935-5375